

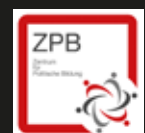


*Philipp Mittnik, Georg Lauss,
Stefan Schmid-Heher (Hg.)*

POLITISCHE HANDLUNGSFELDER ZWISCHEN INTERESSENS- UND IDENTITÄTSPOLITIK

*Was wir wollen und
wer wir sind*

*Eine Handreichung für
Lehrkräfte in der Sekundarstufe II*

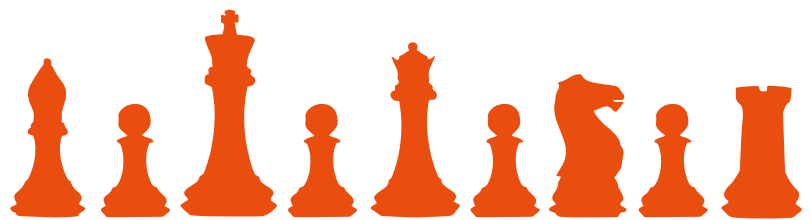


*Philipp Mittnik, Georg Lauss,
Stefan Schmid-Heber (Hg.)*

POLITISCHE HANDLUNGSFELDER ZWISCHEN INTERESSENS- UND IDENTITÄTSPOLITIK

*Was wir wollen und
wer wir sind*

*Eine Handreichung für
Lehrkräfte in der Sekundarstufe II*



INHALTSVERZEICHNIS

<i>Vorwort</i>	5
<i>Lara Möller & Dirk Lange: Solidarität und Gruppenidentität</i>	10
<i>Wolfgang Buchberger: Gerechtigkeit ist Ansichtssache</i>	16
<i>Philipp Mittnik: Bildung und Integration</i>	24
<i>Claudia Kaluza & Bernhard Schimek: Erfolg in der Schule – eine Frage der Leistung? Migration und sozialer Status als Einflussfaktoren im Bildungssystem</i>	32
<i>Peter Larndorfer: Zuwanderung ins Sozialsystem: Problematischer Mythos oder Realität?</i>	36
<i>Sandra Menner & Peter Preitler: Lohnt sich Arbeit heute noch? Was ist ein gerechtes Einkommen?</i>	44
<i>Sabine Hofmann-Reiter: Arbeitslosigkeit: Ursachen, Auswirkungen und Kontroversen</i>	52
<i>Judith Goetz: Geschlechtergerechtigkeit: Neue Herausforderungen in der Migrationsgesellschaft?</i>	58
<i>Stefan Schmid-Heher: Österreichische Familienbeihilfe für in anderen EU-Ländern lebende Kinder: „Endlich Fairness“ oder „purer Populismus“?</i>	66
<i>Bettina Paireder: Konflikte um die Freizügigkeit von ArbeitnehmerInnen in der EU</i>	74
<i>Georg Lauss: Pro und Contra Arbeitsmigration im Binnenmarkt: Eine Frage des nationalen Interesses?</i>	82
<i>Ulrich Brand & Christopher Beil: Imperiale Lebensweise – Wer lebt hier auf wessen Kosten?</i>	92
<i>Heinrich Ammerer: Steuerflucht als Thema der Politischen Bildung</i>	100

VORWORT

Philipp Mittnik & Georg Lauss & Stefan Schmid-Heher (Herausgeber)

„Alles Leben ist Problemlösen.“¹ Diese Aussage trifft insbesondere auf die Politik zu. Es gibt keine problemfreie Gesellschaft.² Deshalb braucht jede Gesellschaft Politik. Denn Politik bedeutet, über die Möglichkeiten zu verfügen, Entscheidungen zu treffen die für alle gelten, obwohl es keinen gesellschaftlichen Konsens gibt.³ Deshalb ist Politik ohne Konflikte nicht denkbar.⁴ In demokratischen Gesellschaften haben idealerweise alle Menschen ein Mitspracherecht bei den Spielregeln des gemeinsamen Zusammenlebens. Das ist oftmals kompliziert. Denn nicht selten herrscht nicht einmal Einigkeit darüber, was überhaupt als politisches Problem zu gelten hat und wie man es genau benennen oder beschreiben kann. Weil die Bedingungen für demokratische Teilhabe oft schwer zu durchschauen sind und die Fähigkeiten zu politischer Partizipation niemandem angeboren sind, braucht jede demokratische Gesellschaft Politische Bildung.

Gleicher Zugang zu Bildungschancen, Solidarität bei der Absicherung vor Lebensrisiken in den Bereichen Alter, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit waren lange Zeit ein Grundkonsens in der österreichischen Gesellschaft. Der Aufbau des österreichischen Wohlfahrtsstaats hat sich dabei über viele Jahrzehnte hauptsächlich innerhalb nationalstaatlicher Rahmenbedingungen entwickelt. Der Ausbau sozialstaatlicher Leistungen ist allerdings in den letzten Jahrzehnten weitgehend zum Stillstand gekommen.⁵ Die Verteilungskämpfe um gesellschaftliche Ressourcen nehmen zu. Eine der Folgen war, dass immer mehr politische Entscheidungen in nahezu allen politischen Handlungsfeldern (von Arbeitslosigkeit über das Gesundheits- und sogar Bildungssystem) mit dem Thema der Migration und der Zuwanderung verknüpft werden. In den politischen Diskussionen verständigen wir uns immer seltener darüber, was wir wollen und wie wir gemeinsam leben möchten. Stattdessen wird darüber diskutiert, wer wir sind und wer zu „uns“ dazugehört. Mit anderen Worten: Immer häufiger wird die politische Diskussion über gemeinsame oder auch gegensätzliche Interessen von Identitätsfragen überlagert. Der Verteilungskampf wird tendenziell seltener zwischen Arm und Reich oder ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen ausgetragen. Stattdessen geht es in Debatten

über den Zugang zu staatlichen Leistungen oder Leistungen der Sozialversicherung immer häufiger um Fragen geteilter Kultur, Sprache, Herkunft, Geschichte oder Ethnie. Wer zu uns gehört und wer nicht scheint weniger eine Frage gemeinsamer Interessen, sondern mehr einer Frage gemeinsamer Identitäten geworden zu sein. Infrage steht, zu welcher Bevölkerungsgruppe wir gehören und welche Leistungen aufgrund dieser Gruppenzugehörigkeit zur Verfügung stehen sollen. Oder aber auch, ob Diversität eine Ressource oder ein Problem darstellt. Auf jeden Fall beansprucht die Frage kultureller oder ethnischer Identität immer mehr politische Energie.

Ziel dieser Sammlung von Unterrichtsbeispielen für die Politische Bildung ist nicht, jegliche Form der Identitätspolitik als illegitim darzustellen. Es steht außer Frage, dass eine politische Gemeinschaft auf Vorstellungen gemeinsamer Identität angewiesen ist. Politischer Gemeinsamkeitsglaube im Sinne von Max Weber⁶ beruht dabei oftmals auch auf geschichtlichen, sprachlichen, kulturellen oder ethnischen Gemeinsamkeiten.⁷ Eine Vergemeinschaftung und das Herausbilden eines „Wir“-Gefühls können aber eben nicht nur „traditionell“, sondern auch rational auf der Basis gemeinsamer Interessen passieren.

Mithilfe der hier versammelten Beispiele erarbeiten die SchülerInnen zunächst die Kompetenzen, die nötig sind, um in politischen Kontroversen identitätspolitische von interessenorientierten Argumentationen zu unterscheiden. Es ist schwerlich von der Hand zu weisen, dass Migration das soziale, wirtschaftliche und politische Zusammenleben einer Gesellschaft verändern kann. Worum es hier geht, ist, einen rationalen Debattenrahmen zu schaffen. Das bedeutet einerseits, die Auswirkungen der Migration nicht ausschließlich als Problem darzustellen. Es bedeutet aber auch, Herausforderungen, die unter Umständen durch Zuwanderung in unterschiedlichen politischen Handlungsfeldern entstehen, in ein Verhältnis zu anderen Problemen und ihren Ursachen zu setzen. Darüber hinaus sollen die SchülerInnen dazu angeregt werden, darüber nachzudenken, welche Interessengegensätze durch den Versuch, Zuwanderungsthemen ins Zentrum vieler Konflikte zu stellen, verdeckt werden.

¹ Karl R. Popper: Alles Leben ist Problemlösen: Über Erkenntnis, Geschichte und Politik, 18. Aufl., München/Berlin/Zürich 2015. // ² Vgl. Tilman Grammes: Kontroversität, in: Wolfgang Sander (Hg.): Handbuch politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 1420), Bonn 2014, S. 266–274, hier S. 269. // ³ Vgl. Niklas Luhmann: Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt a. M. 2002, S. 84. // ⁴ Vgl. Chantal Mouffe: Über das Politische: Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt a. M. 2014. // ⁵ Vgl. Emmerich Tálos: Vom Siegeszug zum Rückzug: Sozialstaat Österreich 1945–2005 (Österreich – Zweite Republik, Bd. 3), Innsbruck u. a. 2005. // ⁶ Vgl. Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1976, S. 235ff. // ⁷ Vgl. Fritz Scharpf: Regieren in Europa: Effektiv und demokratisch?, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 18.

Versuche, politische Konflikte auf Fragen der Kultur oder der Ethnie zu reduzieren, sind zu vielfältig, um sie in einer Unterrichtssequenz zu behandeln. In dieser Handreichung für LehrerInnen werden 13 Ansätze präsentiert, um sich dem komplexen Phänomen schülerInnenorientiert zu nähern. Die präsentierten Materialien und die Anregungen zur systematischen Auseinandersetzung sind so gewählt und konzipiert, dass sie ab der zehnten Schulstufe in allen Schultypen zum Einsatz kommen können. Die Breite der Auswahl und die vielfältigen thematischen Anknüpfungspunkte sollten den Einsatz des einen oder anderen Beispiels in jeder Schulklasse möglich machen.

So unterschiedlich die didaktischen Herangehensweisen auch sind, folgt der grundlegende Aufbau doch immer dem gleichen Muster: LehrerInnen finden auf den ersten ein bis zwei Seiten einerseits grundlegende Informationen, um sich den Themen fachgerecht zu nähern, andererseits methodisch-didaktische Erläuterungen, die die Vorgehensweise im Unterricht genau beleuchten. Auf den folgenden Seiten sind Materialien und Aufgabenstellungen für SchülerInnen in kopierfähiger Form zusammengestellt.

Die Handreichung selbst ist in vier Teile gegliedert: In Teil eins „Grundwerte und Wertepluralismus“ finden sich zwei Beispiele, die sich mit den Begriffen Solidarität und Gerechtigkeit auseinandersetzen. Teil zwei umfasst insgesamt sechs Beispiele, in denen Fragen der Zuwanderung und der Identitätspolitik in vorwiegend nationalen Handlungsfeldern behandelt werden. Teil drei versammelt drei Unterrichtssequenzen, die das Phänomen auf europäischer Ebene beleuchten, und die beiden Ansätze in Teil vier versuchen, eine Auseinandersetzung mit dem Thema auf globaler Ebene zu ermöglichen.

Teil 1: Grundwerte und Wertepluralismus

Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit sind Grundwerte und für jede Demokratie von fundamentaler Bedeutung.⁸ Das Bekenntnis zu Grundwerten schließt allerdings nicht die Möglichkeit von Wertkonflikten aus.

Das Unterrichtsbeispiel **„Solidarität und Gruppenidentität“** von **Lara Möller** und **Dirk Lange** problematisiert das Spannungsfeld zwischen Gruppenidentitäten, Solidarität und Diskriminierung. Über mehrere Unterrichtssequenzen hinweg wird erfahrbar, dass Zugehörigkeitsgefühle zu einer Gruppe einerseits als Fundament für Solidarität zwischen Individuen dienen, andererseits aber auch die Basis für Ausgrenzung und Diskriminierung bilden können. Die SchülerInnen befassen sich zunächst mit ihren eigenen Vorstellungen vom Begriff „Solidarität“. Im Anschluss beschäftigt sich die Lerngruppe kritisch mit Ausschlussdynamiken in Gemeinschaften und Gruppen. Die gewonnenen Einsichten bilden in der Folge die Grundlage, um mediale Strategien der Ethnisierung von gesellschaftlichen Konflikten sichtbar zu machen.

In **Wolfgang Buchbergers** Unterrichtsbeispiel **„Gerechtigkeit ist Ansichtssache“** lernen die SchülerInnen zunächst, zwischen unterschiedlichen Vorstellungen von Gerechtigkeit zu unterscheiden. Mithilfe dieser Gerechtigkeitskonzepte werden danach Stellungnahmen aus der österreichischen Diskussion zum Thema „Mindestsicherung“ analysiert. Die SchülerInnen werden nicht nur dazu angehalten, die impliziten Gerechtigkeitskonzepte politischer Standpunkte zu erkennen, sondern sie werden auch dazu angeregt, ihren eigenen Standpunkt und die damit verknüpften Werthaltungen begründet darzulegen. Zum Abschluss wird im Rahmen eines Simulationsspiels mit Rollenkarten eine Perspektivenübernahme geschult.



⁸ Vgl. BMBF: Unterrichtsprinzip Politische Bildung, Grundsatzlerlass 2015, https://bildung.bmbwf.gv.at/ministerium/rs/2015_12.pdf?6cczm4 (19.02.2019).

⁹ Vgl. Gosta Esping-Andersen: Why we need a new welfare state (reprinted), Oxford 2009. //

¹⁰ Vgl. Konrad Paul Liessmann: Geisterstunde: Die Praxis der Unbildung, eine Streitschrift, Wien 2014.

¹¹ Vgl. OECD: Equity in Education: Breaking down barriers to social mobility, Paris 2018, S. 15.

Teil 2: Nationalstaatliche Handlungsfelder

Bildung

Die Forderung sozialer Gerechtigkeit wird nur noch selten als Forderung sozialer Gleichheit verstanden. Stattdessen hat sich der Begriff der Chancengerechtigkeit in den sozialpolitischen Debatten als Dreh- und Angelpunkt etabliert.⁹ Bildungspolitik und Schulpolitik werden damit zentrale Handlungsfelder sozialer Inklusion und Integration.¹⁰ Allerdings erweist sich im internationalen Vergleich insbesondere das österreichische Bildungssystem als in hohem Maße ineffizient, wenn es darum geht, die unterschiedlichen Startvoraussetzungen von Kindern wirksam auszugleichen.¹¹ Zentraler Bestandteil vieler Erklärungsversuche ist der Verweis auf eine mutmaßlich zu große Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund in österreichischen Ballungsräumen. Und dies obwohl auch hier der internationale Bildungsvergleich zeigt, dass Bildungssysteme mit hohen Zuwanderungsraten und häufiger Mehrsprachigkeit durchaus ausgezeichnete Leistungen erzielen können.¹² Beide Unterrichtsmodelle in diesem Abschnitt versuchen die SchülerInnen dabei zu unterstützen, sich ausgehend von eigenen schulischen Lebenswelten ein differenziertes Urteil über die unterschiedlichen Einflüsse auf schulische Leistung zu bilden.

Der Ansatz von **Philipp Mittnik** führt die Lerngruppe in seinem Beispiel „**Bildung und Integration**“ von der Diskussion über fiktive „Stammtischparolen“ zur Auseinandersetzung mit aktuellen Daten der internationalen Bildungsvergleichsstudie PISA (PISA OECD). Der Einfluss des Migrationshintergrunds kommt dabei genauso in den Blick wie die Auswirkungen von Armut auf den Lernerfolg von Kindern. Nach dieser Auseinandersetzung entwickeln die SchülerInnen in Kleingruppenarbeit ihre Methodenkompetenz bei der Analyse von Artikeln aus Printmedien, wobei der Unterscheidungsfähigkeit zwischen Sach- und Werturteilen besondere Beachtung geschenkt wird. Zum Schluss versucht sich die Klasse in der Entwicklung zustimmungsfähiger bildungspolitischer Lösungsansätze und verschickt eine Petition an politische AkteurInnen.

Auch das Beispiel von **Claudia Kaluza** und **Bernhard Schimek** mit dem Titel „**Erfolg in der Schule – eine Frage der Leistung? Migration und sozialer Status als Einflussfaktoren im Bildungssystem**“ involviert die SchülerInnen in eine kontroverse Debatte über unterschiedliche Faktoren, die schulischen Erfolg oder Misserfolg erklären können. Anhand eines Zeitungsartikels werden mediale Darstellungsstrategien in diesem Themenfeld kritisch ana-

lysiert. Das Beispiel regt in mehreren Schritten dazu an, sich eigenständig und begründet zu positionieren und in Diskussionen einen kritischen Standpunkt zu vertreten. Nach der Urteilsfindung werden die SchülerInnen dazu angeleitet, einen LeserInnenbrief zu verfassen, in dem sie ihre bildungspolitische Position darlegen.

Arbeit, Arbeitslosigkeit und soziale Sicherheit

Peter Lamdorfer entwickelt eine Methode, um sich tatsachenbasiert mit der Frage auseinanderzusetzen, ob die „**Zuwanderung ins Sozialsystem**“ ein (problematischer) Mythos oder Realität ist. Hier befassen sich die SchülerInnen als Einstieg mit der Frage, wie Menschen in Situationen kommen, in denen sie auf Sozialleistungen angewiesen sind. In weiterer Folge geht es verstärkt um die analytische Auseinandersetzung mit der Vermischung von sozialpolitischen Herausforderungen mit der Frage der Migration. Zunächst befassen sich die SchülerInnen mit aktuellen Problemstellungen für den Sozialstaat aus der Sicht von in Österreich zentralen AkteurInnen wie der Industriellenvereinigung und der Arbeiterkammer. Danach wird anhand aktueller Statistiken der Frage nachgegangen, in welchem Maße Zuwanderung ins Sozialsystem den Sozialstaat belastet. Abschließend reflektieren die SchülerInnen ihre Lernerfahrungen und positionieren sich zu der Art und Weise, wie mit dem Thema in der öffentlichen Debatte umgegangen wird.

„**Was ist ein gerechter Lohn?**“ Diese Frage ist auch deshalb entscheidend, weil ein geringer Abstand zwischen niedrigen Einkommen aus Erwerbsarbeit und dem Grundniveau der staatlichen Sicherung die Frage aufwirft, warum man aus finanziellen Überlegungen noch arbeiten gehen sollte. **Sandra Menner** und **Peter Preitler** wählen einen schülerInnenorientierten Einstieg, in dem sich die Lernenden mit ihren eigenen Gerechtigkeitsvorstellungen auseinandersetzen. Mithilfe eines Einnahmen-Ausgaben-Rechners versuchen die SchülerInnen nachzuvollziehen, wie viel Geld man in Österreich zum Leben braucht. In einer Anwendungs- und Orientierungsphase wird anhand unterschiedlicher Medienbeiträge Hintergrundwissen erarbeitet. Die Lernenden befassen sich mit der Kontroverse, ob die Mindestsicherung zu hoch ist, weil sich die Annahme einer Arbeit finanziell nicht mehr lohnt. Darüber hinaus wird auch thematisiert, inwiefern Zuwanderer und Zuwanderinnen in Österreich anders behandelt werden als österreichische StaatsbürgerInnen bzw. inwiefern sie anders behandelt werden sollten. In der abschließenden Auswertungs- und Orientierungsphase werden die SchülerInnen dazu animiert, sich in die Positionen unterschiedlicher Betroffener hineinzusetzen und erarbeiten gemeinsam Lösungsvorschläge.

¹² Vgl. Andreas Schleicher: World class: how to build a 21st-century school system, Paris 2018.

Zur differenzierten Auseinandersetzung mit dem Thema „**Arbeitslosigkeit**“ regt das Unterrichtsmaterial von **Sabine Hofmann-Reiter** an. Die SchülerInnen lernen die vielfältigen Ursachen und Auswirkungen von Arbeitslosigkeit kennen. Sie reflektieren auch den Wert von Arbeit jenseits der Frage von Lohn oder Einkommen, und sie werden dazu angeregt, sich damit zu befassen, was Arbeit für sie bedeutet und welche Funktionen sie für die Gesellschaft und den Einzelnen erfüllt. Darüber hinaus lernen sie, sich auf der Basis der vorhergehenden Überlegungen zu den politischen Kontroversen rund um das Thema Arbeitslosigkeit fakten- und wertorientiert zu positionieren.

Geschlechtergerechtigkeit

Vom Ideal einer geschlechtergerechten Gesellschaft sind alle oder die allermeisten Länder noch weit entfernt. Insbesondere in Österreich bleiben für Frauen viele Türen verschlossen, die sich für Männer leichter öffnen.¹³

Judith Goetz gibt in ihrer Unterrichtssequenz „**Geschlechtergerechtigkeit: Neue Herausforderungen in der Migrationsgesellschaft**“ Raum, um die Gleichberechtigungsdiskussion in der Migrationsgesellschaft zu beleuchten. Die SchülerInnen werden zunächst sensibilisiert, indem sie sich mit der Unterschiedlichkeit von Frauenbiografien auseinandersetzen. Es soll auch Empathie für die vielfältigen Herausforderungen in „weiblichen Lebenswelten“ erzeugt werden. Gelernt wird, zwischen Ungleichbehandlungen zu unterscheiden, die Menschen aufgrund unveränderlicher Merkmale widerfahren, und solchen, die ihnen aufgrund veränderlicher Merkmale – wie Bildung oder finanzieller Absicherung – widerfahren. Abschließend wird das Thema „sexualisierte Gewalt“ behandelt. Dabei sollen die SchülerInnen einerseits dazu ermuntert werden, Zivilcourage zu zeigen und ihre Handlungsmöglichkeiten zu reflektieren, andererseits soll es auch zu Debatten darüber kommen, wie persönliche und gesellschaftliche Stereotype über Täter und Opfer politische Debatten beeinflussen.

Teil 3: Europäische Perspektiven

Auch heute noch werden politische Handlungsfelder und politische Entscheidungsprozesse vorwiegend auf den Nationalstaat bezogen. Dabei ist seit vielen Jahrzehnten eine Internationalisierung der Staatlichkeit zu beobachten.¹⁴ So übernimmt und koordiniert die Europäische Union viele einstmals klassische nationale Regierungsfunktionen und versucht, auf transnationaler Ebene einen Interessenausgleich herzustellen. Nachdem viele Formen der demokratischen Willensbildung und der medialen Berichterstattung

allerdings weiterhin im nationalen Rahmen verblieben sind, werden Versuche, zwischen Interessen über nationale Grenzen hinweg zu vermitteln, von vielen Menschen als Demokratie- oder Legitimitätsdefizit erlebt.¹⁵

Stefan Schmid-Heher konfrontiert in seinem Unterrichtsbeispiel die SchülerInnen mit dem Konflikt um die „**Österreichische Familienbeihilfe für in anderen EU-Ländern lebende Kinder**“. Nachdem sich die SchülerInnen zunächst mit grundlegenden Informationen zum Thema vertraut gemacht haben, wird die Stimmung in der Lerngruppe erhoben, und sie bekommt die Möglichkeit, sich zu aktuellen Medienberichten zu positionieren. Danach werden Materialien zu diesem Konflikt mithilfe von Leitfragen analysiert. Die Ergebnisse der Analyse werden von den SchülerInnen in der Klasse vorgestellt und gemeinsam kontrovers diskutiert, bevor es zu einer Urteilsbildung kommt. Neben der Fähigkeit, die Stichhaltigkeit der Argumentation vorliegender politischer Urteile zu prüfen, geht es auch darum, die SchülerInnen dazu anzuregen, sich mit Positionen auseinanderzusetzen, die im derzeitigen politischen „Mainstream“ nicht oder nur wenig verankert sind.

In den folgenden Unterrichtsvorschlägen geht es darum, die vielfältigen Interessenlagen zum Thema Arbeitsmigration in der Europäischen Union wahrnehmbar zu machen. Die Personenfreizügigkeit ist ein Grundrecht aller UnionsbürgerInnen. Allerdings erfahren die SchülerInnen im methodischen Ansatz von **Bettina Paireder**, dass es insbesondere dort zu Problemen und Konflikten kommt, wo der Verdacht im Raum steht, dass nationale Arbeitsrechts- und Sozialstandards unterlaufen werden. Konkret geht es im Beispiel „**Konflikte um die Freizügigkeit von ArbeitnehmerInnen in der EU**“ darum, ein besseres Verständnis für kontroverse Standpunkte zum Thema der europäischen Entsenderichtlinie zu entwickeln.

In der Unterrichtssequenz „**Pro und contra Arbeitsmigration im Binnenmarkt: Eine Frage des nationalen Interesses?**“ von **Georg Lauss** wird eine Methode vorgestellt, um die SchülerInnen in die Lage zu versetzen, Streitfragen rund um die Arbeitsmigration im Binnenmarkt nicht ausschließlich als Konflikte um nationale Interessen aufzufassen. Die SchülerInnen entwickeln ein Bewusstsein für die Probleme nationaler Berichterstattung über europäische Themen. Sie setzen sich zunächst mit ihren Einstellungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU auseinander und vergleichen ihre Haltung mit Umfrageergebnissen aus unterschiedlichen europäischen Ländern. Danach analysieren sie mithilfe vorbereiteter Leitfragen Debattenbeiträge aus österreichischen und ungarischen Medien. Dadurch werden einerseits vielfältige unternehmerische, andererseits auch diverse Interessen

¹³ Vgl. World Economic Forum: The Global Gender Gap Report 2018, Geneva, <https://www.weforum.org/reports/the-global-gender-gap-report-2018> (19.02.2019).

¹⁴ Vgl. Joachim Hirsch, Bob Jessop, Nicos Poulantzas: Die Zukunft des Staates: Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung, Hamburg 2001.

¹⁵ Vgl. Georg Weißeno u. a.: Konzepte der Politik: Ein Kompetenzmodell (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 1016), Bonn 2010, S. 102f.

verschiedener ArbeitnehmerInnen sichtbar. Zum Abschluss wird dazu angeregt, bei der Beurteilung politischer Positionen die Auswirkungen auf ökonomische Interessen unterschiedlicher AkteurInnen zu beachten.

Teil 4: Internationale Perspektiven

Globale Probleme wie der Klimawandel oder Herausforderungen wie ein nachhaltiger Umgang mit Ressourcen können nur durch internationale Kooperation gelöst werden. Verfolgt man die Nachrichten, bekommt man allerdings insbesondere im Zuge der Ereignisse des Jahres 2016, als sehr viele Vertriebene aus allen Teilen der Welt in Europa und auch in Österreich Schutz gesucht haben, den Eindruck, dass gerade in der internationalen Politik „deren“ Interessen gegen „unsere“ stehen. Paradoxiere werden oftmals diejenigen, die ihre Heimat verlassen, um nach Europa zu kommen, als „Invasoren“ betrachtet, die man abwehren muss. Fast wirkt es, als wären die Menschen in den Ländern des Globalen Nordens diejenigen, die sich gegen Ausbeutung zur Wehr setzen müssen.

Ulrich Brand und **Christopher Beil** ermöglichen den SchülerInnen in der von ihnen konzipierten Lernsequenz „**Imperiale Lebensweise: Wer lebt hier auf wessen Kos-**

ten?“ einen Blick über den nationalen Tellerrand. Durch das Hinterfragen eigener Alltagspraxis wird erfahrbar, inwiefern der Lebensstil vieler Menschen in unseren Gesellschaften mit der Ausbeutung von Menschen, Umwelt und Ressourcen in ärmeren Weltgegenden zusammenhängt. Darüber hinaus wird auch hier gezeigt, dass Interessengegensätze nicht notwendigerweise entlang nationaler oder regionaler Grenzziehungen verlaufen und dass sich gerade weniger wohlhabende Menschen in reichen Ländern und die BewohnerInnen des Globalen Südens darin ähneln, dass sie auf Solidarität angewiesen sind, weil für sie die Probleme der „imperialen Lebensweise“ besonders dringlich sind.

Inwiefern die finanziellen Ressourcen für gelebte Solidarität auch deshalb fehlen, weil bestimmte Akteure im internationalen Finanzsystem in der Lage sind, das Zahlen von Steuern weitestgehend zu vermeiden, zeigt **Heinrich Ammerer** in seinem Beispiel „**Steuerflucht als Thema der Politischen Bildung**“. Die SchülerInnen lernen die Berichterstattung zum Thema Steuerflucht kritisch zu rezipieren und erwerben ein Arbeits- und Begriffswissen zu diesem Problem oder erweitern ihr vorhandenes Wissen. Zum Abschluss schlüpfen sie in einer Diskussionsveranstaltung in verschiedene Rollen, um sich dem Thema Steuerflucht kontrovers und von unterschiedlichen Standpunkten aus anzunähern. 🌱



SOLIDARITÄT UND GRUPPENIDENTITÄT

Lara Möller & Dirk Lange

Das vorliegende Unterrichtsbeispiel thematisiert die Bereiche Solidarität und Gruppenidentität für SchülerInnen der Sekundarstufe II. „Solidarität“ wird als eine Form von Zusammengehörigkeit zwischen Personen und ganzen sozialen Gruppen verstanden und bestimmt das Zusammenleben in einer Gesellschaft maßgeblich. Dies ist nicht ohne die Auseinandersetzung mit dem Spannungsfeld Identität möglich. Insbesondere für benachteiligte Personen und Gruppen spielen beide Bereiche in unserer Gesellschaft eine wesentliche Rolle. In diesem Zusammenhang bezieht der Begriff „Gruppenidentität“ dieses Gemeinschaftsgefühl speziell auf soziale Gruppen, wodurch ein Wir-Gefühl zwischen den beteiligten Personen der eigenen Gruppe entsteht. Zwischen den einzelnen Mitgliedern besteht dann eine Form der Solidarität. Gleichzeitig können sich Gruppen aber auch durch eine Abwertung „der anderen“, die sie nicht als Teil ihrer Gruppe ansehen, abgrenzen, Gruppenidentität mündet deshalb nicht selten in Diskriminierung. Hier wird der Fokus auf vielfältige Identitätsformen im Zusammenhang mit Solidarität gelegt. Eine Gesellschaft besteht aus vielfältigen Identitätsformen und Gruppenzugehörigkeiten, entsprechend ist Solidarität im Sinne von Zusammengehörigkeit wichtig, besonders wenn es zu Ethnisierung, also zu negativen Identitätszuschreibungen aufgrund der (zugeschriebenen) Herkunft, kommt. Die Arbeitsaufgaben für die SchülerInnen beschäftigen sich mit gesellschaftlicher Vielfalt und zeigen die Relevanz gegenseitigen Zusammenhalts in der Gemeinschaft auf. Zusätzlich wird die Gefahr für die gesellschaftliche Solidarität durch eine ansteigende Diskriminierung aufgrund ausgrenzender Identitätszuschreibungen kritisch beleuchtet. Den SchülerInnen soll es dadurch ermöglicht werden, diese Themen anhand eigener Vorverständnisse und im Rahmen ihrer eigenen Alltagserfahrung kritisch zu reflektieren und ihre politischen Kompetenzen in diesem Rahmen weiterzuentwickeln.

Die Entwicklung der eigenen Identität, das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gruppe und damit verbunden die Erfahrung von Solidarität sind wichtige Bestandteile des Entwicklungsprozesses und des Alltags junger Menschen. Gesellschaftliche und politische Prozesse beeinflussen die Person in ihrem Alltag und wirken sich wiederum auf ihre konkrete Wahrnehmung von gesellschaftlichen Sachverhalten aus. SchülerInnen haben somit Vorstellungen, also bereits vorhandene „Denkwerkzeuge“ im Hinblick auf ein bestimmtes Thema, die von ihrem sozialen Umfeld geprägt sind. Diese individuellen Sichtweisen geben Orientierung für ihr eigenes Urteilen und Handeln in der Gesellschaft. Bildung, die sich an den Lernenden orientiert, berücksichtigt deshalb die bereits vorhandenen Verständnisse der SchülerInnen, um ihnen im Prozess des Lernens mit einer Orientierung an ihrer spezifischen Lebenswelt weiteres Wissen zu vermitteln.

SchülerInnen brauchen didaktische Unterstützung, um kontroverse Themen und gesellschaftliche Konflikte reflektieren zu können und im Umgang damit in ihren Kompetenzen im Sinne des österreichischen Kompetenzmodells für Politische Bildung gestärkt zu werden. Dies umfasst auch die Auseinandersetzung mit Themen wie Vielfalt, Ethnisierung und Ausgrenzung. Die Thematisierung von Solidarität und Gruppenidentität im Zusammenhang mit dem eigenen Schulalltag von SchülerInnen ist für deren Bildungsprozess ebenso wichtig. Dies betrifft unter anderem auch unterschiedliche Identitätsformen und Gruppenbildungen innerhalb des Klassenraums. Entsprechend bedeutsam ist es, im Schulalltag die prinzipielle Existenz vielfältiger Identitätsformen und die gleichzeitige Ausgrenzung zu thematisieren und hinsichtlich Solidarität gemeinsam zu diskutieren.



Methodisch-didaktische Hinweise

Dieses Unterrichtsbeispiel unterstützt SchülerInnen, gesellschaftliche Vorgänge zu erkennen, zu reflektieren und im Rahmen ihres spezifischen Zugangs die wesentlichen Kompetenzen der politischen Bildung zu fördern. Die Übungen unterstützen die Erweiterung der eigenen Sichtweisen auf gesellschaftliche Prozesse durch Kompromissbereitschaft und Perspektivenwechsel. Mit begründeter Äußerung von Kritik und mit der Argumentation von eigenen Positionen wird die individuelle Urteils- und Handlungskompetenz gestärkt. Begriffe und Kategorien werden durch gezielte Fragestellungen und die eingesetzten Medien innerhalb der Arbeitsaufträge bearbeitet, Quellen werden kritisch reflektiert. Dadurch wird neben der Sachkompetenz auch die Methodenkompetenz weiterentwickelt.

Um einen ersten Eindruck der Vorverständnisse der SchülerInnen zu erhalten, wird im **Arbeitsauftrag M1** gefragt, was sie sich unter dem Begriff „Solidarität“ vorstellen. Dieser Einstieg führt zu einer ersten Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Thema. Das eigene Verständnis dessen, was Solidarität bedeutet, wird gegenüber anderen MitschülerInnen argumentiert, und unterschiedliche Zugänge werden diskutiert. Die Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven ist für den Abschluss der Arbeitsaufgabe notwendig, dadurch wird die Fähigkeit gefördert, die eigenen Positionen zu vertreten, die Kompromissbereitschaft der SchülerInnen wird erweitert.

Im **Arbeitsauftrag M2** geht es darum, eine Einteilung in ein „Wir“ (die eigene Gruppe) und in ein „die anderen“ (die „andere/fremde“ Gruppe) und die entsprechenden Zuschreibungen sowie deren Auswirkungen kritisch zu hinterfragen. Durch diesen niederschweligen Einstieg wird den SchülerInnen ein erstes Verständnis von Identitätszuschreibungen und deren Funktion im Verhältnis einzelner Gruppen zueinander vermittelt. Die SchülerInnen erarbeiten den Zusammenhang zwischen Fremdzuschreibungen zu den betroffenen Personen und möglichen Abwertungen der betroffenen Personen heraus. Sie reflektieren, wie dadurch gesellschaftliche Solidarität beeinflusst wird.

Die Bildanalyse im **Arbeitsauftrag M3** regt die SchülerInnen dazu an, sich kritisch mit der Dynamik von Gruppengemeinschaften auseinanderzusetzen. Sie sollen herausarbeiten, welche möglichen Identitätsformen in einem wesentlichen Zusammenhang mit Solidarität stehen (können). Gleichzeitig gibt es Raum für Kritik an solchen Gruppendynamiken, da diese wiederum Ausschlüsse für „nicht zugehörige“ Personen erzeugen können. In dieser Vorgehensweise wird die reflektierende Arbeit mit bildlichen Quellen unterstützt.

Zum Abschluss der Aufgabe setzen die SchülerInnen sich mit Zuschreibungen in ihrem Alltag auseinander. Durch diesen Schritt wird aufgezeigt, in welchen unterschiedlichen Lebensbereichen Zuschreibungen existieren, die sich jeweils auf die Identitäten und das solidarische Zusammenleben der Menschen auswirken. Somit kann ein Bewusstsein für diverse Erscheinungsformen und die Verbreitung von Zuschreibungen im Alltag und dafür, wie sie Identitäten und Solidaritäten in unserer Gesellschaft beeinflussen, gefördert werden.

Im abschließenden **Arbeitsauftrag M4** setzen sich die SchülerInnen mit dem Inhalt eines Zeitungsartikels auseinander. Dabei nehmen sie sowohl die Innenperspektive ein und beschreiben mögliche Perspektiven der genannten involvierten Personen. Gleichzeitig nehmen sie aus der Außenperspektive von BeobachterInnen einen Blickwinkel ein, der eine Einschätzung der vorgefundenen Situation ermöglicht. Dadurch wird der hier auf einer Zeitungsseite vollzogene Prozess der Ethnisierung zum Nachteil des als „fremd“ charakterisierten Vaters reflektiert. Durch diese Übung wird die (macht-)kritische Auseinandersetzung mit medialen Quellen geschult, gleichzeitig wird die Reflexion unterschiedlicher Sichtweisen auch aus der Perspektive ausgeschlossener und abgewerteter Personen ermöglicht. Prozesse der Fremdzuschreibung und der Ethnisierung, die für die gesellschaftliche Solidarität hinderlich sind, können dadurch identifiziert und entsprechend hinterfragt sowie dekonstruiert werden. 🐟



M1 // **ARBEITSAUFTRAG** // *Einzelarbeit*

Beschreibe, was du dir unter Solidarität vorstellst.

1. Wähle fünf Aussagen aus, die für dich besonders zentral sind.
2. Wähle fünf Aussagen aus, die du so nicht teilst beziehungsweise die du nicht als notwendig oder als weniger zentral empfindest.

Solidarität ist ...

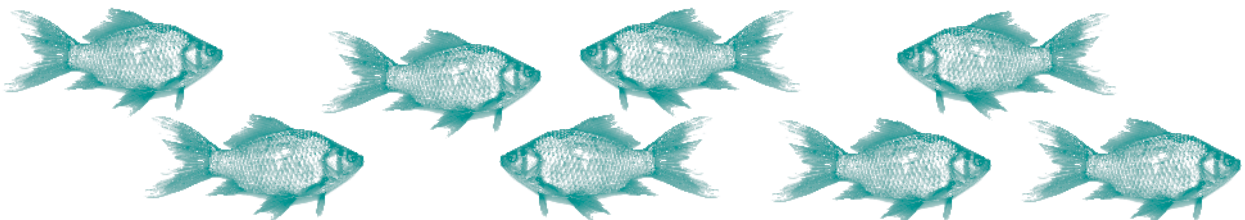
- | | |
|---|---|
| a ... für die Bevölkerung in einem Land wichtig. | k ... dass alle Personen in einer Gesellschaft gleichberechtigt sind. |
| b ... nur in der Familie vorhanden. | l ... wenn man gemeinsame Werte und Ansichten hat. |
| c ... das, was alle Weltreligionen vertreten. | m ... in einer Demokratie automatisch vorhanden. |
| d ... wenn es keine Armut gibt. | n ... das Gegenteil von Egoismus. |
| e ... in einer Gruppe zusammenzuhalten, auch gegen andere. | o ... auch zwischen mehreren Personen und Gruppen möglich. |
| f ... wenn es keine gegenseitige Diskriminierung gibt. | p ... Zusammenhalt von ÖsterreicherInnen. |
| g ... auch zwischen Personen mit unterschiedlicher Herkunft und Religion möglich. | q ... wenn die Stärkeren den Schwächeren helfen. |
| h ... die Aufnahme von Geflüchteten. | r ... nicht von der StaatsbürgerInnenschaft abhängig. |
| i ... wenn die Reichen den Armen helfen. | s ... kann es auch zwischen Personen geben, die sich nicht persönlich kennen. |
| j ... heutzutage nicht mehr so notwendig. | t ... besonders für benachteiligte Personen wichtig. |

// *PartnerInnenarbeit*

3. Besprich dich anschließend mit deiner Sitznachbarin/mit deinem Sitznachbarn und einigt euch gemeinsam auf jeweils drei Aussagen.

// *Gruppenarbeit*

4. Einigt euch im nächsten Schritt in der Gruppe auf drei besonders zentrale Aussagen und drei am wenigsten zutreffende bzw. überhaupt nicht zutreffende Aussagen.
5. Vervollständigt abschließend gemeinsam in der Gruppe den Satz „Solidarität ist für uns ...“ eigenständig.



M2 // ARBEITSAUFTRAG // PartnerInnenarbeit

Befasst euch mit Zuschreibungen und deren Auswirkungen.

1. Welchen Gruppen fühlt ihr euch selbst zugehörig? Nennt zwei oder drei Beispiele und erkläre, was sich aufgrund dieser Zugehörigkeit über euch als Menschen sagen bzw. nicht sagen lässt.
2. Findet Beispiele dafür, dass ihr selbst von anderen einer Gruppe zugerechnet werdet und euch damit auch bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden. Beschreibt die Auswirkungen dieser Zuschreibungen aus eurer Sicht.
3. Erkläre, inwiefern die Zuschreibung „ÖsterreicherIn“ oder „AusländerIn“ mit einer Auf- bzw. Abwertung der den Gruppen „ÖsterreicherInnen“ oder „AusländerInnen“ zugeschriebenen Menschen einhergeht.

M3 // ARBEITSAUFTRAG // Einzelarbeit



© Georg Hochmuth / APA / picturedesk.com

Interpretiere das gezeigte Foto, indem du auf die nachfolgenden Fragestellungen eingehst.

1. Beschreibe, was du auf dem Foto siehst. Wie wirkt dieses Foto auf dich?
2. Erläutere, in welchem Verhältnis zueinander die gezeigten Personen stehen (könnten).
3. Überlege, was die Leute auf dem Bild verbindet: Beschreibe, was an dieser Gruppengemeinschaft positiv ist. Analysiere, ob es für außenstehende Menschen, die nicht zu dieser Gruppe gehören, negative Aspekte geben könnte.

M3 // ARBEITSAUFTRAG // Einzelarbeit

Zeige Zusammenhänge zwischen den gezeigten Identitätsformen und Solidarität auf.

4. Im Folgenden siehst du Begriffe, die auf das gezeigte Bild zutreffen können. Kreuze diejenigen Identitätsmerkmale an, die deiner Meinung nach für den Zusammenhalt der Menschen auf dem gezeigten Bild wichtig sind. Begründe anschließend deine Auswahl.

Identitätsmerkmal	Sehr wichtig	wichtig	Weniger wichtig	Überhaupt nicht wichtig
Alter	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Geschlecht	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Herkunft	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Fußballfan	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Freundschaft	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politische Einstellungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sexuelle Orientierung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Modestil	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ergänzungen:	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Begründung:

.....

.....

ARBEITSAUFTRAG

5. Überlegt, wie häufig wir in unserem Alltag mit Zuschreibungen konfrontiert sind und wie sie sich auf unsere Identität(en) auswirken.
6. Wähle zwei oder drei der folgenden Bereiche aus, in denen du anhand der zuvor beschriebenen Zuschreibungen in Bezug auf deinen Alltag ein „Wir“ und „die anderen“ erkennen kannst:
Alter, Musik, Sport, Familie, Beruf, Nationalität, Politik, Herkunft, Mode, Sport, sexuelle Orientierung, schulischer Erfolg, Einkommen, soziale Schicht, Bildungsabschluss

In welchen Alltagssituationen spielen die beiden Zuschreibungen („Wir“ und „Die“) dann eine Rolle oder auch nicht? Finde jeweils ein Beispiel:

.....

.....

M4 // ARBEITSAUFTRAG // Gruppenarbeit

Befasst euch mit Zuschreibungen und ihren Widersprüchen.
Erarbeitet Argumentationen gegen Fremdzuschreibungen.



1. Lest euch den folgenden Text durch:
Erneuter „Kultur-Aufreger“ in Wiener Krankenhaus.
Stillende Mama verließ genervt die Klinik

„Im Spitalzimmer war fremder Mann“

Die kleine Fiona hatte erst vor drei Wochen das Licht der Welt erblickt, als ihr schlimmer Durchfall zusetzte. Gemeinsam mit der besorgten Mama ging es in ein Wiener Spital. Im Zimmer war noch ein siebenjähriges Mädchen. Doch zum Ärger der stillenden Mutter wollte dessen Vater den Raum nicht verlassen.

„Der Vater war nicht als Begleitperson aufgenommen. Er hat nur gewartet, bis seine Tochter einschläft. Hier geht es um Menschlichkeit.“ *Ralph Luger, Sprecher Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV)*

„Mit uns im Zimmer war ein liebes syrisches Mädchen. Sie bekam abends Besuch, irgendwann verabschiedete sich die Mutter, der Vater blieb“, berichtet Denise T. Als dieser gegen 22 Uhr immer noch da war, saß die stillende Mama bereits auf Nadeln, weil sie ihre Milch abpumpen wollte.

Doch der fremde Mann machte keine Anstalten zu gehen. Denise T. bat am Schwesternstützpunkt um Hilfe.

Als Antwort bekam sie, dass der Vater bei seiner Tochter übernachtete, ob dies ein Problem für sie darstelle. „Natürlich fühle ich mich nicht wohl, mit einem fremden Mann die Nacht in einem Zimmer zu verbringen“, so die 30-Jährige, die um Verlegung bat. Ihr Mann versuchte, die Angelegenheit telefonisch zu lösen – vergebens. Auch das Gespräch mit der Oberärztin war nicht fruchtend. Obendrein gab es noch Ärger mit einer verschwundenen Stuhlprobe des Säuglings. Schließlich packte die zweifache Mutter ihre Sachen und entschied sich, ihr Baby woanders weiterbehandeln zu lassen. Der Wiener KAV verweist darauf, dass man ohnehin zwei Paravents aufgestellt habe.

Es ist nicht der erste „Kultur-Aufreger“: Erst im Frühjahr sorgte eine stillende Niqab-Trägerin im AKH für Wirbel. Sie hatte am helllichten Tag den Vater einer Patientin aus dem Zimmer verbannt.

Martina Münzer: Im Spitalzimmer war fremder Mann, in: Kronen Zeitung, 13.7.2018, S. 18.

2. Befasst euch nun kritisch mit dem Material:

- a) Beschreibt, wie die genannte Mutter des Neugeborenen und der genannte Vater der Siebenjährigen die Situation erlebt haben könnten.
- b) Arbeitet heraus, wie ein solidarisches Miteinander in einer solchen Situation aussehen könnte.

Im letzten Absatz des Artikels wird eine Situation vom März 2018 angesprochen.¹ Damals begleitete ein Vater seine 23-jährige Tochter ins Spital. Es kam zu einem Konflikt mit einer Zimmernachbarin, die kurz davor ein Kind geboren hatte. Diese Mutter fühlte sich vom anwesenden Vater ihrer Zimmernachbarin gestört.

- a) Vergleicht die beschriebenen Situationen und die Darstellung in der **Kronen Zeitung**.
- b) Analysiert, inwiefern Zuschreibungen in diesem Artikel ein solidarisches Miteinander erschweren oder verunmöglichen.
- c) Findet Beispiele für vergleichbare Probleme aus eurem Alltag und entwickelt Lösungsansätze.

¹ Streit um Muslima: „Ein Wort hat das andere ergeben“, in: Kronen Zeitung, 23.3.2018, <https://www.krone.at/1674134> (27.11.2018).

GERECHTIGKEIT IST ANSICHTSSACHE

Wolfgang Buchberger

Hintergrundwissen für LehrerInnen

„Werte sind Zielvorstellungen, die unser praktisches Handeln beeinflussen. Sie haben eine gewisse Stabilität, können sich aber im Verlauf eines Lebens ändern. Sie sind für das Zusammenleben von Menschen von großer Bedeutung. Oft gleichen sich zentrale Wertvorstellungen von unterschiedlichen Personen, es gibt zum Teil auch erhebliche Unterschiede und Akzentverschiebungen. In einer demokratisch organisierten Gesellschaft wird es immer einen Wertepluralismus geben. Dieser Pluralismus macht geradezu das Wesen der Demokratie aus.“¹

Mit diesem einführenden Zitat soll die Frage aufgeworfen werden, von welchen Grundwerten, die für eine demokratische Gesellschaft von fundamentaler Bedeutung sind, gesprochen werden kann. Trotz der Unterschiede in der Auslegung und der Konkretisierung herrscht Einigkeit² über folgende zentrale Werte, die auch im österreichischen Grundsatzergänzungsgesetz für Politische Bildung aus dem Jahr 2015 zu finden sind: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit.³

Wesentliche Leitkategorien unserer Demokratie, die gleichsam das Fundament einer liberalen, demokratischen Gesellschaft bilden, sind z. B. Freiheit und Gerechtigkeit. Freiheit ist dabei nicht als Geschenk misszuverstehen, sondern als Aufgabe, die Verantwortung mit sich bringt. Unverzichtbar für eine demokratische Gesellschaft ist auch Gerechtigkeit, durch welche u. a. die durch die Freiheit entstehende Ungleichheit von Menschen wieder ausgeglichen werden soll: „Eine gerechte Gesellschaft ist bestrebt, die Unterschiede zwischen den Menschen, die es in einer freien Gesellschaft immer geben wird, auszugleichen beziehungsweise erträglich zu gestalten.“⁴ Es geht dabei z. B. um eine gerechte Verteilung aller gesellschaftlichen Chancen (z. B. Bildungsgerechtigkeit) und auch aller Einkommen und Vermögen (u. a. das Verhältnis von Leistung und Einkommen oder Einkommen und Geschlecht), durchaus im Sinne einer gesellschaftlichen Solidarität, die der natürlichen Ungleichheit von Menschen – bedingt durch ihre Eigenschaften, aber auch durch die Ungleichheit in sozialen Verhältnissen – entgegengesetzt wird. Soziale Ungleichheit soll ausgeglichen oder abgemildert und dadurch sozial Schwächeren ein würdevolles Leben im Sinne von Freiheit und Gleichheit ermöglicht werden.

Ist aber dieses Solidaritätsgefühl enden wollend? Die Grundlage für all diese demokratischen Werte ist die Würde des Menschen. Da diese Rechte aller Menschen auch für Personen gelten, die sich in Österreich aufhalten, aber keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen (Personen aus dem EU-Ausland, Asylberechtigte etc.), dies jedoch immer wieder von verschiedenen Seiten infrage gestellt wird, lohnt es sich, über demokratische Werte, ihre Bedeutungen und Auslegungen in politischen Fragen nachzudenken.

Dabei ist die Vermittlung von Werten sicherlich wichtig, aber auch das Hinterfragen von Werten ist entscheidend. Entlang der Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses⁵ dürfen die SchülerInnen zur Übernahme von Werten weder überredet noch gedrängt oder gar gezwungen werden, da „Werteerziehung“ im Sinne der Politischen Bildung jede Indoktrination vermeiden muss. Gleichzeitig müssen demokratische Werte per se nicht zur Disposition stehen, weil auch die Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses auf eindeutig demokratischen Werten fußen, die somit die Hintergrundfolie für Politische Bildung darstellen. Die Aufgabe der Politischen Bildung besteht darin, Lernende mit unterschiedlichen Werteoptionen zu konfrontieren, sie zu unterstützen, diese zu verstehen, und dadurch ihre eigenen Werthaltungen reflektierend zu erklären,⁶ um diese entlang von geeigneten unterrichtlichen Impulsen weiterzuentwickeln. Der scheinbare Widerspruch zwischen der Vermittlung demokratischer Werte und einer aufgeklärten Politischen Bildung, in welcher Lernende selbstständig zu reflektierten Urteilen kommen, lässt sich dadurch beseitigen, dass demokratische Werte und Haltungen durch die Lernenden in praxisbezogenen unterrichtlichen Situationen erfahren werden, darüber reflektiert und (ergebnisoffen) diskutiert wird in dem Vertrauen, „dass sich die Kraft der guten Idee, die in der Praxis erfahrbar wird, gleichsam von alleine durchsetzt“.⁷

In den folgenden Unterrichtsbausteinen für die Sekundarstufe II wird in diesem Sinne der demokratische Grundwert Gerechtigkeit in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestellt.

¹ Siegfried Schiele: Gibt es noch Werte?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 34–36, Bonn 2013, S. 15–19, hier S. 15.

² Vgl. Gorthard Breit: Grundwerte im Politikunterricht, in: ders., Siegfried Schiele (Hg.): Werte in der politischen Bildung, Schwalbach am Taunus 2000, S. 218–248, hier S. 222–226.

³ Vgl. Unterrichtsprinzip Politische Bildung, Grundsatzergänzungsgesetz 2015, https://www.bmb.gv.at/ministerium/rs/2015_12.html (1.2.2017). / ⁴ Schiele, Gibt es noch Werte?, S. 16.

⁵ Vgl. Hans-Georg Welling: Konsens à la Beutelsbach?, in: Siegfried Schiele, Herbert Schneider (Hg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977, S. 173–184, hier S. 179f.

⁶ Vgl. Wolfgang Sander: „erkennen, als jemand, der einmalig ist in der Welt!“ – Werteerziehung als Aufgabe der Schule, in: Breit, Schiele, Werte in der politischen Bildung, S. 184–201, hier S. 195f.

⁷ Siegfried Schiele: Möglichkeiten und Grenzen der politischen Bildung bei der Vermittlung von Werten, in: Breit, Schiele, Werte in der politischen Bildung, S. 1–15, hier S. 11.

Im Sinne des für die Politische Bildung geforderten Prinzips der Kontroversität müssen unbedingt mehrere Perspektiven auf das Thema präsentiert werden. Es ist daher empfehlenswert, zusätzlich zu Baustein 1 (M1) weitere Bausteine in einer Unterrichtssequenz zu behandeln.

In **M1** sollen verschiedene Gerechtigkeitsvorstellungen kennengelernt und verstanden werden⁸ sowie die Betrachtungsweise des Autors erkannt und nachvollzogen werden. Im Rahmen des österreichischen Kompetenzmodells für Politische Bildung werden v. a. die Politische Sachkompetenz (Kategorien und Konzepte kennen und über sie verfügen) und die Politikbezogene Methodenkompetenz (Kommunikationsstrategien in politischen Manifestationen, Unterscheidung von sachlichen und bewertenden Elementen) gefördert.⁹

In **M2** setzen sich die Lernenden mit unterschiedlichen Sichtweisen in Bezug auf das Thema Mindestsicherung auseinander. Die Aussagen stammen – mit leichten Veränderungen – aus österreichischen Tageszeitungen und sollen den dortigen Diskurs, bestehend aus PolitikerInnenaussagen, Kommentaren usw., zusammenfassen. Ausgehend von einer analytischen Betrachtung der Aussagen hinsichtlich deren implizit enthaltener Gerechtigkeitsvorstellungen (Politische Sachkompetenz – Kategorien und Konzepte kennen und über sie verfügen) sollen die SchülerInnen ihren eigenen Standpunkt formulieren (Politische Handlungskompetenz – eigene Meinungen, Werturteile und Interessen artikulieren und (öffentlich) vertreten). Anschließend soll gezielt die Politikbezogene Methodenkompetenz gefördert werden, indem eigene politische Manifestationen gestaltet werden (die der eigenen Argumentation am besten entsprechende Form der Darstellung anwenden, geeignete Medien auswählen, dabei die Medienspezifik bei der Darstellung berücksichtigen sowie Feedback zum erstellten Medium annehmen).

In **M3** soll in Form eines Simulationsspiels mit Rollenkarten die Perspektivübernahme geübt werden. Einerseits soll so ausgehend von der abstrakten Beschäftigung mit dem Thema die Ebene der persönlich Betroffenen in den Vordergrund gestellt werden. Andererseits sollen folgende Elemente der Politischen Urteilskompetenz gefördert werden:

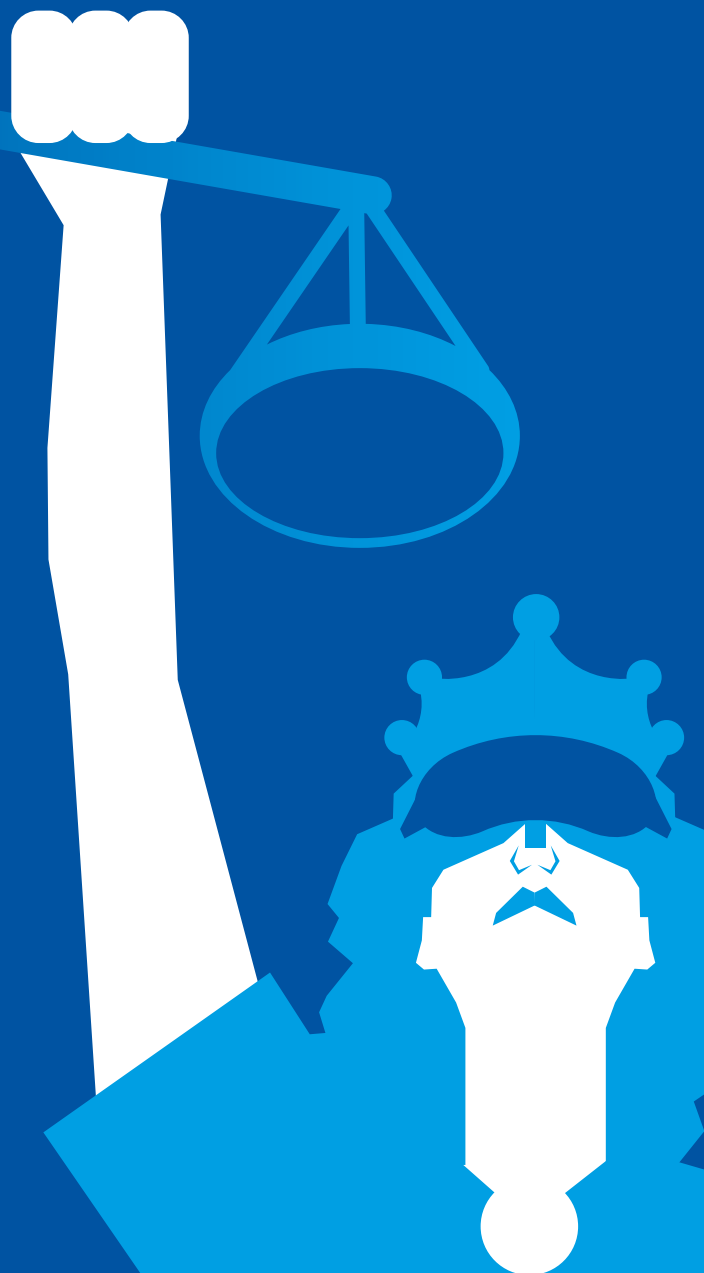
- a) *Standorte und Perspektiven unterschiedlich Betroffener wahrzunehmen und nachzuvollziehen,*
- b) *vorliegende Urteile auf ihre Begründung hin zu untersuchen und*
- c) *sich anschließend selbst begründet zu positionieren.*

Entscheidende Voraussetzung dafür sind Kenntnisse der SchülerInnen zum Begriff politisches Urteil bzw. Teilurteil, zu den Unterscheidungsmerkmalen von begründeten Urteilen und Vor- oder Vorausurteilen sowie zu Kriterien der Qualitätsprüfung und Beurteilung von politischen Urteilen.¹⁰ Die leeren Rollenkarten können durch weitere Positionen und Perspektiven ergänzt werden. 🧑🏻

⁸ Vgl. dazu auch Stefan Liebig, Meike May: Dimensionen sozialer Gerechtigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 47, Bonn 2009, S. 3–8, hier S. 5.

⁹ Vgl. Reinhard Krammer u. a.: Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen. Ein Kompetenz-Strukturmodell (Langfassung), unveröffentlichtes Manuskript, Wien 2008, <https://www.geschichtsdidaktik.com/materialien-f%C3%BCr-den-unterricht> (2.7.2018).

¹⁰ Vgl. ebd.



M1 // ARBEITSAUFTRAG

Einzelarbeit

Robert Buggler ist Sprecher der Salzburger Armutskonferenz (www.salzburger-armutskonferenz.at).

Die Armutskonferenz versteht sich als Plattform für mehr als 30 Sozialeinrichtungen (NGOs) und für sozial engagierte Personen. Buggler schreibt regelmäßig in der Salzburger Straßenzzeitung Apropos. Apropos ist ein parteiunabhängiges, soziales Zeitungsprojekt und hilft seit 1997 Menschen in sozialen Schwierigkeiten. Die Straßenzzeitung wird von professionellen JournalistInnen gemacht und von Männern und Frauen verkauft, die obdachlos, wohnungslos und/oder langzeitarbeitslos sind. Die VerkäuferInnen kaufen Apropos um 1,25 Euro ein und verkaufen es um 2,50 Euro weiter.

1. Lies den Text von Robert Buggler und arbeite die unterschiedlichen Gerechtigkeitsvorstellungen heraus.

- Was bedeutet für ihn Leistungsgerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit oder Bedarfsgerechtigkeit?

2. Weise Bewertungen im Text von Robert Buggler nach.

- Welche Bewertungen kannst du finden? Unterstreiche sie.
- Was wird positiv oder negativ bewertet?

3. Analysiere die Perspektive Bugglers und die Botschaft seines Textes, indem du die Informationen zu seiner Person, zur Zeitung und die Ergebnisse aus dem Arbeitsauftrag 2 miteinbeziehst.

- Wie ist die Perspektive Bugglers zu beschreiben, wenn du sein berufliches Engagement miteinbeziehst? Ist es eher die Perspektive von sozial Stärkeren oder Schwächeren?
 - Wie steht Buggler zu den Plänen des damaligen Außenministers Kurz?
 - Welche Argumente führt Buggler an, um seine Position zu untermauern?
 - Wie kann man seine Botschaft kurz zusammenfassen?

KURZSCHLUSS

Kommentar von Robert Buggler

„Nur wer davor auch etwas geleistet hat, soll etwas bekommen!“, lautet das Credo des Außenministers Sebastian Kurz in Sachen Integration. Und fordert gleich einmal, dass MigrantInnen in den ersten fünf Jahren ihres Aufenthalts keine Sozialleistungen mehr erhalten sollen. Das sei nämlich „eine Frage der Gerechtigkeit“. Leistungsgerechtigkeit, um genauer zu sein. Das klingt dermaßen gut und nachvollziehbar, wie es schlichtweg falsch und kontraproduktiv ist.

Der österreichische Sozialstaat ruht nämlich auf mehreren Gerechtigkeitssäulen, die, im Idealfall, gut aufeinander abgestimmt sind. Die Kurz'sche Denkweise gibt es natürlich, also die Leistungsgerechtigkeit, vorrangig im Bereich der Sozialversicherung. Wer vorher etwas einbezahlt hat, bekommt danach auch etwas raus. Wer mehr eingezahlt hat, bekommt mehr raus, wie im Fall der Arbeitslosen- oder auch der Pensionsversicherung.

Das hat zweitens auch etwas mit Verteilungsgerechtigkeit zu tun, dem zweiten Prinzip: Wer arbeitet, zahlt für jene, die nicht arbeiten können, krank oder im Rubestand sind. Dies gilt auch im Steuer- und Abgabensystem. Wer mehr verdient, der zahlt mehr an Steuern, zumindest für die Einkommen gilt das. Reich unterstützt arm, gesund versorgt krank, arbeitsfähig finanziert nicht mehr arbeitsfähig. Und dann gilt – drittens – die Bedarfsgerechtigkeit. Jemand, der einen bestimmten sozialen Bedarf nachweist, erhält eine Bedarfsdeckung. Dieses Prinzip ist bekannt aus der Familienförderung, der Wohnbeihilfe, der Behindertenbeihilfe oder der Ausgleichszulage für PensionistInnen.

Was Minister Kurz nun will, ist das Leistungsprinzip auf jene Bereiche auszudehnen, die bislang im Sinne der Bedarfsgerechtigkeit erfüllt wurden. Auf die Mindestsicherung zum Beispiel. Oder anders ausgedrückt: Nicht Armut oder Behinderung oder erhöhte Ausgaben durch Kinderbetreuung sind Voraussetzung für sozialstaatliche Mittel, sondern eine wie immer geartete „Leistung“, ein Beitrag, der davor erbracht wurde. Konsequenterweise stellt sich die Frage, ob dann künftig Personen, die nach einem Autounfall eine Körperbehinderung haben, noch einen Rollstuhl oder einen Reha-Aufenthalt erhalten, wenn sie nicht davor gearbeitet haben?

Ob der Sozialstaat in Österreich nun gerecht oder ungerecht gebaut ist, ist eine schwierige Frage. Ich meine, es gibt viel Luft nach oben. Setzt sich Kurz mit seinen Vorschlägen durch, beginnt das Werk insgesamt zu wackeln, weil eines der drei Tischbeine angesägt wird. Der Sozialstaat braucht Weiterentwicklung, gewiss, aber sicher keine Kurz-Schluss-Handlungen.“

Robert Buggler: Kurzschluss, in: Apropos, Nr. 164, Salzburg 2017, S. 26.



M2 & M3 // ARBEITSWISSEN

Staaten, die dafür sorgen, dass die soziale Versorgung der Menschen gesichert ist, nennt man **Sozialstaaten**. In Österreich werden vom Staat verschiedene **Sozialleistungen** erbracht, um nachweislich bedürftige Menschen in verschiedenen Situationen zu unterstützen und **Armut und Not zu verhindern**. Zu diesen Leistungen gehören Unterstützungen bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit, im Alter, für Familien, für Wohnen oder gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Ohne diese Sozialleistungen wären 44 % der Menschen in Österreich armutsgefährdet. Aufgrund der Unterstützung durch Sozialleistungen waren es 2016 nur 14 Prozent der Bevölkerung. Die Verwirklichung all dieser Sozialleistungen kostet viel Geld. Deshalb wird immer wieder diskutiert, wo man besser helfen könnte und wo man Einschränkungen machen sollte.

Leicht verändert und erweitert nach dem Politiklexikon für junge Leute: politik-lexikon.at (29.6.2018).

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) ist eine finanzielle Unterstützung für Personen, die ihren Lebensunterhalt mit eigenen Mitteln (Einkommen, Unterhalt, Pension etc.) nicht decken können. Ziel der Mindestsicherung ist zum einen, die Armut zu bekämpfen und Menschen vor sozialer Ausgrenzung zu schützen, und zum anderen, Personen zu fördern, um sie dauerhaft in das Erwerbsleben zurückzuführen bzw. zu führen.

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung besteht aus:

- a) **Hilfe für den Lebensunterhalt**
- b) **Hilfe für den Wohnbedarf**
- c) **Hilfe für den Bedarf bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung**

Die Mindestsicherungspläne der Regierung stehen in der Diskussion, da manche eine indirekte Schlechterstellung für Flüchtlinge sehen. Für den Vollbezug ist entweder ein Pflichtschulabschluss in Österreich oder das Deutsch-Sprachlevel B1 vorzuweisen. EU-BürgerInnen wiederum müssen generell fünf Jahre warten, bis sie die Leistung beziehen können.

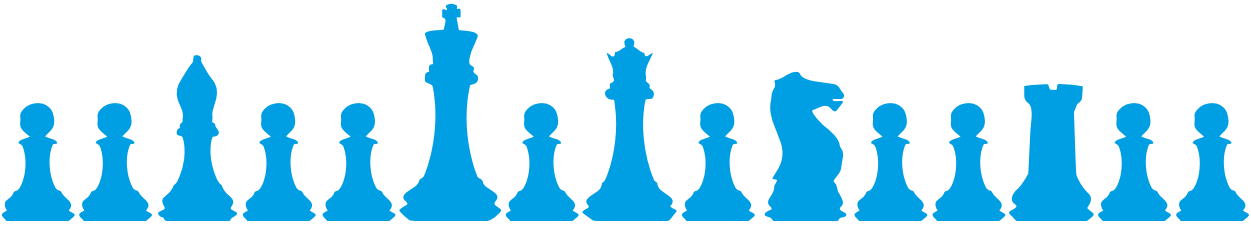
Zurzeit gibt es Diskussionen um die Neugestaltung der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Es geht dabei v. a. um die Höhe der Leistungen insgesamt, um Einschränkungen für EU-AusländerInnen, die erst nach fünf Jahren EmpfängerInnen sein sollen, und um Einschränkungen für anerkannte Flüchtlinge, deren Deutschkenntnisse für die Höhe der Leistungen herangezogen werden sollen, sowie um Einschränkungen für Familien mit mehreren Kindern.

Sozialstaat



M2 // ARBEITSAUFTRAG

1. Lies die unterschiedlichen Aussagen. Diese spiegeln aktuelle politische Diskussionen wider, die in österreichischen Tageszeitungen zum Thema Mindestsicherung wiedergegeben werden.
2. Ordne die Aussagen verschiedenen Gerechtigkeitsvorstellungen in der Tabelle zu. Beziehe dich dabei auf die Leistungs-, Bedarfs- und Verteilungsgerechtigkeit (aus M1).
3. Begründe, welchen Aussagen du zustimmen kannst und welchen gar nicht.
4. Formuliere deine eigene begründete Meinung zur Frage, wie eine Mindestsicherung gestaltet werden sollte, und berücksichtige dabei die unterschiedlichen Gerechtigkeitsvorstellungen.
5. Gestaltet in Kleingruppen ein Plakat, ein Flugblatt, einen Blog-Eintrag oder ein Kurz-Handyvideo, um eure Meinung zum Thema auf pointierte Weise wiederzugeben.
6. Präsentiert eure entstandenen Produkte und gebt Feedback zu den Präsentationen der anderen Gruppen. Berücksichtigt dabei folgende Aspekte:
 - Verständlichkeit der Botschaft
 - Überzeugungskraft
 - Nutzung medialer Möglichkeiten



„Solidarität ist nicht universal, sondern auf eine bestimmte, von vornherein festgelegte Gruppe von Menschen beschränkt. Die Zusagen des Sozialstaats gelten nur für jene, die dazugehören und etwas beigetragen haben.“

Gerechtigkeitsvorstellung

Stimmst du dieser Aussage zu: Ja // Nein // Begründung:

„Mit einer Einschränkung von Sozialleistungen wird Kinderarmut aktiv gefördert, anstatt sie zu bekämpfen. Besonders geflüchtete Menschen sind gefährdet. Das ist unmenschlich und sozial gefährlich.“

Gerechtigkeitsvorstellung

Stimmst du dieser Aussage zu: Ja // Nein // Begründung:

„In der solidarischen österreichischen Gesellschaft muss weiterhin versucht werden, materielle Ungleichheiten auszugleichen, um größere Chancengleichheit zwischen sozial Schwächeren und den sozial Starken herzustellen. Solidarität mit sozial Schwächeren in der Gesellschaft heißt, dass man es für richtig empfindet, wenn sie (vom Staat) unterstützt werden.“

Gerechtigkeitsvorstellung:

Stimmst du dieser Aussage zu: Ja // Nein // Begründung:

„Alle sollen das bekommen, was sie für ein menschenwürdiges Leben brauchen. Es muss das Ziel sein, allen Menschen auf einem gegebenen kulturellen Niveau das Überleben zu ermöglichen. Anspruch darauf hat man daher nicht als jemand, der zuvor etwas beigetragen hat, sondern als Mensch mit grundlegenden Menschenrechten.“

Gerechtigkeitsvorstellung:

Stimmst du dieser Aussage zu: Ja // Nein // Begründung:

„Mit der Neuregelung der Mindestsicherung wird für eine neue Gerechtigkeit gesorgt: Die Mindestsicherung ist bisher zu einem bedingungslosen Grundeinkommen verkommen, das ausgenutzt wird, weil es keinerlei Anreize gibt, wieder arbeiten zu gehen.“

Gerechtigkeitsvorstellung:

Stimmst du dieser Aussage zu: Ja // Nein // Begründung:

„Die Regierung muss aufhören, bei den Ärmsten zu kürzen und die Gesellschaftsgruppen gegeneinander auszuspielen. Ein Sozialstaat hat Armut zu bekämpfen und nicht die Ärmsten.“

Gerechtigkeitsvorstellung:

Stimmst du dieser Aussage zu: Ja // Nein // Begründung:

M3 // ARBEITSAUFTRAG

1. Lies die Beschreibung deiner Rolle durch und bereite dich auf die Diskussion vor, indem du mögliche Argumente und Gegenargumente aus deiner Rolle heraus vorbereitest.
2. Führt eine Podiumsdiskussion zur Frage durch, wie die Bedarfsorientierte Mindestsicherung neu gestaltet werden sollte. Die Diskussion kann von einer Schülerin oder einem Schüler oder von der Lehrperson geleitet werden. SchülerInnen, die keine Rolle spielen, beobachten die Diskussion im Hinblick auf die Fragen in Arbeitsauftrag 3.
3. Bereite die Diskussion nach, indem ihr folgende Fragen besprecht:
 - a) Welche Meinungen waren gut begründet, welche weniger gut und warum?
 - b) Welche Begründungen sind relevanter als andere?
 - c) Welche Interessen könnten hinter den einzelnen Urteilen stecken?
 - d) Welche Urteile könnten womöglich mit Grund- und Menschenrechten nicht vereinbar sein?
4. Formuliere dein eigenes begründetes Urteil, indem du möglichst viele Positionen berücksichtigst.

Elena Ölmez, 49, Angestellte

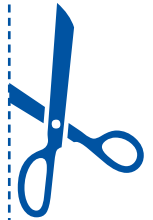
Du verstehst wie viele BürgerInnen nicht, dass frisch Zugewanderte gleich hohe Leistungen bekommen sollen wie alleingesessene SteuerzahlerInnen. Der Sozialstaat lässt sich nur aufrechterhalten, wenn die Masse die Regeln für fair hält. Laut Umfragen befürworten mehr als drei Viertel der ÖsterreicherInnen, dass Flüchtlinge und EU-BürgerInnen eine niedrigere Mindestsicherung erhalten als ÖsterreicherInnen.

Alois Stückl, 43 Gemeindepolitiker

Du bist Gemeindepolitiker in Wien. Wenn es nach dir geht, soll die Mindestsicherung kein arbeitsloses Dauereinkommen für Arbeitsunwillige sein. Das heißt, dass auch ein gewisser Abstand zu einem Arbeitseinkommen notwendig ist. Durch Einschränkungen und Kürzungen können außerdem allein in Wien 80 Millionen Euro gespart werden.

Baschar Hamid, 29, Hilfsarbeiter

Du arbeitest in einer Niedriglohnbranche und hast derzeit keine Chance auf einen besseren Job. Du und deine fünfköpfige Familie wurden bereits von der ersten Kürzung im Vorjahr empfindlich getroffen. 150 Euro weniger landen auf dem Konto deiner Familie. Mit der Mindestsicherung neu müsstet ihr mit weiteren 671 Euro weniger auskommen.



Gabriele Denk, 28, NGO-Mitarbeiterin

Du möchtest darauf hinweisen, dass in Österreich 83.818 Kinder auf die Mindestsicherung angewiesen sind (Stand 2016). Mehr als die Hälfte der 307.533 BezieherInnen lebt also in Familien mit Kindern. Von den nun geplanten Kürzungen werden allerdings – anders als von der Regierung suggeriert – nicht nur Großfamilien betroffen sein. Im Gegenteil: Klassische Paarfamilien in allen Bundesländern werden schon ab dem ersten Kind weniger Geld erhalten.

Robert Bogensberger, 35, Arbeitssuchender

Du hast zwei abgeschlossene Studien, und seit du 25 warst, hast du dich selbst erhalten. Doch es waren schlecht bezahlte Jobs, befristete Anstellungen oder auf Werkvertragsbasis. Du musstest Mindestsicherung beantragen, denn die 600 Euro Arbeitslosengeld reichten nicht zum Überleben. Dass es so weit kommt, hättest du nicht gedacht. Wenn du in einer normal teuren Wohnung leben würdest, wüsstest du nicht, wie das gehen sollte. Sogar die geförderten Wohnungen sind mittlerweile so teuer wie am freien Markt.

Sandra Savic, 37, Arbeitssuchende

Du stehst nach der Trennung mit zwei Schulkindern allein da. Seit einem Jahr bezieht du BMS. Wohl fühlst du dich sicher nicht beim Bezug der BMS. Du hast irgendwie ein schlechtes Gewissen. Eine Alternative hattest du aber auch nicht. Seit dem Bachelor-Abschluss in deinem Studium bist du arbeitslos und seit einem dreiviertel Jahr krank. Damit ein Job, von dem du deine Familie ernähren kannst, infrage kommt, müsstest du zunächst gesund werden. Das Sozialschmarotzerklichschee ist für dich psychisch ziemlich belastend.

M3 // ARBEITSAUFRAG

Heinrich Kern, 53, Jurist

Du bist überzeugt, dass die Einschränkungen besonders für Flüchtlinge gelten, die wegen der neu vorgeschriebenen guten Deutschkenntnisse in der Regel frühestens nach eineinhalb Jahren auf die volle Leistung kommen werden. Wer aber AusländerInnen in die Armut schiebt, fördert Kriminalität und Radikalisierung. Außerdem: Asylberechtigten steht nach dem Gesetz der gleiche Zugang zur Sozialhilfe wie den Staatsangehörigen zu. Es droht der „Mindestsicherung neu“ deshalb die Aufhebung vor Gericht, da es für Asylberechtigte keinerlei diskriminierende Zugangsvoraussetzung geben darf, doch genau das wäre der Nachweis von Sprachkenntnissen.

Veronika Zinggl, 48, Statistikerin

Du möchtest statistisch einiges klarstellen: Nur rund zehn Prozent der Wiener BezieherInnen erhalten die Mindestsicherung in voller Höhe. Der Großteil der BezieherInnen, nämlich 77,9 Prozent, bekommt eine Ergänzungsleistung. Diese Personen erhalten nur einen Teil der Mindestsicherung, um mit anderen Bezügen (wie etwa Notstandshilfe, Arbeitslosengeld, Pension oder ihrem Erwerbseinkommen) insgesamt auf Einkünfte von 837,76 bzw. 1.256,64 Euro zu kommen. Bei der Berechnung der Leistungshöhe werden alle Einkünfte berücksichtigt, und das Vermögen muss bis auf 4.188,79 Euro aufgebraucht werden.

Michael Probst, 63, leitender Mitarbeiter einer Sozialorganisation

Betonen willst du, dass von den Kürzungen bei der Mindestsicherung zum größeren Teil österreichische Familien und nur zum kleinen Teil ausländische Familien betroffen sind. Ein Drittel der mit Mindestsicherung unterstützten Menschen ist minderjährig. Familien bekämen nach den Regierungsplänen für das dritte Kind nur 1,50 Euro pro Tag. Von Anfang an einige Kinder auszuschließen – und ihnen keine Chancen zu geben –, ist nicht gescheit. Damit schaffen wir uns selber Probleme im Sozial- und im Sicherheitsbereich. Neben Familien mit mehreren Kindern sind auch jene betroffen, die keinen heimischen Pflichtschulabschluss haben. Auch ihnen wird die Mindestsicherung künftig gekürzt, sie sollen dann nur mehr 560 Euro im Monat bekommen – und das könnte über 60.000 Menschen betreffen.

Evelyn Frey, 26 Lehrerin

Wer Mindestsicherung bezieht, ist überdurchschnittlich oft chronisch krank oder behindert. Das geht aus Zahlen einer EU-Sozialstudie hervor. Dadurch steht zu befürchten, dass kranke und behinderte MindestsicherungsbezieherInnen durch die Reformpläne der Regierung weiter unter Druck kommen könnten. Schon das Streichen oder Reduzieren von Leistungen für diejenigen, die noch nichts beigetragen haben, trifft nicht nur neu zugewanderte Menschen, sondern Personen in verschiedensten Lebenslagen. Wird denn bei dieser Fixierung auf das Beitragen und auf Leistung überhaupt danach gefragt, ob allen die Möglichkeit geboten wird, etwas beizutragen? Du bist der Meinung, dass im Sinne der Menschenrechte allen Bedürftigen geholfen werden muss.

Walter Blumenstrauß, 61, Journalist

Du bist überzeugt davon, dass sich der Sozialstaat in Zeiten der Migration schützen muss. Von „Einwanderung ins Sozialsystem“ hältst du wenig. Flüchtlinge sollen weniger bekommen. Die neue Mindestsicherung soll Anreize zum möglichst raschen Eintritt in den Arbeitsmarkt schaffen. Das könnte auch eine Maßnahme zur Integration sein.

Iva Dvořák, 40, Angestellte

Du bist vor zwei Jahren aus dem EU-Ausland nach Österreich gekommen. Trotz eines abgeschlossenen Studiums war es dir nicht möglich, in Österreich einen gut bezahlten Job zu finden. Als alleinerziehende Mutter bist du daher mit dem Gehalt aus deinem Teilzeitjob auf die Ergänzungsleistungen durch die BMS angewiesen. Gäbe es Einschränkungen für EU-AusländerInnen, wüsstest du nicht, wie du die Miete und andere Fixkosten bezahlen solltest.



BILDUNG UND INTEGRATION

Philipp Mittnik

Hintergrundwissen für LehrerInnen

Die zunehmende Ethnisierung von politischen Konflikten ist besonders deutlich bei Bildungsangelegenheiten zu beobachten. Kaum eine mediale Debatte, die nicht nach kürzester Zeit die Zuwanderung und das Asylwesen in den Fokus stellt. So sind „die AusländerInnen“ schuld an den schlechten PISA-Ergebnissen und die Fluchtbewegungen von 2015 verantwortlich für die – vermeintlich – zunehmende Gewalt an Schulen. Im März 2018 ist eine Detailuntersuchung des PISA-Tests veröffentlicht worden, wonach MigrantInnen leistungsschwächer und unmotivierter sind als ÖsterreicherInnen.¹ Was jedoch häufig medial unkommentiert bleibt, ist die Tatsache, dass der soziale Status, der Bildungsgrad der Eltern und etwaige traumatische Ereignisse bedeutend wichtiger für den (fehlenden) schulischen Erfolg sind als die Religion, die Sprache oder die „Kultur“.

Der Anspruch dieses Unterrichtsbeispiels ist es, die Rolle der Herkunft bei Konflikten mitzudenken, diese jedoch nicht unverhältnismäßig in den Fokus zu setzen. SchülerInnen mit Migrationshintergrund sind deutlich öfter von dem Risiko bedroht, in Armut zu leben, als Menschen, die in Österreich geboren wurden.² SchülerInnen, die in Armut leben, haben häufig eine völlig andere Lebensrealität als jene, die in wohlbehüteten Verhältnissen aufwachsen. So sollte die Auseinandersetzung mit Armut im Kindes- und Jugendalter im Schulunterricht eine wichtige Rolle einnehmen. Die österreichische Armutskonferenz stellt hierzu zahlreiche Fakten und Unterlagen zu Verfügung.³ Im Sinne einer praxisorientierten politischen Bildung soll das gezielte fremdenfeindliche Agenda-Setting einiger Medien und politischer VertreterInnen dekonstruiert werden, und SchülerInnen sollen sich faktenorientiert gesellschaftsrelevanten Konflikten annähern.

Umsetzung des Unterrichtsbeispiels

Im Sinne des österreichischen Kompetenz-Strukturmodells für Politische Bildung⁴ soll durch exemplarische Annäherung ein reflektiertes Politikbewusstsein entstehen. Bildung ist einer jener Bereiche, die in den letzten Jahren zunehmend „ethnisiert“ wurden. Waren früher die fehlenden SozialarbeiterInnen, die mangelnde Ressourcenvergabe durch den Dienstgeber oder die Debatte um eine gemeinsame Schule zentral, wird gegenwärtig vielfach nur noch über den Zusammenhang von Schule und Zuwanderung gesprochen. Dieses Beispiel leugnet nicht, dass durch die steigende Zuwanderung Herausforderungen auf die Schule zukommen. Die Art und Weise, wie einseitig diese Debatte häufig geführt wird, ist jedoch sehr bemerkenswert. Die Kontroversität als eine der wichtigsten Grundlagen der Politischen Bildung geht dabei verloren. Dieses Beispiel soll darauf hinweisen, dass viele Faktoren für einen mangelnden Schulerfolg von Bedeutung sind.

Der Einstieg in das Unterrichtsbeispiel präsentiert fiktive Stammtischparolen zum Thema Bildung und Migration (**M1**). Besonders wichtig aus Sicht der Lehrkraft wird hier sein, mögliche Alltagsrassismen zu problematisieren und die SchülerInnen dazu anzuleiten, ihre Argumentation nicht nur emotional zu rechtfertigen (Werturteil), sondern aufgrund von überprüfbaren Fakten (Sachurteil) zu reflektieren. In der anschließenden Diskussion ist es wesentlich, die **Verallgemeinerung** bei politischen Konflikten als grundsätzlich problematisch darzustellen. Auch der – meist zur Abgrenzung verwendete – Begriff der „Kultur“ soll an dieser Stelle dekonstruiert werden. Ein möglicher höherer Zustimmungswert zu Religion und auch Gewalt muss immer in Relation zu den Lebensverhältnissen und den sozioökonomischen Grundlagen betrachtet werden. Dieser Einstieg kann sehr diskursiv und emotional werden, dennoch ist es besonders wichtig, die SchülerInnen gleich

¹ Vgl. Migranten an Schulen: Im OECD-Vergleich schwächer und unmotivierter, in: Kleine Zeitung, 19.3.2018, [https://www.kleinezeitung.at/oesterreich/5391466/PisaStudie_Migranten-an-Schulen_Im-OECD-Vergleich-schwaecher-und-\(12.10.2018\)](https://www.kleinezeitung.at/oesterreich/5391466/PisaStudie_Migranten-an-Schulen_Im-OECD-Vergleich-schwaecher-und-(12.10.2018)).

² Vgl. Aram Ghadimi: Migration als Armutsrisiko, in: Die Presse, 30.11.2010, <https://diepresse.com/home/panorama/integration/614671/Migration-als-Armutsrisiko> (10.10.2018).

³ Vgl. <http://www.armutskonferenz.at> (10.10.2018).

⁴ Reinhard Krammer: Durch die politische Bildung zu erwerbende Kompetenzen. Ein Kompetenz-Strukturmodell. Ein Projekt im Rahmen der Demokratie-Initiative der Bundesregierung, Wien 2008, https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/unterricht/ba/glv_kompetenzmodell_23415.pdf?61ed9f (08.10.2018).

”

zu Beginn zu bewegen, ihre (politischen) Urteile nicht ausschließlich aufgrund gewisser Erfahrungen und persönlicher Wahrnehmungen zu treffen, sondern immer auch aufgrund überprüfbarer Fakten.

Im zweiten Teil wird eine Detailauswertung der PISA-Ergebnisse vorgelegt (**M2**), die zeigt, dass MigrantInnen häufig leistungsschwächer und weniger motiviert sind als ihre in Österreich geborenen MitschülerInnen. Der zweite Zeitungsartikel in diesem Zusammenhang demonstriert die häufigere Armutsgefährdung von MigrantInnen. Ziel dieses Beispiels ist es, die Auswirkungen von Armut auf Kinder und Jugendliche herauszuarbeiten. Die oft prekären Lebensumstände haben zentrale Auswirkungen auf den Schulerfolg: kein Geld für Nachhilfe, durch kleinen Wohnraum kaum Rückzugsmöglichkeiten, fehlende Finanzierung von Freizeitbeschäftigungen, fehlende Unterstützung durch die Eltern usw.

Im dritten und größten Baustein des vorliegenden Unterrichtsbeispiels (**M3**) werden fünf Aussagen aus Zeitungs-ausschnitten präsentiert, die sich mit dem Themenfeld Bildung und Migration auseinandersetzen. Jeder Gruppe wird eine der fünf Aussagen zugeteilt, und die SchülerInnen bearbeiten dieses Beispiel in der Kleingruppe. Die SchülerInnen sollen die Problematisierung verstehen und

zusammenfassen. Anschließend sollen sie in der Kleingruppe Argumente für Aussagen sammeln, wie es zu diesen Entwicklungen kommen konnte. Hier soll wieder zwischen Sach- und Werturteilen in den Aussagen unterschieden werden. Das Herausarbeiten politischer Urteile ist eine der zentralen Aufgaben der Politischen Bildung. Zum Abschluss der Kleingruppenarbeit sollen die SchülerInnen mögliche und realistische Lösungsszenarien entwickeln. Anschließend präsentiert jede Gruppe den Problemaufriss und die entwickelten Lösungsszenarien. Dieser Teil der Übung sollte keinesfalls länger als fünf Minuten je Gruppe dauern, um die Aufmerksamkeit der SchülerInnen nicht zu verlieren. Die bereits zuvor in den Kleingruppen erstellten Plakate (oder andere Präsentationsformate) sollen hier vorgestellt werden. Jener Lösungsvorschlag, für den sich in der Klasse durch Abstimmung eine relative Mehrheit findet, wird von der Kleingruppe in einem folgenden Schritt weiterbearbeitet. Abschließend erstellen die Mitglieder der Kleingruppe eine kurze Petition, in der der Problemaufriss und die gewählte Lösung präsentiert werden. Diese Petition soll dann an eine/n PolitikerIn, an eine Partei, an die Schulbehörde oder an eine NGO weitergeleitet werden. Einige Wochen/Monate später, wenn eine Reaktion der angeschriebenen Stelle vorliegt, soll diese Thematik noch einmal aufgegriffen werden, und die Kleingruppen präsentieren, wie ihre jeweilige Idee aufgenommen wurde. 🐼

“

herausforderung

M1 // ARBEITSAUFTRAG // *Arbeitet zu zweit*

Ihr findet in der unten stehenden Tabelle einige Aussagen. Beurteilt, ob ihr der jeweiligen Aussage zustimmt oder ob ihr sie ablehnt. Wenn ihr dazu keine (klare) Meinung habt, kreuzt bitte „Weiß nicht“ an.

	Ich stimme zu	Ich stimme nicht zu	Weiß nicht
Bildung ist in anderen Kulturen nicht so wichtig.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bei Burschen mit Migrationshintergrund fehlt oft der Respekt vor Frauen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
SchülerInnen mit Migrationshintergrund wollen sich durch Bildung hocharbeiten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Schulbildung für Flüchtlinge kann nicht funktionieren, wenn zu viele auf einmal ins Land kommen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
SchülerInnen mit Migrationshintergrund sind häufiger gewalttätig als andere.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
SchülerInnen mit chinesischem Migrationshintergrund sind meist sehr fleißig.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Religion ist für die meisten SchülerInnen mit Migrationshintergrund wichtiger als die Schule.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



FIKTIVE AUSSAGEN

ARBEITSAUFTRAG // Arbeit zu zweit

1. Füllt das Arbeitsblatt aus und diskutiert zu zweit, welche dieser Aussagen problematisch sein könnten.
2. Diskutiert, ob es *die* „SchülerInnen mit Migrationshintergrund“ überhaupt gibt.
3. Erklärt, warum Verallgemeinerungen – wie in diesen Beispielen – ein Beitrag zu Alltagsrassismus sein könnte.



ARBEITSAUFTRAG // Klassenphase

1. Stimmt nun in der Klasse ab, welche drei Aussagen die höchste Zustimmung erlangten.
2. Formuliert gemeinsam mit eurer Lehrerin/eurem Lehrer faktenorientierte Argumente zu den drei ausgewählten Aussagen, die eure Zustimmung untermauern.
3. Formuliert ebenfalls faktenorientierte Argumente, die für jene Aussagen stimmen, denen ihr nicht zugestimmt habt, und bespricht, warum ihr euch gegen diese Aussage ausgesprochen habt.



M2 // PISA-TEST-DETAILAUSWERTUNG

Migrantenkinder sind in Österreich vergleichsweise leistungsschwach: Der Anteil jener Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln, die in allen drei Testgebieten mindestens grundlegende Kenntnisse aufweisen (Level 2 von insgesamt 6), liegt hierzulande bei 47 Prozent und damit signifikant unter dem OECD-Schnitt (54 Prozent) wie auch dem EU-Schnitt (55 Prozent). Zum Vergleich: In Kanada beträgt er 82 Prozent, in der Schweiz und den USA 58 Prozent, in Deutschland 57 Prozent.

Im OECD-Vergleich schwach ausgeprägt ist auch die Leistungsmotivation der Schüler mit Migrationshintergrund in Österreich: Insgesamt zählen 57 Prozent zur Gruppe der „Motivierten“ – im OECD-Schnitt sind es 70 Prozent, im EU-Schnitt 66 Prozent. Besonders hoch ist die Motivation der Migranten in den angloamerikanischen Ländern mit Werten jeweils weit über 80 Prozent. Die migrantischen Schüler in Österreich könnten sich damit zwar ein Vorbild an ihren Kollegen in anderen Ländern nehmen, nicht aber an den „Einheimischen“ in Österreich: Deren Motivation liegt nämlich noch niedriger (43 Prozent).

OECD-Vergleich: Migranten an Schulen schwächer, in: Kurier, 19.3.2018,

<https://kurier.at/politik/inland/oecd-vergleich-migranten-an-schulen-schwaecher/314.406.653> (gekürzter Ausschnitt) (09.10.2018).

Rund ein Drittel der Migranten in Österreich lebt in einem „einkommensschwachen Haushalt“. Sie sind doppelt so häufig armutsgefährdet wie Nicht-Migranten

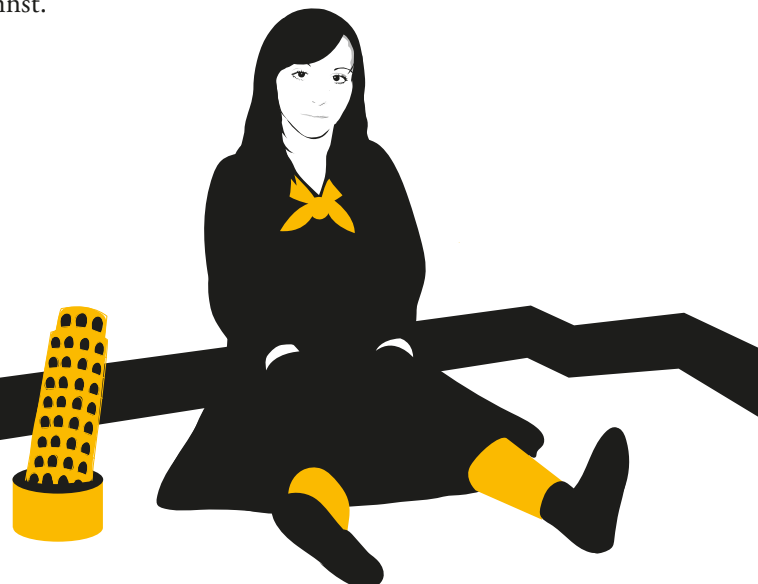
Eine aktuelle Studie der Arbeiterkammer (AK) bringt alarmierende Zahlen ans Licht. Im Bericht „Sozial- und Wirtschaftsstatistik aktuell“ vom März 2015 werden das Einkommen, die Bildung und die Wohnsituation von Migranten in Wien dargestellt. Demnach sind Menschen mit Migrationshintergrund mit 10 Prozent deutlich höher von Arbeitslosigkeit betroffen als Nicht-Migranten, bei denen die Arbeitslosenquote 4 Prozent beträgt. Besonders drastisch sind die Zahlen zur Armutsgefährdung: Rund ein Drittel der Zuwanderer in Österreich lebt in einem „einkommensschwachen Haushalt“. Nur 5 Prozent der Migranten leben in einem „einkommensstarken Haushalt“. Rund 27 Prozent sind von Armut gefährdet. Nicht-Migranten leben im Vergleich nur zu 18 Prozent in „einkommensschwachen Haushalten“ und sind nur zu 14 Prozent von Armut gefährdet.

AK Wien: Sozial- und Wirtschaftsstatistik aktuell: Schule und Bildung in Österreich, 1.4.2015,

https://media.arbeiterkammer.at/wien/swsaktuell_2015_1.pdf (11.10.2018).

ARBEITSAUFTRAG // Einzelarbeit

1. Versuche, diese beiden Berichte in Verbindung zu setzen, und führe an, welchen Zusammenhang du erkennen kannst.
2. Analysiere, inwieweit schlechte Schulleistungen mit Armutsgefährdung in Verbindung stehen.
3. Erörtere mögliche Lösungen für dieses Problem und erläutere die damit zusammenhängende volkswirtschaftliche Bedeutung.



MI // **ARBEITSAUFTRAG** // Gruppenarbeit

Es werden fünf gleich große Gruppen gebildet, jede Gruppe liest einen Text.
Die konkreten Arbeitsaufgaben folgen auf Seite 31.

TEXT 1 // „Probleme“ mit muslimischen Kindern – vor allem Mädchen sind mit rigideren Vorgaben konfrontiert – gebe es „beim Turn- und Schwimmunterricht, bei Musik und Tanz, bei Schulveranstaltungen, traditionellen Festen und Schullandwochen“, zählt Pflichtschullehrergewerkschaftschef Paul Kimberger auf. „Woche für Woche wenden sich Lehrer deswegen an uns – immer anonym. Nur: Ein Problem wird nicht durch Wegschauen gelöst. Da prallen Kulturen aufeinander, und das verschärft sich teilweise dramatisch.“ Er betont aber ausdrücklich, „dass sehr viele muslimische Eltern Wert darauf legen, dass ihre Kinder etwas lernen und sich anpassen“. Generell meint der Pädagoge: „Nicht das Kind ist das Problem, sondern meistens der familiäre Hintergrund.“ Der äußere sich etwa „in mangelndem Respekt muslimischer Mütter und Väter gegenüber Lehrerinnen, das bleibt nicht bloß bei Gesprächsverweigerung, das geht von Beschimpfungen bis zu Drohungen“.

Lisa Nimmervoll: Islam in der Schule: „Nicht das Kind ist das Problem“, in: Der Standard, 26.3.2018, <https://derstandard.at/2000076781774/Islam-in-der-Schule-Nicht-das-Kind-ist-das-Problem> (gekürzter Ausschnitt) (13.10.2018).

TEXT 2 // Besonders wenn Lehrpersonen involviert sind, sei die Aufarbeitung zentral, sagt Sonia Zaafrani von der Initiative für ein diskriminierungsfreies Bildungswesen (IDB). Bei dem gemeinnützigen Verein, den es seit Anfang 2017 gibt und der sich über Spenden finanziert, kann man Fälle von – nicht nur rassistischer – Diskriminierung im Bildungsbereich melden. Zaafrani erzählt beispielsweise von einem Geschichtelehrer in einem Wiener Gymnasium, der in die Klasse fragte, was der Unterschied zwischen Juden und Türken sei. „Die Juden haben es schon hinter sich“, teilte er seinen Schülern mit. Notwendig gewesen wäre für Zaafrani ein Workshop über Antisemitismus und Rassismus für die ganze Klasse – die Direktion habe aber lediglich ihre Bestürzung ausgedrückt. Wenn Aussagen wie diese so stehenbleiben würden, habe das „nicht nur einen Schaden für die direkt Betroffenen, sondern auch für alle anderen Zeugen, die lernen, dass das in Ordnung ist“. Viele Betroffene vertrauen sich aus Angst vor negativen Auswirkungen für sie selbst gar niemandem an – von den der IDB gemeldeten knapp 50 Fällen aus dem Jahr 2016 suchten weniger als 30 Prozent Unterstützung. Zudem würden die Erfahrungen oft relativiert oder es gibt für die Lehrkräfte keine Konsequenzen – wie im Fall des Geschichtelehrers: „Am Ende des Tages sitzen dieselben Schüler mit denselben Lehrern in der Klasse, aber die Lehrer wissen meistens, wer sie gemeldet hat.“ Rassistische Erfahrungen können sich außerdem negativ auf den Bildungserfolg auswirken, sagt Zaafrani, die hauptberuflich als Ärztin tätig ist. Durch Stresssituationen wie diese sei es schwieriger zu lernen, neues Wissen aufzunehmen und zu verarbeiten. Betroffene könnten zudem eine Abneigung gegen die oder Furcht vor der Schule entwickeln – erst kürzlich bestätigte auch eine OECD-Studie, dass Schüler mit Migrationshintergrund öfter Schulängste haben. Die Jugendlichen seien auch zunehmend traurig, isoliert und könnten depressive Zustände entwickeln, sagt Zaafrani.

Lara Hagen, Noura Maan: Beschimpft, bespuckt, benachteiligt: Leben mit Rassismus, in: Der Standard, 21.3.2018, derstandard.at/2000076547030/Beschimpft-bespuckt-benachteiligt-Leben-mit-Rassismus (gekürzter Artikel) (15.10.2018).

TEXT 3 // Bildung wird in Österreich vererbt: Drei Viertel der Schüler, die bei den Bildungsstandards scheitern, kommen aus bildungsfernen Familien. Nur jeder Vierte schafft laut OECD in Österreich überhaupt einen höheren Abschluss als die Eltern. Die großen Probleme: Die Schule gleicht schlechtere Startbedingungen, die die Kinder von zu Hause mitbringen, nicht aus – Potenziale werden also oft gar nicht erst erkannt, Nachteile mitunter sogar verstärkt. Eltern aus bildungsfernen Schichten wiederum treffen teilweise Entscheidungen, die einem Aufstieg hinderlich sind: So schicken sie ihr Kind bei gleicher Leistung seltener ins Gymnasium. Je später die Schulwahl stattfindet, desto geringer ist aber dieser Effekt, sagt der Linzer Soziologe Johann Bacher. Und: Nachteile könnten in Ganztagschulen eher ausgeglichen werden.

Woran unsere Schule scheitert, in: Die Presse, 14.12.2012,

<https://diepresse.com/home/bildung/schule/pflichtschulen/1324316/Woran-unsere-Schule-scheitert> (gekürzter Ausschnitt) (16.10.2018).

TEXT 4 // Wiesinger erzählt von der Zwölfjährigen, die sich heulend im Turngewand auf der Toilette vorfand – Mitschüler hatten gedroht, ihr Sommerkleid zu zerschneiden. Sie erzählt von den Jugendlichen, die vor der Schule ein tschetschenisches Mädchen mit Rock und T-Shirt bedrohten. Die Schule verständigte die Behörden, die Jugendlichen kamen nicht mehr; doch auch das Mädchen kam nie wieder in Rock und Shirt. Selbst nichtmuslimische Schülerinnen würden sich anpassen, schreibt Wiesinger. Sie könne all diese Mädchen nicht schützen. „Sie geben auf, weil wir als Gesellschaft aufgegeben haben.“ Wiesinger ist mittlerweile für ein Kopftuchverbot an Schulen. Es würde „besonders den Burschen in der Schule den moralischen Wind aus den Segeln nehmen“. Sehr viele Schülerinnen würden dazu gedrängt oder gezwungen, sobald sie es tragen würden, seien sie introvertierter, schüchterner. Einige Lehrer würden das Kopftuch sogar als Disziplinierungsmittel nutzen – für Mitschüler: „Setzt man einen aggressiven muslimischen Jungen neben eine Schülerin mit Kopftuch, ist Ruhe.“

Anne-Catherine Simon: Islam in der Schule: „Oft denke ich, wir haben verloren“, in: Die Presse, 9.9.2018,

https://diepresse.com/home/bildung/schule/5493564/Islam-in-der-Schule_Oft-denke-ich-wir-haben-verloren (gekürzter Ausschnitt) (16.10.2018).

TEXT 5 // Das Bildungsniveau von Ausländern in Österreich ist in den vergangenen Jahrzehnten stark gestiegen: Hatten 1971 noch 69 Prozent maximal einen Pflichtschulabschluss, waren es 2016 nur noch 25 Prozent. Dies teilte die Medien-Servicestelle Neue Österreicher/innen am Mittwoch mit. Die Basisdaten stammen laut der Servicestelle von der Statistik Austria. Demnach ist bei den Österreichern in diesem Zeitraum dieser Anteil von 57 Prozent auf 13 Prozent gesunken. Ausländische Staatsbürger sind aber nicht nur in der niedrigsten Bildungsschicht überdurchschnittlich vertreten, sondern auch in der höchsten: 23 Prozent der Ausländer haben einen akademischen Abschluss. 1971 waren es nur vier Prozent. Bei den Österreichern sind es 17 Prozent (1971: drei Prozent).

Betrachtet man nicht die Staatsbürgerschaft, sondern den Migrationshintergrund, sieht die Situation anders aus: Bei den Inländern ist der Anteil derjenigen, die nur einen Pflichtschulabschluss haben, mit elf Prozent deutlich geringer als bei Migranten (27 Prozent). Auch bei den Abschlüssen auf der mittleren Bildungsebene, also Lehre oder berufsbildende mittlere Schulen, liegen die geborenen Österreicher (57 Prozent) vor den Migranten (34 Prozent). Bei Abschlüssen an höheren Schulen (AHS, BHS) schlagen Personen mit Migrationshintergrund (19 Prozent) dagegen die Österreicher (16 Prozent), ebenso bei den akademischen Abschlüssen (21 Prozent im Vergleich zu 17 Prozent). Die zweite Zuwanderungsgeneration nähert sich dem Bildungsniveau der Österreicher an. Nur bei den Personen mit maximal Pflichtschulabschluss liegt diese Generation noch deutlich vorn (19 Prozent).

Schule: Ausländer besser gebildet, in: Die Presse, 6.9.2017,

https://diepresse.com/home/bildung/schule/5281270/Schule_Auslaender-besser-gebildet (gekürzter Ausschnitt) (10.10.2018).

ARBEITSAUFTRAG // Gruppenphase

1. Analysiert jene Abschnitte, die ein Sach- bzw. Werturteil anführen.
(Hierzu folgt eine Erklärung und Definition der Lehrerin/des Lehrers.)
2. Fasst die wichtigsten Aussagen des Zeitungsartikels zusammen und fertigt dazu ein Plakat an
(oder gestaltet eine kurze Powerpoint-Präsentation – max. 3 Folien).
3. Benennt mindestens zwei gesellschaftliche Probleme, die sich aus diesen Sachverhalten ergeben könnten.
4. Analysiert mögliche Ursachen, wie diese Probleme in der Vergangenheit entstehen konnten.
5. Formuliert zwei realistische Lösungsansätze, wie diese Probleme/dieses Problem in Österreich gelöst werden könnte/n.



ARBEITSAUFTRAG // Klassenverband

Die fünf Gruppen präsentieren nun nacheinander in jeweils maximal fünf Minuten ihre Positionen und Lösungsvorschläge.

1. Präsentiert euren MitschülerInnen – stark gekürzt – in max. zwei Minuten die Problemlage, die in eurem Zeitungsausschnitt thematisiert wurde. Verwendet dazu euer Plakat (oder eure Kurzpräsentation).
2. Stellt nun euren MitschülerInnen eure beiden Lösungsansätze vor, die eurer Meinung nach dieses Problem mildern oder sogar lösen könnten. (Dauer max. 2 Minuten)
3. Lasst nun die Klassengemeinschaft abstimmen, welchen der beiden Lösungsvorschläge eure MitschülerInnen für besser geeignet halten.
4. Verfasst bis zur nächsten Stunde eine maximal einseitige Petition, die kurz die Problemlage und euren Lösungsansatz, der die Mehrheit in der Klassengemeinschaft gefunden hat, beschreibt.
5. Sammelt eure fünf Petitionen in der Klasse und
 - a) sendet eure Vorschläge an eine/n ausgewählte/n Politiker/in ODER
 - b) sendet eure Vorschläge an die zuständige Schulbehörde ODER
 - c) sendet eure Vorschläge an eine ausgewählte Nichtregierungsorganisation (NGO).
4. Analysiert mögliche Ursachen, wie diese Probleme in der Vergangenheit entstehen konnten.
5. Formuliert zwei realistische Lösungsansätze, wie diese Probleme/dieses Problem in Österreich gelöst werden könnte/n.



ERFOLG IN DER SCHULE – EINE FRAGE DER LEISTUNG? MIGRATION UND SOZIALER STATUS ALS EINFLUSSFAKTOREN IM BILDUNGSSYSTEM

Claudia Kaluza & Bernhard Schimek

Hintergrundwissen für LehrerInnen

Die vorliegenden Beispiele sollen zeigen, dass sich sowohl Migration als auch die soziale Herkunft auf den Bildungserfolg auswirken. Politisch und medial wird oftmals Migration mit einem geringen Bildungserfolg in Verbindung gebracht. Studienergebnisse¹ zeigen allerdings, dass es unzureichend ist, bildungspolitische Maßnahmen ausschließlich auf den Migrationshintergrund zu fokussieren, da auch die soziale Herkunft bzw. der sozioökonomische Hintergrund der Eltern (Bildungshintergrund der Eltern, Bildungskapital, sozialer Status, finanzielle Lage, Anzahl der Bücher usw.) eine bedeutsame Einflussgröße darstellt. Zur Realisierung des Ziels der Chancengerechtigkeit in Bildungssystemen ist es daher notwendig, sowohl den Migrationshintergrund als auch die soziale Herkunft zu beachten.²

Multiperspektivität bzw. das Kontroversitätsprinzip setzt voraus, dass den SchülerInnen unterschiedliche Positionen angeboten werden. Die Aufgabe der SchülerInnen ist es, die Faktoren, die auf den schulischen Erfolg Einfluss nehmen, kontrovers zu betrachten. Die LehrerInnen begleiten diesen Prozess durch das Zulassen von Gegenpositionen und durch die Beförderung des Diskurses. Individuelle Leistungen können nicht losgelöst vom sozialen Kontext des Lernenden verstanden werden. Dennoch wird den SchülerInnen vermittelt, dass Noten hauptsächlich von individuellen Anstrengungen und Begabungen abhängen. Die angebotenen kontroversen Positionen in M1 verdeutlichen dieses Spannungsfeld und regen zur Positionierung an.

Medien tragen wesentlich zur Meinungsbildung bei. Mit einem Ausschnitt aus einem Zeitungsartikel soll ein Anstoß dazu gegeben werden, die Auswirkungen von gesellschaftlichen Gegebenheiten auf das Leben einzelner SchülerInnen durch einen Perspektivenwechsel zu veranschaulichen (M2).

Politische Bildung soll sich immer an der Lebenswelt der SchülerInnen orientieren. Um die lebensweltlichen Probleme der SchülerInnen aufzugreifen, wird eine Diskussionsrunde (M3) initiiert. In der Auswertung der Diskussion sollen Priorisierungen aufgrund einer gemeinsamen und

einer selbstständigen politischen Urteilsfindung erfolgen. Im Sinne der Handlungskompetenz werden Flugblätter, Plakate oder ein Beitrag in den sozialen Medien erstellt mit dem Ziel, andere Menschen vom eigenen Anliegen zu überzeugen.

Politische Bildung orientiert sich immer an politischen Problemen. Darunter sind Sachverhalte zu verstehen, die nach einer Lösung verlangen, wie das Fallbeispiel von A. (M4). Die SchülerInnen erarbeiten durch die Zuordnung von Lebensumständen, welche Problemlagen welchen Begriffen zuzuordnen sind. In einem weiteren Schritt wird in Anlehnung an das Prinzip des exemplarischen Lernens der Einzelfall in die Allgemeinheit übergeführt, indem Unterstützungsmaßnahmen für eine gesamte Zielgruppe überlegt werden. Eine wichtige Säule der Politischen Bildung ist die Urteilskompetenz. Diese wird im Rahmen eines SchülerInnenparlaments durch das Treffen von Entscheidungen erweitert. Mittels Abstimmungen werden Prioritäten gereiht, das Ergebnis wird im Anschluss diskutiert.

Handlungskompetenz, insbesondere die Fähigkeit zur politischen Kommunikation, steht beim Verfassen eines LeserInnenbriefs (M5) im Vordergrund. Die eigene Position (eigene Meinung, Werturteile und Interessen) wird unter Berücksichtigung des Einflusses der sozialen Herkunft auf den schulischen Erfolg formuliert. Die SchülerInnen lernen so, argumentativ für die Interessen anderer einzutreten.

Übersicht über das Material:

Material	Für wen?	
M1	Lehrperson (Ln) SchülerInnen (SuS)	Erfolg in der Schule – nur eine Sache der Leistung?
M2	Ln, SuS	Was beeinflusst den Erfolg in der Schule besonders?
M3	Ln, SuS	Diskussionsrunde
M4	Ln, SuS	Fallanalyse
M5	Ln, SuS	Verfassen eines LeserInnenbriefs

¹ Vgl. Michael Bruneforth u. a. (Hg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015, Bd. 1: Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren, Graz 2016.

² Vgl. Konrad Oberwimmer u. a.: Die Output-Ergebnisse des Schulsystems, in: Bruneforth, Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015, Bd. 1, S. 178–185.

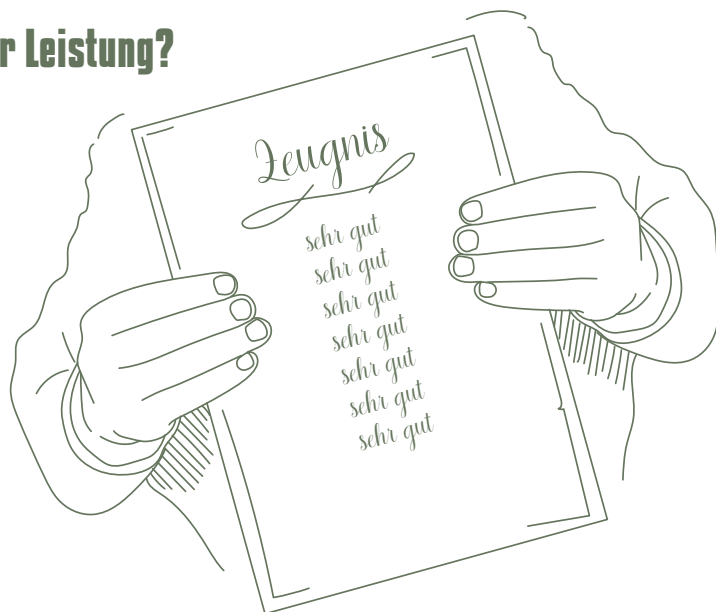
M1 // ARBEITSAUFTRAG // Einzelarbeit

Erfolg in der Schule – nur eine Sache der Leistung?

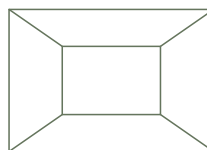
Welcher dieser Sätze stimmt für dich? Gibt es für dich auch andere Gründe, warum SchülerInnen gute oder schlechte Noten bekommen?

„Wenn du dich anstrengst, bekommst du gute Noten!“

„Es ist egal, wie sehr du dich anstrengst, du wirst nie gute Noten bekommen!“



M1 // ARBEITSAUFTRAG // Gruppenarbeit



Bilde mit drei anderen SchülerInnen eine Vierergruppe.

Überlege zuerst für dich, welche Gründe es geben kann, warum SchülerInnen gute oder schlechte Noten bekommen. Schreibe deine Gedanken in das Feld vor dir.

Diskutiere in der Gruppe über deine Gedanken und die Gedanken der anderen SchülerInnen. Einigt euch in der Gruppe auf Ergebnisse und schreibt diese in das mittlere Feld. Stellt euer Ergebnis und eure Begründungen im Plenum vor.

M2 // ARBEITSAUFTRAG // Gruppenarbeit

Was beeinflusst den Erfolg in der Schule besonders?

Diskutiert in der Kleingruppe (ca. 4–6 SchülerInnen) über diese Schlagzeile.

1. Warum kommt es zu solchen Ergebnissen?
2. Arbeite die Zusammenhänge zwischen den Ergebnissen aus der Gruppenarbeit (M1) und dem Zeitungsartikel (M2) heraus.

Viele schlechte Leser in den Mittelschulen

Jeder sechste Jugendliche scheitert an einfachen Texten. Besonders betroffen: Schüler an Neuen Mittelschulen, Migrantenkinder und Kinder aus bildungsfernen Familien.

Ausschnitt aus einem Artikel der Tageszeitung Die Presse vom 28.3.2017³

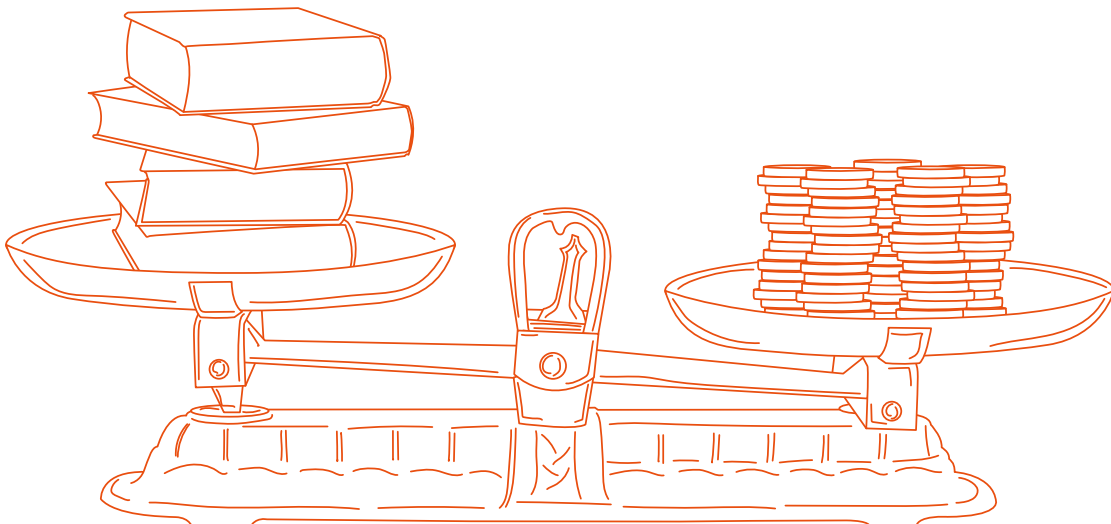
³ Bernadette Bayrhammer: Viele schlechte Leser in den Mittelschulen, in: Die Presse, 28.3.2017, <https://diepresse.com/home/bildung/schule/5191582/Viele-schlechte-Leser-in-den-Mittelschulen> (12.2.2019).

M3 // ARBEITSAUFTRAG // Diskussionsrunde

- Kommt in Dreier- oder Vierergruppen zusammen und diskutiert die folgenden Aufgabenstellungen.
 - Beschreibt, wie die finanziellen Möglichkeiten (Gehalt, Ersparnisse, ...) der Eltern den Schulerfolg beeinflussen können.
 - Diskutiert, wie die Bildung der Eltern (Schulabschluss, Fortbildungen, Interessen, berufliche Erfahrung, ...) den Schulerfolg beeinflussen kann.
 - Beschreibt, wie die sozialen Kontakte der Eltern (FreundInnen, Bekannte, NachbarInnen, ArbeitskollegInnen, ...) den Schulerfolg beeinflussen können.
 - Erklärt, wie die Sprache, die in Familien gesprochen wird, den Schulerfolg beeinflussen kann.
 - Beschreibt, wie die Lebensumstände von Familien (Wohnverhältnisse, Freizeitverhalten, ...) den Schulerfolg beeinflussen können.
 - Analysiert, wie die Kultur in der eigenen Familie (Lebensgestaltung, Lebensgewohnheiten, Umgang miteinander, ...) den Schulerfolg beeinflussen kann.
- Überlegt in der Gruppe, was eurer Meinung nach ungerecht ist. Überlegt dann eine Reihenfolge. Das ungerechteste Beispiel steht an erster Stelle. Fügt die Beispiele in die Tabelle ein.

	<i>Beispiel für Ungerechtigkeit</i>
1	
2	
3	
4	
5	

- Überlege dir, was passieren müsste, damit diese Ungerechtigkeiten geringer werden.
- Gestalte ein Flugblatt, ein Plakat oder einen Beitrag für die sozialen Medien mit Forderungen, um damit andere Menschen von deinen Anliegen zu überzeugen.
- Stelle das Flugblatt, das Plakat oder deinen Beitrag für die sozialen Medien der Gruppe vor. Begründe dabei deine Meinung.



M4 // ARBEITSAUFTRAG // Fallanalyse

A. ist 15 Jahre alt und lebt seit drei Jahren in Österreich. A. spricht schon recht gut Deutsch. Das Lernen der deutschen Sprache ist schwierig, weil die Grammatik seiner Muttersprache ganz unterschiedlich ist. Außerdem muss A. alle Wörter neu lernen. Die Familie von A. ist auf dem Land aufgewachsen und konnte nur wenige Jahre die Schule besuchen. Sie kann A. in der Schule kaum helfen. Für die Eltern von A. ist es sehr schwierig, in Österreich eine gut bezahlte Arbeit zu finden. Die Familie hat deshalb wenig Geld und A. kein eigenes Zimmer, da die Wohnung sehr klein ist. A. hat viele Freunde in Österreich gefunden, geht gern in die Schule und strengt sich dort auch sehr an. Trotzdem ist es für A. manchmal schwierig, sich zurechtzufinden, weil die Menschen in Österreich oft eine andere Art haben, ihr Leben und ihren Umgang mit Menschen zu gestalten, als die Menschen in seinem Herkunftsland.

1. Lies dir das Fallbeispiel durch, besprich es mit einer zweiten Schülerin/einem zweiten Schüler.
2. Ordne dann die einzelnen besonderen Lebensumstände von A. folgenden Begriffen zu:

<i>Migration</i>	<i>Bildungsferne Familie (soziale Herkunft)</i>

TEIL EINS

3. Bilde mit mindestens drei anderen SchülerInnen eine Gruppe.
4. Diskutiert gemeinsam mithilfe der ausgefüllten Tabelle folgende Aufgabenstellungen.
 - *Beschreibt, welche Vor- oder Nachteile A. in der Schule aufgrund seiner Migration nach Österreich hat.*
 - *Beurteilt, welche Vor- oder Nachteile A. in der Schule hat, weil er aus einer bildungsfernen Familie kommt.*
 - *Erörtert, wie die Schule A. unterstützen kann.*
 - *Bewertet, welcher der oben genannten Punkte im politischen Diskurs mehr thematisiert wird.*
 - *Analysiert, worauf das zurückzuführen sein könnte.*

TEIL ZWEI

SchülerInnenparlament

Das SchülerInnenparlament besteht aus allen SchülerInnen der Klasse. Das Parlament tritt zusammen, um zu beschließen, welche Formen der Unterstützung für SchülerInnen wie A. in der Schule am wesentlichsten sind.

Sammelt in der Klasse Ideen, wie man diese SchülerInnen in der Schule unterstützen könnte ♦ Schreibt diese Ideen auf Kärtchen auf ♦ Stimmt über jeden Vorschlag ab ♦ Welcher Vorschlag bekommt die meisten Stimmen und welcher die wenigsten? ♦ Diskutiert das Ergebnis.

M4 // ARBEITSAUFTRAG // Einzelarbeit

Verfassen eines LeserInnenbriefs

Stell dir vor, du müsstest PolitikerInnen davon überzeugen, dass die soziale Herkunft den Erfolg in der Schule beeinflusst. Mit welchen Argumenten könntest du PolitikerInnen davon überzeugen, dass deine Position richtig ist? Schreibe einen LeserInnenbrief an verantwortliche PolitikerInnen.

ZUWANDERUNG INS SOZIALSYSTEM: PROBLEMATISCHER MYTHOS ODER REALITÄT?

Peter Larndorfer

Hintergrundwissen für LehrerInnen

Das Thema „Zuwanderung ins Sozialsystem“ ist ein komplexes, das vor allem in Wahlkämpfen immer wieder vereinfacht und verkürzt ins Spiel gebracht wird, um Stimmungen aufzugreifen und Menschen zur Wahl zu mobilisieren. „Zuwanderung in unser Sozialsystem muss gestoppt werden, wenn wir das System erhalten wollen“, forderte etwa die ÖVP im Wahlkampf zur Nationalratswahl 2017 und übernahm damit eine klassische FPÖ-Position.

Etwa zur gleichen Zeit erschien in der österreichischen Tageszeitung *Der Standard* ein Artikel, der eine gegenteilige Annahme vertrat: AusländerInnen würden etwa 5,7 Milliarden Euro ins österreichische Sozialsystem einzahlen, aber nur 5,3 Milliarden Euro ausbezahlt bekommen und seien damit NettozahlerInnen.¹ Was ist nun richtig: Schadet Zuwanderung dem österreichischen Sozialsystem, oder ist Migration im Gegenteil essenziell für dessen Fortbestand?

Die Frage ist nicht einfach zu beantworten, weil das Thema viele Facetten hat. Vorneweg stellt sich die Frage, von welcher Art der Migration man sprechen möchte: Geht es um Flucht, um EU-Binnenmigration oder um die Nachkommen der GastarbeiterInnen? Auch der Begriff „Sozialsystem“ ist nicht klar: Ist die Rede vom Gesundheitssystem, vom Pensionssystem oder von der Steuerleistung?² Unseriöse Vereinfachungen erkennt man zuerst daran, dass diese Begriffe vermischt und so einfache Antworten und griffige Slogans produziert werden.

Eine allgemeine Aussage, die sich zum Thema Migration und Sozialsystem machen lässt, betrifft Prognosen zur Alters- und Bevölkerungsstruktur in Österreich. Derzeit finanzieren vier ArbeitnehmerInnen eine Alterspension, bei gleichbleibenden Voraussetzungen beträgt dieses Verhältnis im Jahr 2060 zwei zu eins.³ Da MigrantInnen „im Durchschnitt jünger als die heimische Bevölkerung sind, erhöht Migration das Verhältnis zwischen erwerbstätigen Personen

und Pensionisten und mindert somit die Herausforderungen der langfristigen Finanzierbarkeit des Sozialsystems“.⁴

Eine zweite Beobachtung, die in Studien mit unterschiedlichen Ergebnissen übereinstimmend gemacht wird, ist, dass die durch Migration entstehenden Kosten und Nutzen wesentlich vom Umgang mit Migration, also von der Migrationspolitik, abhängig sind. In Österreich fehlten sowohl bei den ersten Anwerbeabkommen mit GastarbeiterInnen, beim Fall des Eisernen Vorhangs, bei der Osterweiterung der EU als auch im Zusammenhang mit den Fluchtbewegungen der letzten Jahre langfristige Konzepte für Migration und Integration. Dadurch gehören MigrantInnen oftmals bis heute „zu den vulnerablen [verletzlichen] Gruppen, die in zentralen Bereichen wie Bildung und Arbeitsmarkt besonders stark von neuen sozialen Risiken betroffen sind“.⁵ Es bräuchte also eine aktive Migrationspolitik, um Migration als Ressource nutzbar zu machen.⁶

Abschließend sei angemerkt, dass ein starker Fokus auf Migration bei der Auseinandersetzung mit der Krise sozialer Sicherungssysteme auch meist ein Merkmal verkürzter Analysen zur Schaffung einfacher politischer Antworten ist. Der Politikwissenschaftler Emmerich Talos benennt gemeinsam mit seinem Kollegen Marcel Fink die zentralen Probleme und Herausforderungen, denen sich der österreichische Sozialstaat in Zukunft stellen müssen: Sie schreiben von Finanzierungsproblemen aufgrund „steigender Lebenserwartung, niedriger Einkommenszuwächse und vermehrter Verbreitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse“ auf der einen, zunehmender Ausgrenzung aus sozialen Sicherungssystemen und steigendem Risiko der Verarmung auf der anderen Seite.⁷ Der Fokus auf Migration als Herausforderung für den Sozialstaat scheint oft auch eine politische Strategie zu sein, um diesen grundlegenden Fragen auszuweichen.

¹ Vgl. Gerald John: Was Ausländer in den Sozialstaat einzahlen – und dafür bekommen, in: *Der Standard*, 4.9.2017, derstandard.at/2000063450341/Was-Auslaender-in-den-Sozialstaat-einzahlen-und-dafuer-bekommen (1.7.2018). / ² Der Journalist Gerald John hat sich in einem Faktencheck näher mit den unterschiedlichen Gruppen und den damit verbundenen Kosten und Nutzen auseinandergesetzt. Gerald John: Was an Kurz' These von der Zuwanderung in den Sozialstaat dran ist, in: *Der Standard*, 16.7.2017, <https://derstandard.at/2000061317804/Was-an-Kurz-These-von-der-Zuwanderung-in-den-Sozialstaat> (1.7.2018). / ³ Vgl. Thomas Davoine: Der langfristige Beitrag von Zuwanderung zu den öffentlichen Finanzen in Österreich, Deutschland, Polen und Vereinigtes Königreich, in: Institut für Höhere Studien Wien (Hg.): IHS Policy Brief, Nr. 13, Mai 2016, S. 2f. / ⁴ Ebd. / ⁵ Thomas Leoni: Migration als Prüfstein des sozialinvestiven Wohlfahrtsstaats, in: Friedrich Altenburg u. a. (Hg.): Migration und Globalisierung in Zeiten des Umbruchs, Kress 2017, S. 349–364, hier S. 354. / ⁶ Vgl. ebd., S. 362. / ⁷ Emmerich Talos, Marcel Fink: Der österreichische Wohlfahrtsstaat: Entwicklung und Herausforderungen, <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/wohlfahrtsstaat.pdf> (1.7.2018).

Methodisch-didaktische Überlegungen

Zum **Einstieg (M1)** setzen sich die SchülerInnen in Paaren mit der Frage auseinander, wie Menschen in Situationen kommen, in denen sie auf Sozialleistungen angewiesen sind. In der **ersten Übung** bewerten die SchülerInnen fünf **Aussagen zum Thema Sozialstaat** und greifen dabei auf ihr Vorwissen oder ihre eigenen Einschätzung zurück. Dabei soll das Thema Migration zwar eine Rolle in den Aussagen spielen, aber nicht als Thema der folgenden Einheit(en) benannt werden. Im Lauf der folgenden Aufgaben geht es zunehmend um die Vermischung sozialpolitischer Herausforderungen mit dem Thema Migration. Wird dies am Anfang schon angekündigt, würde zu viel vorweggenommen werden. Nachdem die SchülerInnen sich in Einzelarbeit selbst positioniert und ihre Einschätzungen in Partnerarbeit verglichen haben, werden die Fragen unter Anleitung der Lehrperson kurz besprochen. Hier fragt die Lehrperson lediglich nach, wie die jeweilige Person zu ihrer Einschätzung kommt. Alternativ kann die Lehrperson die SchülerInnen auch bitten, sich ihren Einschätzungen entsprechend (z. B. links „stimme sehr gut“, rechts „stimme überhaupt nicht zu“) aufzustellen und freiwillig die eigenen Position zu erklären. Die SchülerInnen sollten ihre Position aber auf jeden Fall schriftlich festhalten, damit sie diese am Ende noch einmal reflektieren können.

In der **ersten Arbeitsphase (M2)** geht es um die Beschäftigung mit Standpunkten der Interessenvertretungen Arbeiterkammer und Industriellenvereinigung zum Thema Sozialstaat. Die **zweite Übung** zielt auch auf eine Auseinandersetzung mit grundsätzlichen aktuellen Herausforderungen für den Sozialstaat ab. Dazu stehen zwei Statements zu einer Studie zum Sozialstaat als einem positiven Standortfaktor zur Verfügung. Die Texte sind nicht unbedingt einfach, doch geht es hier auch darum, wesentliche Argumente aus einem politischen Text herauszufiltern. Die Jugendlichen arbeiten in vier bis sechs Gruppen, die jeweils einen der beiden Texte bearbeiten. Ziel ist eine Annäherung der SchülerInnen an ein Verständnis der Probleme, die sich beim Erhalten des Sozialstaates stellen. Migration kommt in den Ausgangsmaterialien nicht vor, könnte aber thematisiert werden. Ziel der Übungen ist es jedoch, grundlegende Aufgaben auf der Einnahmen- und Ausgabenseite des Sozialstaates zu benennen, Forderungen der Interessenvertretungen dazu einzuschätzen, und in der Folge Herausforderungen im Kontext der Migration damit verbinden zu können. Außerdem sollen die SchülerInnen sich selbst zu aktuellen Herausforderungen des Sozialstaates positionieren.

In der **zweiten Arbeitsphase (M3)** sollen der „gefühlten“ Überzeugung, MigrantInnen würden zu viele Sozialleistungen erhalten, Statistiken gegenübergestellt werden, die ein differenzierteres Bild zeichnen. Hier geht es nicht darum, jeder Problematisierung etwa der steigenden Kosten für die Versorgung von Flüchtlingen ihre Berechtigung abzuspreehen. Doch sollen diese Kosten in den Kontext der Gesamtkosten des Sozialstaates bzw. der staatlichen Ausgaben gestellt werden. So soll auf die abschließende Frage hingeführt werden, wie groß die Rolle, die Migration und Flucht für den Sozialstaat spielen, tatsächlich ist und warum (vor allem in Wahlkämpfen) diese Themen oft so verschränkt behandelt werden.

Abschließend sind die SchülerInnen aufgefordert, ihre Einschätzungen, die sie am Anfang der Stunde getroffen haben, noch einmal anzusehen und zu überlegen/diskutieren: Wie bin ich zu meinen Einschätzungen gekommen? Habe ich neue Informationen zu dem Thema erhalten? Haben sich meine Einschätzungen bestätigt oder verändert? Wie wird mit diesem Thema in der öffentlichen Debatte umgegangen? ☺



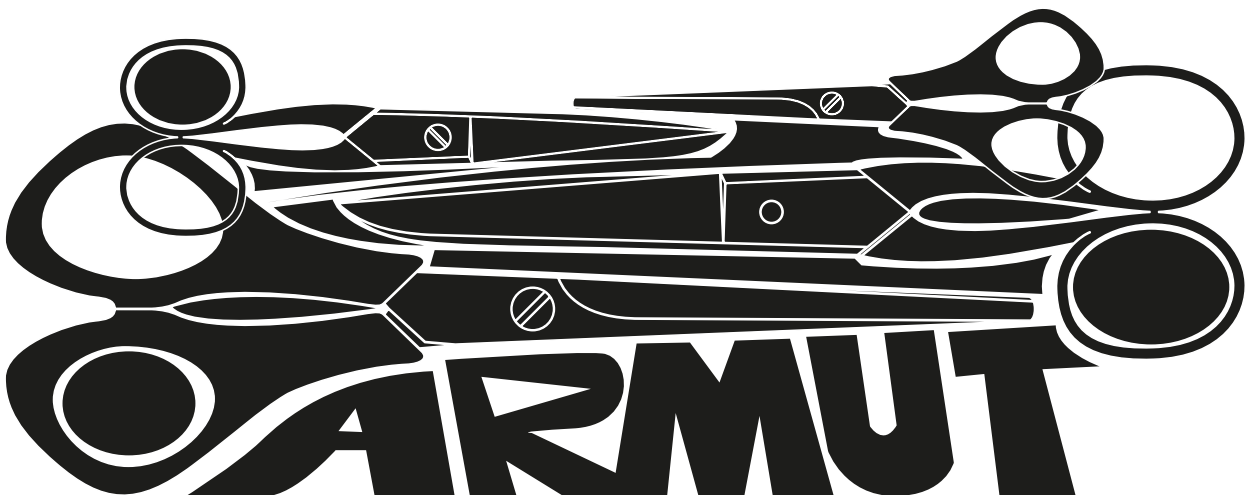
M1 // ARBEITSAUFTRAG

1. Benenne verschiedene Gründe, warum Menschen auf Sozialleistungen angewiesen sind.
2. Überlegt zu zweit, wie Menschen in Situationen kommen, in denen sie Unterstützung vom Staat brauchen.
3. Wie sehr stimmst du den folgenden Aussagen zum Sozialstaat zu?

Kreuze an!

Statements zum Thema Sozialstaat:

	Ich stimme sehr zu	Ich stimme eher zu	Weiß nicht	Ich stimme eher nicht zu	Ich stimme gar nicht zu
Bevor ein Staat Steuern und Abgaben erhöhen muss, sollten Sozialleistungen gekürzt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
AusländerInnen bekommen mehr Sozialleistungen vom Staat, als sie Beiträge einzahlen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wenn Geld für Sozialleistungen fehlt, sollen besonders Reiche mehr beitragen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wenn eine Person in Österreich von Armut bedroht ist, soll der Staat helfen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ÖsterreicherInnen sind genauso von Armut bedroht wie AusländerInnen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



M2 // ARBEITSAUFTRAG // Einzelarbeit

Einschätzungen der Herausforderungen durch Interessenvertretungen

Am 15. März 2018 präsentierte die Arbeiterkammer (AK) eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) zum Sozialstaat und zu seiner Rolle für den Wirtschaftsstandort Österreich. Aus den Erkenntnissen der Studie leitete die AK einige Forderungen ab. Am gleichen Tag sandte die Industriellenvereinigung (IV) eine Presseaussendung aus, in der sie auf die Studie des WIFO einging, sie teilweise bestätigte, aber ganz andere Forderungen daraus ableitete als die AK.

1. Nenne drei Probleme, die von der Interessenvertretung angeführt werden.

2. Analysiere mindestens eine Forderung der Interessenvertretung an die Politik. Beurteile, warum gerade diese Interessen von dieser Interessenvertretung vertreten werden!

3. Beschreibe deine eigene Position! Nenne dafür zwei bis drei Argumente aus dem Text und begründe deinen Standpunkt.

ARBEITERKAMMER // WIFO bestätigt: Sozialstaat ist ein positiver Standortfaktor

Im Auftrag der AK hat das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) untersucht, welche Bedeutung dem Sozialstaat als Standortfaktor zukommt. Die Ergebnisse der Studie mit dem Titel „Sozialstaat und Standortqualität“ finden Sie hier.

Die Studie zeigt klar auf...

- Der Sozialstaat ist ein entscheidender Standortfaktor. Eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur erhöht das Potenzial einer Volkswirtschaft.
- Investitionen in den Sozialstaat nützen den Menschen und der Volkswirtschaft: Sie vermehren Chancen und Möglichkeiten, fördern die Innovationsfähigkeit und damit die Wertschöpfung.
- Und: Gut ausgebaute Sozialstaaten sind krisenfester. [...]

Was sagt die Arbeiterkammer?

- Kleine, exportorientierte Volkswirtschaften profitieren von einer langfristigen Standortstrategie, die den Menschen mit seinen Ideen und Potenzialen in den Mittelpunkt stellt.
- Nur mit einem verlässlichen Sozialsystem gibt es positive Entwicklungs- und Gestaltungsperspektiven für die Menschen angesichts der gegebenen Herausforderungen (u. a. digitaler Wandel, Klimawandel).
- Höchste Priorität haben **Investitionen in das Bildungssystem**. Viele Beispiele zeigen, dass gerade die Qualifikationen der heimischen ArbeitnehmerInnen ausschlaggebend für Standortentscheidungen waren und sind.
- Eine **steigende Einkommensungleichheit schwächt** den sozialen Zusammenhalt und wirkt sich negativ auf die Standortqualität aus. Die Wirtschaft sucht eine stabile Nachfrage sowie sichere und kalkulierbare Rahmenbedingungen.
- Sparen beim Sozialstaat, z. B. durch eine Kürzung der AMS-Mittel, ist der falsche Weg. **Flexibilität braucht Sicherheit**. Wer unter sich ein Netz weiß, wagt eher den Sprung – hin zu neuen beruflichen Herausforderungen.
- Um das angestrebte Nulldefizit zu erreichen, sind keine Einsparungsmaßnahmen im Sozialbereich nötig. Der kräftige Konjunkturaufschwung sollte vielmehr für eine **soziale Investitionsstrategie** genutzt werden, die Arbeitslosen, prekär Beschäftigten und armutsgefährdeten Haushalten zugutekommt.

Arbeiterkammer, 15.3.2018, https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/Sozialstaat_und_Standortqualitaet.html (1.7.2018).

INDUSTRIELLENVEREINIGUNG // Industrie: Sozialstaat nur durch starke Wirtschaft nachhaltig finanzierbar

Industriellenvereinigung-Generalsekretär Neumayer: Sozialer Frieden und Sicherheit sind wichtige Basis für attraktiven Wirtschaftsstandort – Leistungsfähigkeit des Sozialsystems muss deshalb langfristig gesichert werden.

„Ein leistungsfähiger Sozialstaat ist unbestritten eine wichtige Basis für einen attraktiven Wirtschaftsstandort, denn er ermöglicht sozialen Frieden und Sicherheit. Davon profitieren Menschen wie auch Unternehmen. Umso wichtiger ist es, seine langfristige Finanzierung und damit seine Leistungsfähigkeit abzusichern“, stellte der Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV), Mag. Christoph Neumayer, anlässlich einer heute von der Arbeiterkammer (AK) präsentierten WIFO-Studie zum Sozialstaat klar. „Im Rahmen seiner Aufgaben muss der Staat fürsorgen, um akute Not zu lindern. Er muss vorsorgen, um die Menschen vor Lebensrisiken abzusichern. Aber der Sozialstaat kann seine Bürgerinnen und Bürger nicht dauerhaft versorgen, ohne seine Kapazitätsgrenzen zu überschreiten und damit langfristig seinen Bestand zu gefährden“, betonte Neumayer. [...]

Angesichts der Höhe der Staatsschulden müsse man sich vor Augen führen, dass der Sozialstaat in seinem heutigen Ausmaß und seiner derzeitigen Ausrichtung nicht auf Dauer finanzierbar ist, denn „er ist weder effizient noch effektiv noch generationengerecht“. [...] „Das ist die Herausforderung, der wir uns stellen müssen, anstatt den Status quo schönzureden. Denn schon aufgrund der demografischen Entwicklung werden die langfristigen Ausgaben bei Weitem nicht durch die zu erwartenden Einnahmen gedeckt werden“, so Neumayer, der abschließend betonte: „Der österreichische Sozialstaat ist ein hohes Gut, eine große Errungenschaft und ein wichtiger Standortfaktor. Umso mehr muss es unsere Verantwortung sein, ihn auch kommenden Generationen leistungsfähig zu erhalten, indem wir ihn effizient und nachhaltig gestalten.“

Industriellenvereinigung, 15.3.2018, <https://www.iv.at/de/news/iv-news/2018/industrie-sozialstaat-nur-durch-starke-wirtschaft-nachhaltig-finanzierbar> (1.7.2018).

ANMERKUNGEN ZU DEN GRAFIKEN // für Lehrende (zu M3)

Statistiken und Grafiken lesen

In dieser Übung setzen sich die SchülerInnen in zwei Gruppen mit zwei Statistiken zum Thema Armutsgefährdung und Sozialversicherungsbetragsbilanz nach Herkunftsländern auseinander. Auf Basis der zuvor erarbeiteten Übungen ist die Frage zu stellen, welche Erkenntnisse aus einer solchen Verknüpfung von Fragen des Sozialsystems mit der Herkunft von Menschen gewonnen werden können. Ziel ist es, Aussagen aus den Grafiken herauszulesen, die vorliegenden Statistiken kritisch zu analysieren und sie in den Kontext allgemeiner Herausforderungen für den Sozialstaat zu stellen.

Grafik 1: Armutsgefährdung nach Geburtsland

In Österreich sind 2018 circa 1,5 Millionen Personen armutsgefährdet. Von Armutsgefährdung spricht man, wenn ein Monatseinkommen von 1.238 Euro für Alleinlebende unterschritten wird. (Pro Kind werden 37 Euro, pro weiteren Erwachsenen 618 Euro dazugezählt.). Die Grafik wirft die Frage auf, warum Nicht-ÖsterreicherInnen in so hohem Maße armutsgefährdet sind. Das Sozialsystem federt hier sehr unterschiedlich ab: Vor allem Menschen aus „sonstigen Staaten“ (z. B. Geflüchtete) leben trotz Unterstützung oft an der Armutsgrenze. In diesem Zusammenhang kann auch auf aktuelle Debatten über die Verknüpfung von Herkunft bzw. Deutschkenntnissen mit der Höhe der Mindestsicherung eingegangen werden.

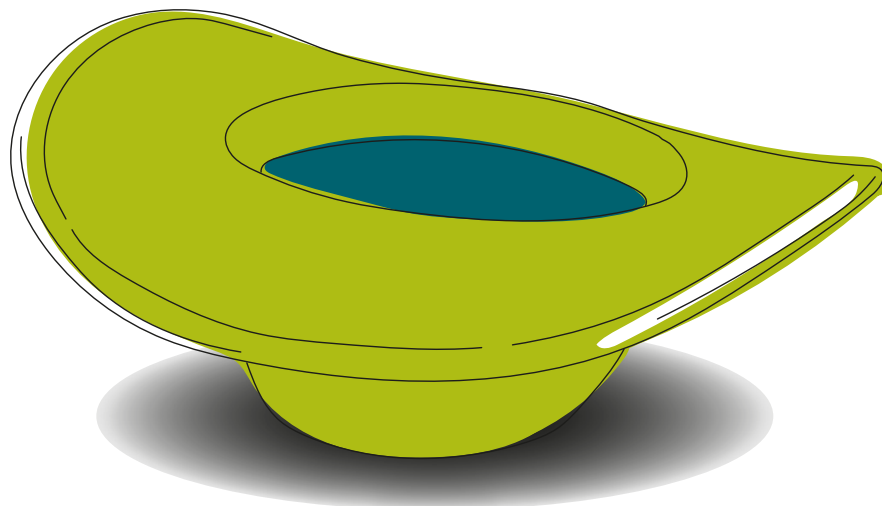
Grafik 2: AusländerInnen im Sozialsystem

AusländerInnen zahlen laut dieser Studie im Auftrag des Sozialministeriums aus dem Jahr 2014 mehr ins Sozialsystem ein, als sie herausnehmen. Die meisten ZuwanderInnen sind jung und gehen arbeiten. Die Daten sind jedoch aus dem Jahr 2014 (vor der Asylkrise).

Nähere Informationen zur Studie und ihren Schwachstellen:

<https://derstandard.at/2000063450341/Was-Auslaender-in-den-Sozialstaat-einzahlen-und-dafuer-bekommen> (1.7.2018).

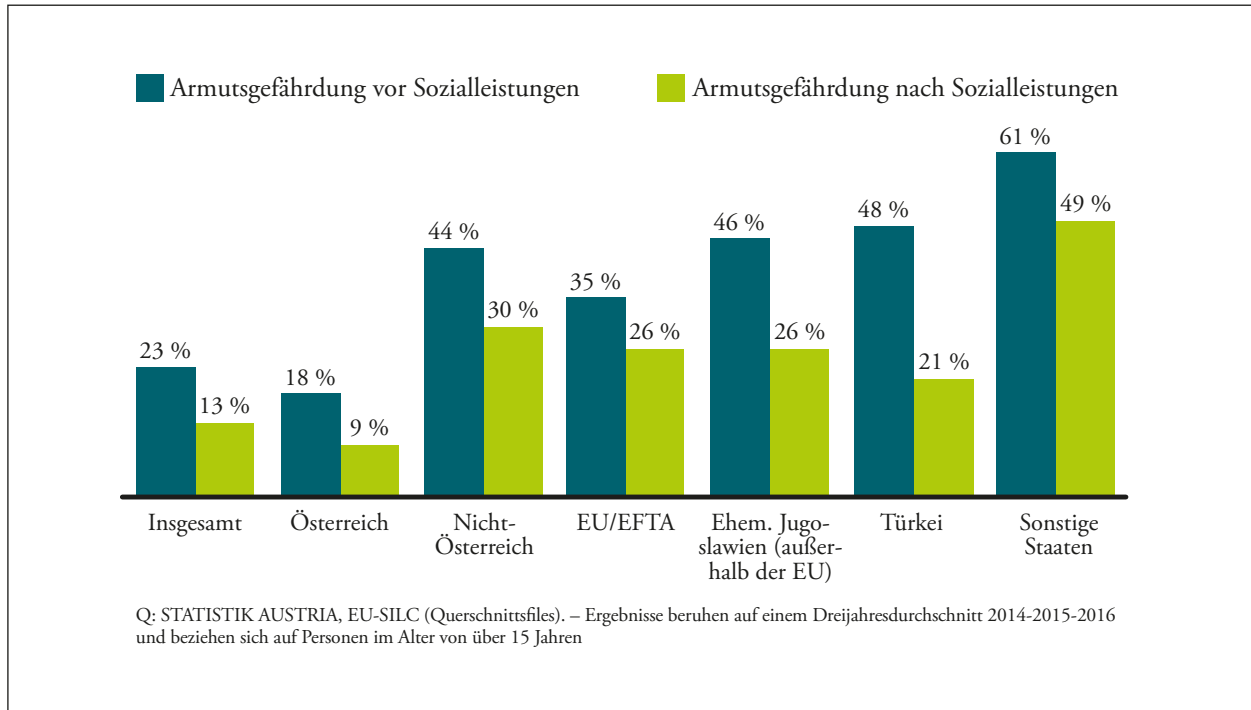
Hier stellt sich vor allem die Frage, was mit der Verknüpfung von Herkunft und Empfang von Sozialleistungen in der politischen Debatte erreicht werden soll, etwa wenn die laut Statistik kaum relevante missbräuchliche Verwendung von E-Cards ins Treffen geführt wird.



M3 // ARBEITSAUFTRAG // Einzelarbeit

Statistiken und Grafiken lesen

Grafik 1: Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen 2015 nach Geburtsland



Aussagen dieser Grafik

Fasse in Stichworten zusammen, welche Informationen diese Grafik enthält:

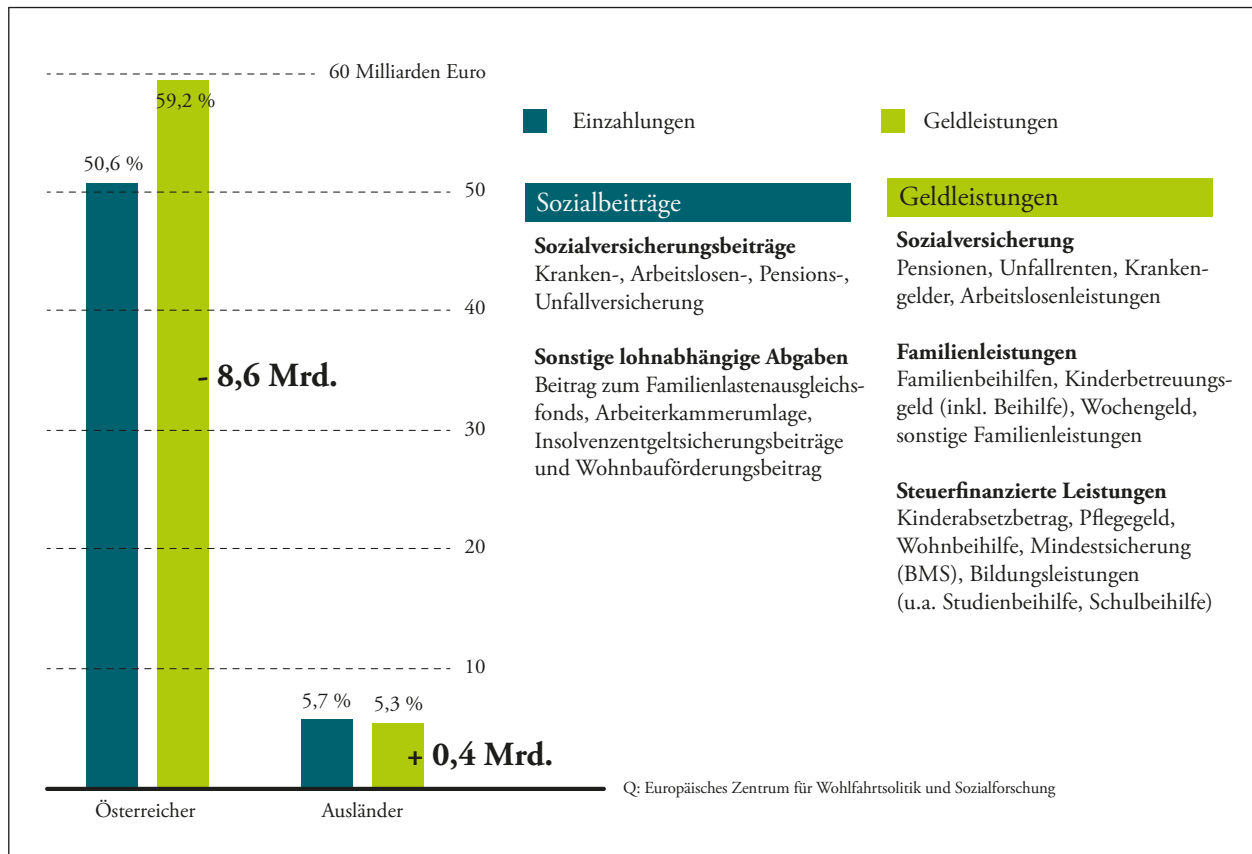
Fragen zu Grafik 1

1. Beschreibe, welche Folgen die Armutsgefährdung für eine Familie mit zwei Kindern im Alltag haben kann.
2. Benenne Gründe für die unterschiedliche Armutsgefährdung der verschiedenen Gruppen.
3. Erarbeite eine Forderung an die Politik, wie auf die Fakten aus dieser Grafik am besten reagiert werden sollte.

M3 // ARBEITSAUFTRAG // Einzelarbeit

Statistiken und Grafiken lesen

Grafik 2: AusländerInnen im Sozialsystem



Aussagen dieser Grafik

Fasse in Stichworten zusammen, welche Informationen diese Grafik enthält:

Fragen zu Grafik 2

1. Benenne ein Problem für den Sozialstaat, das du aus dieser Grafik ableitest.
2. Analysiere die angeführten Sozialbeiträge und Geldleistungen!
Wer zahlt ins Sozialsystem ein, wer bekommt Leistungen ausbezahlt?
3. Erarbeite eine Forderung an die Politik, wie auf die Fakten aus dieser Grafik am besten reagiert werden sollte.

LOHNT SICH ARBEIT HEUTE NOCH? WAS IST EIN GERECHTES EINKOMMEN?

Sandra Menner & Peter Preitler

Hintergrundwissen für LehrerInnen

„Bei uns in Österreich brauchst nicht arbeiten, kriegst als Sozialschmarotzer sowieso alles vom Staat“, „... die kriegen jede Menge Geld fürs Nix tun und brauchen kaum Abgaben zahlen“, „Jeder, der will, kann arbeiten“ oder „... dann mach ich halt einen Job, bei dem ich mehr verdiene“ – mit diesen Aussagen wird man als Lehrperson im schulischen Alltag immer wieder konfrontiert.

Das vorliegende Unterrichtsbeispiel greift das Thema Einkommen und staatliche Sozialleistungen auf und versucht, die Komplexität und Vielschichtigkeit der Einkommensgestaltung arbeitender Menschen darzustellen. Die Unterrichtseinheiten sollen die SchülerInnen dazu befähigen, eine Verknüpfung zwischen Forderungen, Aussagen und Darstellungen von politischen Parteien, Medien etc. und dahinterstehenden Interessen herzustellen und die oft vereinfachte Darstellung von Problemlösungen zu hinterfragen. Praxisnahe Beispiele aus der Lebensrealität der Jugendlichen sollen die Partizipation der Heranwachsenden fördern.

Im Zentrum dieses Unterrichtsentwurfs steht eine gesellschaftliche Fragestellung, nämlich „Was ist ein gerechtes Einkommen?“. Ziel ist es, einen umfassenderen Einblick in die Problematik zu bekommen und die oft eindimensionale Sichtweise auf ein gesellschaftliches Problem zu hinterfragen. Weiters sollten dahinterliegende Abhängigkeiten klarer ersichtlich werden. Die Diskussion über das Thema „Arbeit und Einkommen“ kann in Österreich nicht geführt werden, ohne auf AusländerInnenbeschäftigung einzugehen. Wirft man einen Blick auf die österreichische Medienlandschaft, so werden ausländische Personen oft als Problem am Arbeitsmarkt gesehen. Politische Parteien nutzen Halbwissen (z. B. „ausländische ArbeitnehmerInnen nehmen Arbeitsplätze weg“), um Unsicherheiten in der Bevölkerung zu forcieren. Vorhandene Probleme werden durch das Schüren von Fremdenfeindlichkeit jedoch nicht gelöst.

Das Ziel dieser Unterrichtseinheiten ist somit, dass sich die SchülerInnen mit Medienberichten kritisch auseinandersetzen, Hintergrundwissen erlangen und mögliche Handlungsalternativen für Politik und Gesellschaft aufzeigen.

Vorgehensweise im Unterricht

Bei der Unterrichtsplanung wird auf Methodenvielfalt geachtet, um im Sinne der Kompetenzorientierung die Lernbereitschaft der Jugendlichen zu erhöhen und auch heterogenen Gruppen die Möglichkeit der Bearbeitung eines Gemeinschaftsproblems zu geben.¹

1. Sequenz

In der **Einstiegsphase** erarbeiten Kleingruppen mithilfe der sogenannten Placemat-Methode Leitfragen zum Themengebiet „gerechtes Einkommen“ und bringen so ihre Vorerfahrungen und Einstellungen ein. Die Auszubildenden erarbeiten in Dreier- oder Vierergruppen Fragestellungen. Jede Gruppe bekommt dafür einen A3-Papierbogen mit einem

vorgefertigten Raster und einer entsprechenden Leitfrage (**M1**). Die Placemat-Methode gliedert sich in drei Phasen. In der Aneignungsphase (1) notieren sich die SchülerInnen in Einzelarbeit ihre Gedanken und Einstellungen zur Leitfrage im entsprechenden Individualfeld. In der folgenden Austauschphase (2) werden die Ergebnisse miteinander verglichen, indem der A3-Bogen im Uhrzeigersinn gedreht wird. In einer zusammenführenden Verarbeitungsphase (3) werden die Individualergebnisse zu Gruppenergebnissen zusammengeführt und der restlichen Klasse vorgestellt.² Diese Methode eignet sich, um an Vorerfahrungen der Jugendlichen anzuknüpfen, Arbeitsabläufe zu strukturieren und die Gruppenergebnisse zusammenzuführen.

¹ Vgl. Esther Ziegler, Elsbeth Stern, Aljoscha Neubauer: Kompetenzen aus der Perspektive der Kognitionswissenschaft und der Lehr-Lern-Forschung, in: Manuela Paechter (Hg.): Handbuch Kompetenzorientierter Unterricht, Weinheim 2012, S. 14–26. / ² Vgl. Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz: Placemat (Platzdeckchen-Methode), https://heterogenitaet.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/lernen-in-vielfalt.bildung-rp.de/03_Materialien/3_2_Aktivierung/3_2_5_Placemat/Placemat_Download.pdf (17.7.2018).

Im Sinne des Kompetenz-Strukturmodells wird die Handlungskompetenz der SchülerInnen angesprochen, da sie angeleitet werden, eigene Standpunkte und Erfahrungen anhand von Fragestellungen zu artikulieren.³

2. bis 4. Sequenz

In der folgenden **Anwendungs- und Problematisierungsphase** kommt es zur Erarbeitung von Hintergrundwissen. Hier stehen Auszüge von Medienbeiträgen aus Tageszeitungen und Onlineforen sowie diverse publizierte Kommentare als mögliche Meinungs- und Stimmungsmacher zur weiteren Analyse für die Jugendlichen zur Verfügung. Die in den Kommentaren aufgestellten Behauptungen werden anschließend in einem durch die Lehrperson geleiteten Analyseprozess hinterfragt, und deren Inhalt wird durch den Vergleich mit statistischen Daten auf Richtigkeit und Relevanz geprüft. Die SchülerInnen werden dadurch angeleitet, Informationen aus unterschiedlichen Medien kritisch zu hinterfragen und diese mit statistischen Befunden in Verbindung zu bringen. Die Entwicklung einer kritischen Urteilsbildung steht hierbei im Vordergrund.

Konkret gehen die Kleingruppen der Frage nach, wie viel Geld zum Leben eigentlich notwendig ist. Hierfür führen die SchülerInnen mithilfe eines Einnahmen-Ausgaben-Rechners der Budgetberatung konkrete Berechnungen anhand lebensnaher Beispiele durch (**M2, 1**). In einem weiteren Schritt berechnen die SchülerInnen das Arbeitslosengeld für zwei vorgegebene Fallbeispiele und stellen Vergleiche mit den statistischen Daten zum Nettodurchschnittseinkommen der ÖsterreicherInnen an. Nun sollen die SchülerInnen beurteilen, ob die staatliche Unterstützung aus Sozialleistungen zu hoch ist oder das Einkommen zu niedrig. Nachfolgend werden die Lernenden angeregt, Gründe zu artikulieren, möglichst schnell Arbeit zu finden, bzw. Motive für einen längeren Bezug des Arbeitslosengeldes anzuführen. Die Methodenkompetenz steht hierbei im Vordergrund, da es einerseits um die Analyse von Statistiken geht und andererseits um die Beurteilung von Berechnungen. Durch die genannten Aufgabenstellungen wird das Unterrichtsprinzip „Wirtschafts-, Verbraucher- und Verbraucherinnenbildung“ berücksichtigt, da es um die Befähigung zur Bewältigung von wirtschaftlichen Alltagssituationen geht. Sollten die zeitlichen und räumlichen Ressourcen für die Berechnung der Einnahmen und Ausgaben

nicht gegeben sein, könnte alternativ eine Schätzung erfolgen.

Der Standard veröffentlichte am 18. Jänner 2018 einen Artikel zum Thema „Wann sich ein Job für Arbeitslose überhaupt lohnt“.⁴ Nachdem dieser Artikel in Online-Foren oft kommentiert wurde, werden zwei Kommentare exemplarisch angeführt (**M2, 2**). Die Lernenden bereiten Argumente für und gegen die in diesen Kommentaren vorgebrachten Aussagen vor und verfassen Antworten auf die veröffentlichten Meinungen. Durch die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Positionen soll die Reflexions- und Artikulationsfähigkeit der Lernenden unterstützt werden.

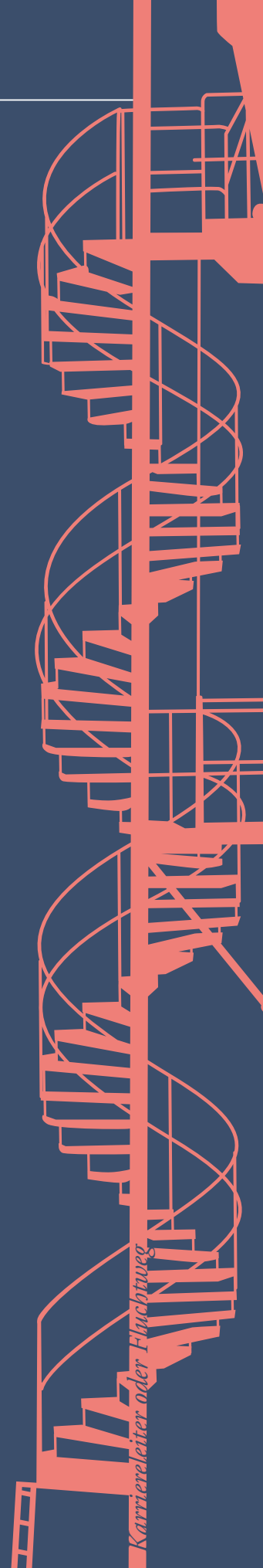
Unablässig für eine Beschäftigung mit dem Thema „Arbeit und Einkommen“ ist die Berücksichtigung der AusländerInnenbeschäftigung, die anschließend behandelt wird (**M2, 3**). Hierfür sollen die SchülerInnen Ausschnitte aus zwei Artikeln lesen und deren Kernaussagen zusammenfassen. Anhand eines weiteren Kommentars aus sozialen Medien reflektieren die SchülerInnen Gründe für derartige Einstellungen und überlegen Strategien für den Umgang mit diesen Aussagen. Hierbei geht es um die Förderung der Urteilskompetenz, da die Verbesserung der Qualität der Begründungen forciert wird.

5. Sequenz

In der abschließenden **Auswertungs- und Analysephase** geht es um das Aufzeigen von möglichen Handlungsalternativen für Politik und Gesellschaft. Als Methode wird die sogenannte Problemanalyse verwendet. Durch die Problemanalyse können sich die SchülerInnen möglichst eigenständig mit einem gesellschaftlichen Problem auseinandersetzen und erhalten die Möglichkeit, aktuelle Problemlagen zu reflektieren. Die Lernenden bekommen weiters die Chance, sich in die Situation der Betroffenen zu versetzen, und werden angeleitet, Lösungsansätze zu entwickeln.⁵

Konkret erarbeiten die SchülerInnen mittels der Problemanalyse Ursachen, dahinterliegende Interessen, Ziele und Lösungen für ein selbst definiertes politisches Problem,⁶ welches sich für sie im Rahmen dieser Unterrichtseinheiten ergeben hat (**M3**). Hierbei wird die Handlungskompetenz der Lernenden angesprochen, da sie an der Entwicklung von Lösungsvorschlägen für ein Problem mitwirken. 🍷

³ Vgl. Reinhard Kramer: Durch die politische Bildung zu erwerbende Kompetenzen. Ein Kompetenz-Strukturmodell. Ein Projekt im Rahmen der Demokratie-Initiative der Bundesregierung, Wien 2008. / ⁴ Andreas Schnauder: Wann sich ein Job für Arbeitslose überhaupt lohnt, in: *Der Standard*, 18.1.2018, <https://derstandard.at/2000072484450/Wann-sich-ein-Job-fuer-Arbeitslose-ueberhaupt-lohnt#forumstart> (19.4.2018). / ⁵ Vgl. Heidrun Hoppe: Problemstudie, in: Sibylle Richter, Dagmar Reinhardt: Politik-Methodik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II, Berlin 2011, S. 54–57. / ⁶ Definition eines politischen Problems: Ein politisches Problem verlangt ein baldiges Handeln von politischen AkteurenInnen, es verursacht eine gewisse Dringlichkeit und ist von gesellschaftlicher Bedeutung. Es verlangt neue Lösungen, deren Auswirkungen nicht zur Gänze vorhersehbar sind und durch unterschiedliche Interessengruppen unterschiedlich bewertet werden. Die Lösungen müssen in einem Findungsprozess durch politische Mehrheiten gefunden und sich daraus ergebende Maßnahmen gesellschaftlich umgesetzt werden. Vgl. Sibylle Reinhardt: Politik-Didaktik. Praxishandbuch für die Sekundarstufe I und II, 6. Aufl., Berlin 2016.



M1 // ARBEITSAUFTRAG // Einstiegsphase

Lohnt sich Arbeit heute noch? Was ist ein gerechtes Einkommen?

1. Bildet je nach Klassenzahl Gruppen mit drei oder vier Personen.
2. Beschriftet in dem Raster jedes Individualfeld mit dem Namen eines Gruppenmitglieds.
3. Notiert eure Gedanken, Erfahrungen zu den angeführten Leitfragen im entsprechenden Individualfeld.
4. Nun wird das Raster im Uhrzeigersinn gedreht und ihr könnt eure Notizen miteinander vergleichen, besprechen, diskutieren etc.
5. Führt nun die Einzelergebnisse eurer Gruppe zu einem Gruppenergebnis zusammen und präsentiert dies der restlichen Klasse.



Fragestellungen:

1. Woher kann Einkommen bezogen werden? Nenne mögliche Einkommensquellen.
2. Wovon hängt die Höhe des Einkommens ab?
3. Welche Arten von Arbeit außer Erwerbsarbeit (= Arbeit, mit der Geld verdient werden soll) gibt es noch?
4. Was ist dir im Zusammenhang mit Arbeit wichtig? Wähle die drei für dich wichtigsten Begriffe aus oder finde andere: Geld / Anerkennung / Existenzabsicherung / Erfolg / ArbeitskollegInnen / Struktur und Regelmäßigkeit / Freude / sinnvolle Aufgabe / viel Freizeit / wenig Stress / Ausbildung / Selbstverwirklichung / Lernen / Zukunftssicherung

M2 // ARBEITSAUFTRAG // Anwendungs- & Problematisierungsphase

Aufgabe 1: Wie viel Geld braucht man zum Leben?

Fragestellungen:

Diese Aufgabe soll in Kleingruppen (3–5 SchülerInnen) erledigt werden.

- a) Wie viel braucht ein Mensch pro Monat zum Leben? Schlüpft dafür in eine der folgenden Rollen (Haushalte) und gebt Einnahmen und Ausgaben (Richtwerte im Anhang) in folgenden Haushaltsbudgetrechner ein. Schön wäre, wenn jede der drei Haushaltsgrößen bei der Erarbeitung der Ergebnisse in der Klasse behandelt werden würde.

www.budgetberatung.at/budgetberatung/rechner/index.php

- ◆ Singlehaushalt / 25 Jahre / berufstätig / 35 m² Mietwohnung
- ◆ Zweipersonenhaushalt / beide 30 Jahre / 80 m² Mietwohnung
- ◆ Vierpersonenhaushalt / Eltern 38 u. 42 Jahre mit 2 Kindern (4 und 6 Jahre) / 86 m²

- b) Wie hoch ist das Arbeitslosengeld für eine gekündigte Angestellte mit einem bisherigen durchschnittlichen Monatsbruttoeinkommen von 2.500 Euro, und wie hoch ist das Arbeitslosengeld für einen jungen, frisch ausgelernten Angestellten mit einer bisherigen Lehrlingsentschädigung von 1.055 Euro pro Monat? Beide haben keinen Anspruch auf einen Familienzuschlag.
Nutze dafür folgende Seite: <https://ams.brz.gv.at/ams/>

M2 // ARBEITSWISSEN

Arbeitslosengeld hat den Zweck, arbeitslose Menschen auf Arbeitssuche finanziell zu unterstützen. Personen, die Arbeitslosengeld beantragen können, müssen folgende Kriterien/Voraussetzungen erfüllen:
Bereitschaft eine Arbeit in einem bestimmten Stundenausmaß aufzunehmen // Arbeitsfähigkeit
Nachweis einer Mindestbeschäftigungsdauer // maximale Bezugsdauer darf nicht ausgeschöpft sein.

Bei der erstmaligen Beantragung von Arbeitslosengeld und einem Alter von über 25 Jahren müssen 52 Wochen an arbeitslosenversicherungspflichtiger Beschäftigung nachgewiesen werden. Sollte Arbeitslosengeld wiederholt beantragt werden, sind 28 Wochen an arbeitslosenversicherungspflichtiger Beschäftigung innerhalb des letzten Jahres erforderlich. Für AntragstellerInnen unter 25 Jahren gilt eine Sonderregelung. Hier müssen 26 Wochen an arbeitslosenversicherungspflichtiger Beschäftigung innerhalb des letzten Jahres nachgewiesen werden. Das Arbeitslosengeld wird grundsätzlich für 20 Wochen gewährt. Die Anspruchsdauer kann jedoch verlängert werden, wenn bereits längere Zeit gearbeitet wurde. Bsp.: Für drei Jahre arbeitslosenversicherungspflichtige Beschäftigung verlängert sich die Bezugsdauer auf insgesamt 30 Wochen. Bundeskanzleramt, Help.gv.at: Arbeitslosengeld – Allgemeines und Anspruch, 11.1.2018, <https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/361/Seite.3610010.html> (25.11.2018).

1. Vergleichen Sie die Nettodurchschnittseinkommen der ÖsterreicherInnen mit den tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben bzw. der tatsächlichen Höhe des Arbeitslosengelds.

Nachfolgend finden Sie die Durchschnittseinkommen der österreichischen Bevölkerung aus dem Jahr 2016. (Hierbei handelt es sich um den Durchschnitt von Vollzeit- sowie Teilzeiteinkommen). Es wurden exemplarisch die Altersgruppen 20 bis 29 Jahre und 30 bis 39 Jahre herausgegriffen. Die Daten stammen von der Statistik Austria und zeigen die Brutto- und Nettojahreseinkommen nach Altersgruppen für das Jahr 2016.

Ausgewählte Altersgruppe		Bruttojahreseinkommen in Euro			Nettojahreseinkommen in Euro		
		Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer
20 bis 29 Jahre		€ 19.883,00	€ 17.129,00	€ 22.367,00	€ 14.851,00	€ 13.082,00	€ 16.446,00
	pro Monat (Jahressumme/12)	€ 1.656,92	€ 1.427,42	€ 1.863,92	€ 1.237,58	€ 1.090,17	€ 1.370,50
30 bis 39 Jahre		€ 29.579,00	€ 22.258,00	€ 35.748,00	€ 21.021,00	€ 16.447,00	€ 24.876,00
	pro Monat (Jahressumme/12)	€ 2.464,92	€ 1.854,83	€ 2.979,00	€ 1.751,75	€ 1.370,58	€ 2.073,00

Quelle: Statistik Austria: Jährliche Personeneinkommen, 19.4.2018, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/personen-einkommen/jaehrliche_personen_einkommen/index.html (19.4.2018).

2. Beurteilen Sie, ob die staatliche Unterstützung aus Sozialleistungen zu hoch oder das Einkommen zu niedrig ist.
3. Du bist a) die **gekündigte Angestellte** (Monatsbruttoeinkommen bisher 2.500,- Euro) bzw. b) der frisch **ausgelernte Angestellte** (bisherige Lehrlingsentschädigung pro Monat 1.055,- Euro): Würdest du so schnell wie möglich irgendeine Arbeit annehmen, oder würdest du auch länger Arbeitslosengeld beziehen? Nenne mögliche Gründe für die eine und für die andere Entscheidung.

	Angestellte (Monatsbruttoeinkommen bisher € 2.500,-, Höhe des Arbeitslosengeldes: siehe https://ams.brz.gv.at/ams)	ausgelernter Angestellter (bisherige Lehrlingsentschädigung pro Monat € 1.055,-, Höhe des Arbeitslosengeldes: siehe https://ams.brz.gv.at/ams)
Gründe dafür, möglichst schnell irgendeine Arbeit anzunehmen.		
Gründe dafür, länger Arbeitslosengeld zu beziehen.		

M2 // ARBEITSAUFTRAG // Anwendungs- & Problematisierungsphase

Aufgabe 2: Kommentare

In der Tageszeitung *Der Standard* erschien am 18. Jänner 2018 ein Artikel zum Thema „Wann sich ein Job für Arbeitslose überhaupt lohnt“.⁷ Dieser Artikel wurde oft kommentiert und im Forum des Standard diskutiert.

Fragen und Aufgaben zu den Kommentaren:

1. Lest die beiden Kommentare durch.
2. Notiert, welche Argumente in den Kommentaren genannt werden.
3. Vergleicht die Kommentare: Inwiefern sind sie einander ähnlich, inwiefern unterscheiden sie sich?
4. Schreibt Antworten auf die beiden Kommentaren. Ihr könnt dem Inhalt beipflichten oder euch mit eurer Meinung dagegenstellen.

»Ich versteh die ganze Debatte nicht. Vor kurzem ging's vor allem darum, wie schwer es ist, einen Job zu finden. Nun scheint's in jedem zweiten Artikel darum zu gehen, warum die Arbeitslosen scheinbar keinen Job wollen. (Einfache Antwort: Arbeitslosengeld und Zuschüsse sind zu hoch = soziale Hängematte.) Vielmehr müsste es darum gehen, warum die Löhne so niedrig sind. Wenn man sich von einem Vollzeitjob gerade so am Leben erhalten kann, dann läuft was falsch. Menschen in eine prekäre [= unsichere, schwierige, Anm.] Lebenssituation zu zwingen, kann nicht die Antwort sein. Beahlt die Menschen anständig. Dann gehen die allermeisten auch gerne hackeln.«

dagegen um dafür zu sein, Posting, in: Der Standard, 18.1.2018,
<https://derstandard.at/2000072484450/Wann-sich-ein-Job-fuer-Arbeitslose-ueberhaupt-lohnt#forumstart> (19.4.2018).

KOMMENTAR 1

»Freund von mir, Kellner, ist seit 2–3 Jahren arbeitslos. Letzten Sommer sagt mir eine Kollegin, ihr Freund sucht einen Kellner für sein Restaurant, 40 Stunden/1200 netto (Kollektivvertrag), ob ich wen kenn. Ja, sage ich, ich frag diesen Freund von mir und sag dir dann Bescheid. Ich ruf den Freund an und erzähl ihm über das Jobangebot. Wie viel zahlen sie, fragt er. 1200 netto, sag ich ihm. Na ja, sagt er, ich kriege derzeit 840 vom Sozialamt, dazu noch 400 Euro, da ich ein paar Stunden in der Woche geringfügig arbeite. Ich verdiene schon 1.200 netto ohne Stress und ohne 40 Stunden arbeiten zu müssen. Mir ist's lieber, die schönen Sommerstunden im Park zu genießen. Und man wundert sich, warum die Arbeitslosigkeit in Österreich so hoch ist.«

Hepkat, Posting, in: Der Standard, 18.1.2018,
<https://derstandard.at/2000072484450/Wann-sich-ein-Job-fuer-Arbeitslose-ueberhaupt-lohnt#forumstart> (19.4.2018).

KOMMENTAR 2

⁷ Andreas Schnauder: Wann sich ein Job für Arbeitslose überhaupt lohnt, in: Der Standard, 18.1.2018,
<https://derstandard.at/2000072484450/Wann-sich-ein-Job-fuer-Arbeitslose-ueberhaupt-lohnt#forumstart> (19.4.2018).

M2 // ARBEITSAUFTRAG // *Anwendungs- & Problematisierungsphase*

Aufgabe 3: Artikel und Kommentare zur AusländerInnenbeschäftigung in Österreich

Fragen und Aufgaben zu den Artikeln:

1. Lest die beiden Ausschnitte aus den Artikeln durch.
2. Fasst je zwei Kernaussagen aus den Artikeln zusammen und schreibt diese nieder.

Kurzfassung des Artikels

»Weniger Inländer, aber mehr Ausländer mit Jobs«

In Österreich ist die Beschäftigung gestiegen. Es gab aber einen Rückgang bei den inländischen Erwerbstätigen, während die Zahl der Jobs, die von Personen aus dem EU-Ausland besetzt wurden, zulegte. Dies ergab eine Erhebung der Statistik Austria. Es darf nun aber nicht daraus geschlossen werden, dass ausländische Erwerbstätige den Österreichern den Job wegnehmen. Der Arbeitsmarktexperte Helmut Hofer verweist auf regionale Unterschiede und Ausbildungsunterschiede. Personen aus bspw. Rumänien oder Bulgarien seien meist gut ausgebildet und bereit, Jobs zu übernehmen, die unter ihren Qualifikationen liegen. In der 24-Stunden-Betreuung etwa, wo die Beschäftigung im Vorjahr um 5.500 auf 56.095 gestiegen ist, würden oft nur rund 630,00 Euro netto im Monat gezahlt. Kaum ein Österreicher würde zu diesen Bedingungen arbeiten.

Weniger Inländer, aber mehr Ausländer mit Jobs, in: News, 20.4.2016,
<https://www.news.at/a/weniger-inlaender-jobs-oesterreich-6325875> (1.4.2018).

Kurzfassung des Artikels

»Ist Platz am österreichischen Arbeitsmarkt?«

Dass Zuwanderer österreichische Staatsbürger vom Arbeitsmarkt verdrängen, trifft nicht zu, sagen Grudrun Biffl und Heinz Faßmann. Biffl: „MigrantInnen sind in Österreich in hohem Maße komplementär – sie ergänzen Einheimische.“ Es sei eher so, dass besser qualifizierte Zuwanderer die schlechter Qualifizierten bereits ansässigen verdrängen. Sie betont, dass Zuwanderer sogar sicherstellen, dass bestimmte Tätigkeiten in Österreich wettbewerbsfähig bleiben. „Die Forschung konnte klar nachweisen, dass Migranten immer dort eingesetzt werden, wo es kein ausreichendes heimisches Arbeitsangebot gibt, das zu den gängigen Arbeitsbedingungen diese Tätigkeiten ausüben will.“ So etwa im Gesundheitsbereich, der ohne die Pflegekräfte aus dem Ausland, aber auch zunehmend ohne migrantische Ärzte oder am anderen Qualifikationsende die Reinigungskräfte nicht die derzeitige Versorgungsqualität halten könne.

Andrea Hlinka, Nicole Thurn: Ist Platz am österreichischen Arbeitsmarkt?, in: Kurier, 15.6.2015,
<https://kurier.at/wirtschaft/karriere/ist-platz-am-oesterreichischen-arbeitsmarkt/136.172.917> (19.4.2018).

M2 // ARBEITSAUFTRAG // *Anwendungs- & Problematisierungsphase*

Aufgabe 3: Artikel und Kommentare zur AusländerInnenbeschäftigung in Österreich

Fragen und Aufgaben zu nachfolgendem Kommentar:

1. Worum geht es in diesem Kommentar?
2. Was will eurer Meinung nach der Verfasser zum Ausdruck bringen?
3. Warum könnte der Verfasser diese Meinung haben?
4. Wie könntet ihr auf so eine Aussage reagieren?

Rigi999 Mi, 20. Apr. 2016 11:10

„Raus mit den ausländischen Arbeitskräften, ihr dummen Politiker und Verantwortlichen der Wirtschaft!!! Dafür die Österreicher sitzen lassen. Die Zeit der Gastarbeiter ist vorbei!!! Jede Ameise hat mehr Hirn und Verantwortung!!!“ (News, 2016)«

KOMMENTAR 3

M3 // ARBEITSAUFTRAG // *Lösungsansätze entwickeln*

Abschließende Aufgabenstellungen – Problemanalyse

Folgende Aufgabenstellung soll in Gruppen (3 bis 5 Personen) bearbeitet werden.

1. Versucht vor dem Hintergrund eurer bisherigen Auseinandersetzung mit Arbeit, Einkommen, Arbeitslosigkeit und AusländerInnenbeschäftigung ein konkretes politisches Problem zu benennen und schreibt es auf.
2. Diskutiert mögliche Ursachen des Problems und schreibt diese auf.
3. Diskutiert Ziele und mögliche Lösungsansätze und schreibt diese auf.
4. Welche Folgen der von euch überlegten Maßnahmen bzw. Lösungsansätze sind denkbar?

// Literaturverzeichnis & Anhang

Paul Ackermann u. a.: Politikdidaktik kurzgefasst. 13 Planungsfragen für den Politikunterricht, Bonn 2015.
Arbeitsmarktservice: Übersicht über den Arbeitsmarkt, September 2018, http://www.ams.at/_docs/001_uebersicht_aktuell.pdf (1.4.2018).

Österreichische Sozialversicherung: Statistische Daten aus der Sozialversicherung – Beschäftigte in Österreich, März 2018, <https://www.sozialversicherung.at/portal27/esvportal/content?contentid=10007.683681&viewmode=content> (23.3.2018).

Statistik Austria: Beschäftigung und Arbeitsmarkt, 23.3.2018, https://www.statistik.at/web_de/services/stat_uebersichten/beschaeftigung_und_arbeitsmarkt/index.html (23.3.2018).

Visuell orientierte Methoden, in: Politik & Unterricht, Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung, Heft 1/2, 41. Jg., 2015, S. 42–59.

Anhang I: Richtwerte für Haushaltseinkommen und Haushaltsausgaben in Euro/Monat

RICHTWERTE FÜR HAUSHALTSEINKOMMEN UND HAUSHALTSAusGABEN	1	2	3
	Singlehaushalt / 25 Jahre / berufstätig / 35 m ² Mietwohnung	2-Personenhaushalt / beide 30 Jahre / berufstätig / 80 m ² Mietwohnung	4-Personenhaushalt / Eltern 38 u. 42 Jahre mit 2 Kindern (4 und 6 Jahre) / 86 m ² Eigentumswohnung / Kreditrate 850 € pro Monat
Einnahmen (€/Monat)			
Lohn / Gehalt			
inklusive anteiliges 13. und 14. Gehalt	€ 1 750,00	€ 4 300,00	€ 3 800,00
Kinderbeihilfe	€ -	€ -	€ 375,00
Summe Einnahmen (€/Monat)	€ 1 750,00	€ 4 300,00	€ 4 175,00
Ausgaben (€/Monat)			
Miete und Betriebskosten monatlich	€ 455,00	€ 950,00	€ 250,00
Strom/Gas monatlich	€ 30,00	€ 50,00	€ 50,00
Heizung monatlich	€ 30,00	€ 50,00	€ 50,00
Wartung/Reparaturen monatlich	€ 15,00	€ 25,00	€ 25,00
Kraftstoff/Reparaturen/Service monatlich	€ -	€ 170,00	€ 170,00
Garage/Parkgebühren monatlich	€ -	€ 10,00	€ 50,00
Vignette monatlich	€ -	€ 7,50	€ 7,50
Haftpflichtversicherung/Steuer monatlich	€ -	€ 50,00	€ 70,00
Autoleasing monatlich	€ -	€ -	€ 150,00
Öffentlicher Verkehr monatlich	€ 30,00	€ 50,00	€ 30,00
Telefon monatlich	€ 15,00	€ 30,00	€ 30,00
Internet monatlich	€ 10,00	€ 20,00	€ 20,00
TV monatlich	€ 10,00	€ 10,00	€ 10,00
Fernsehen/Radio-Rundfunkgebühren monatlich	€ 26,00	€ 26,00	€ 26,00
Haushaltsversicherung monatlich	€ 18,00	€ 25,00	€ 25,00
Lebensversicherung monatlich	€ -	€ 50,00	€ 50,00
Rechtsschutzversicherung monatlich	€ -	€ 20,00	€ 20,00
Kranken-, Unfallversicherung monatlich	€ -	€ 50,00	€ 120,00
sonstige Versicherungen monatlich	€ 15,00	€ 15,00	€ 15,00
Bausparprämie monatlich	€ 40,00	€ 180,00	€ 80,00
Kirchenbeitrag monatlich	€ -	€ 30,00	€ 30,00
Gewerkschaftsbeitrag monatlich	€ -	€ 35,00	€ 35,00
Mitgliedsbeiträge monatlich	€ 20,00	€ 20,00	€ 20,00
Schulkosten monatlich	€ -	€ -	€ -
Kindergarten/Hort/Tagesmutter monatlich	€ -	€ -	€ 240,00
zu zahlende Alimente monatlich	€ -	€ -	€ -
Abonnements monatlich	€ 20,00	€ 20,00	€ -
Kreditraten monatlich	€ -	€ -	€ 850,00
Weiterbildungskosten monatlich	€ -	€ 50,00	€ -
Sonstige fixe Ausgaben monatlich	€ -	€ -	€ -
Kleidung und Schuhe monatlich	€ 150,00	€ 300,00	€ 300,00
Möbel, Ausstattung, Gärten monatlich	€ 10,00	€ 50,00	€ 50,00
Selbstbehalt/Rezeptgebühr monatlich	€ 10,00	€ 20,00	€ 20,00
Diätkosten monatlich	€ -	€ -	€ -
Zahnärztin/Optikerin/Medikamente/Behelfe monatlich	€ 10,00	€ 30,00	€ 30,00
Therapie monatlich	€ -	€ -	€ -
Sonstiges monatlich	€ -	€ -	€ -
Urlaub monatlich	€ 100,00	€ 300,00	€ -
Hobby monatlich	€ 35,00	€ 70,00	€ 10,00
Fortgehen monatlich	€ 150,00	€ 200,00	€ 20,00
Kultur monatlich	€ 25,00	€ 30,00	€ -
andere Freizeitaktivitäten monatlich	€ 25,00	€ 25,00	€ -
Nahrungsmittel monatlich	€ 250,00	€ 400,00	€ 900,00
auswärtige Verpflegung monatlich	€ 70,00	€ 120,00	€ 50,00
alkoholische Getränke monatlich	€ 35,00	€ 80,00	€ 10,00
Bewirtung Gäste monatlich	€ 25,00	€ 80,00	€ 30,00
Reinigungsmittel monatlich	€ 20,00	€ 50,00	€ 50,00
Körperpflege monatlich	€ 30,00	€ 80,00	€ 80,00
Haustier monatlich	€ -	€ -	€ -
Kinder monatlich (Spielsachen, Ausflüge,...)	€ -	€ -	€ 150,00
Rauchwaren monatlich	€ 50,00	€ -	€ -
Geschenke monatlich	€ 10,00	€ 30,00	€ 50,00
Sonstiges monatlich	€ 10,00	€ 10,00	€ 10,00
Sparen/Rücklagen monatlich	€ -	€ -	€ -
Taschengeld für Kinder monatlich	€ -	€ -	€ -
Weitere sonstige Ausgaben monatlich	€ -	€ -	€ -
Summe Ausgaben (€/Monat)	€ 1 749,00	€ 3 838,50	€ 4 183,50
Überschuss bzw. Fehlbetrag (€/Monat)	€ 1,00	€ 461,50	-€ 8,50

ARBEITSLOSIGKEIT: URSACHEN, AUSWIRKUNGEN UND KONTROVERSEN

Sabine Hofmann-Reiter

Hintergrundwissen für LehrerInnen

Seit dem 19. Jahrhundert werden der zeitliche Lebensrhythmus und das Selbstverständnis der Bevölkerung verstärkt durch außerhäusliche Arbeitsverpflichtungen geprägt. Werden Menschen arbeitslos, fehlen nicht nur die positiven Aspekte von Arbeit, es treten auch negative Aspekte hinzu. Die finanziellen Ressourcen werden eingeschränkt, das Selbstwertgefühl leidet bei Absagen auf Bewerbungen, psychische und/oder psychosomatische Beschwerden können auftreten. Arbeitslosigkeit ist in den Industriegesellschaften negativ konnotiert und gilt in vielen Fällen als beschämend.¹

Für einige Bevölkerungsgruppen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt stark eingeschränkt. Dies sind vor allem AusländerInnen, die sich als AsylwerberInnen in Österreich aufhalten.²

Aber auch für Jugendliche und junge Erwachsene nach Beendigung ihrer Schulzeit oder ihres Studiums ist es keine Selbstverständlichkeit mehr, sofort ein Arbeitsverhältnis eingehen zu können.³

Die Berichterstattung über den Zusammenhang zwischen der Zahl der Arbeitslosen und der Zahl der ZuwanderInnen stellt sich als ambivalent dar. Dies gilt es zu thematisieren. So berichten die *Salzburger Nachrichten* in einem Beitrag vom März 2018, in Österreich sei das demografische Problem durch die Zuwanderung „massiv entschärft“ worden. Das Arbeitskräfteangebot zwischen 2010 und 2017 sei um fast 400.000 Personen gestiegen, der Großteil davon waren AusländerInnen. „Das gestiegene Arbeitskräfteangebot hat den österreichischen Wirtschaftsstandort im Hinblick auf seine demografische Dimension massiv gestärkt“, erklärte Johannes

Kopf, Vorstandsmitglied des Arbeitsmarktservice (AMS). Das Qualifikationsniveau von zugewanderten Deutschen und Ungarn sei höher als jenes der ÖsterreicherInnen. „Da kommen schon die richtigen Leute“, meinte der AMS-Vorstand in Bezug auf die Zuwanderung aus der EU in den österreichischen Arbeitsmarkt.⁴

Demgegenüber stehen Berichte heimischer Boulevardblätter, die ZuwanderInnen die Schuld an der Zahl der österreichischen Arbeitslosen geben und damit die Position der für eine Abschottung des Arbeitsmarkts agierenden Parteien stärken, die in der Oppositionsrolle massiv gegen liberalisierte Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt polemisierten.⁵

Im vorliegenden Unterrichtsbeispiel sollen sich SchülerInnen mit dem Themenbereich Arbeit und Arbeitslosigkeit auseinandersetzen.

Der erste Arbeitsauftrag (**M1**) fordert zu einer Auseinandersetzung mit der individuellen Definition von Arbeit in der Kleingruppe auf. Dabei soll herausgearbeitet werden, dass nicht nur Erwerbsarbeit als Arbeit zu verstehen ist. Im Rahmen des zweiten Arbeitsauftrags (**M1**) soll die stark strukturierende, aber auch psychologische Funktion von Arbeit erkannt werden.

Arbeitsauftrag 3 erhebt Vorkonzepte zum Thema „Arbeitslosigkeit“ und soll als Diskussionsgrundlage dienen. **M2** erfordert sinnerfassendes Lesen, anschließend soll der Inhalt des Artikels anhand von Leitfragen diskutiert werden.

Persönliche Standpunkte und Interessen zu artikulieren und zu reflektieren sowie diese schriftlich in Form eines LeserInnenbriefs darzulegen, stellt das Ziel von **M3** dar. 📧

¹ Vgl. Andrea Komlosy: Arbeit. Eine globalhistorische Perspektive, 13.–21. Jahrhundert, Wien 2014. / ² Vgl. Simone Fürst: Brücke oder Überbrückung? Atypische Beschäftigung beim Berufseinstieg aus der Sicht von Soziolog/innen, in: Jörg Flecker: Die vielen Gesichter der Arbeit, Wien 2018. / ³ Vgl. Daniel Schönherr u. a. (Hg.): Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit, Wien 2014.

⁴ AMS: Zuwanderung stärkte Österreich, Geflüchtete integriert, in: Salzburger Nachrichten, 15.3.2018, <https://www.sn.at/wirtschaft/oesterreich/ams-zuwanderung-staerkte-oesterreich-gefluechtete-integriert-25417513> (26.9.2018). / ⁵ Vgl. 150.000 neue Zuwanderer durch ÖVP-FPÖ-Beschluss?, in: Kronen Zeitung, 14.1.2018, <https://www.krone.at/1613912> (26.9.2018).

M1 // GRUNDLAGEN // Arbeit und Arbeitslosigkeit

Für die meisten von euch ist es selbstverständlich, dass ihr nach dem Ende eurer Schulzeit zu arbeiten beginnen werdet oder nach einem Studium ins Arbeitsleben eintreten werdet. Vielleicht besucht ihr auch bereits eine Berufsschule und absolviert eine Lehre. Aber was ist unter Arbeit zu verstehen?

M1 // ARBEITSAUFTRAG // Gruppen- & Einzelarbeit

1. Erörtert in der Kleingruppe zu je vier SchülerInnen, welche unterschiedlichen Tätigkeiten unter den Begriff „Arbeit“ fallen und listet diese auf. Vergleicht die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede eurer Ergebnisse und diskutiert diese im Klassenverband.
2. Für die meisten Menschen ist Arbeit mehr, als nur in der Mitte oder am Ende des Monats Geld aufs Konto überwiesen zu bekommen.
Arbeitet in PartnerInnenarbeit heraus, welchen Zweck es noch hat, zu arbeiten. Wie würde euer Alltag aussehen, wenn ihr nach Schule, Studium oder Lehre keinen Arbeitsplatz finden würdet oder euren Arbeitsplatz nach einiger Zeit verliert? Vergleicht eure Ergebnisse und besprecht sie in der Klasse.
3. Kreuze an, ob du diese Aussagen als richtig oder falsch beurteilst. Begründe deine Entscheidung und diskutiert eure Entscheidungen in der Klasse.



	<i>richtig</i>	<i>weiß nicht</i>	<i>falsch</i>
<i>Menschen, die nicht innerhalb eines Jahres wieder Arbeit finden, sind zu faul zum Arbeiten.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<i>Menschen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft sollen weniger Arbeitslosengeld erhalten.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<i>Arbeitslose leiden unter ihrer Lebenssituation, oft mit schwerwiegenden Auswirkungen auf ihre Gesundheit.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<i>Menschen mit Migrationshintergrund nehmen den ÖsterreicherInnen die Arbeit weg.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<i>Österreichische Jugendliche sollten sich die Lehrstellen vor den Jugendlichen aussuchen dürfen, die aus dem Ausland zugewandert sind.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<i>Wenn jemand die erste angebotene Arbeitsstelle nicht annimmt, soll das Arbeitslosengeld gestrichen werden.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<i>Die meisten Arbeitslosen sind NICHT selbst schuld an ihrer Arbeitslosigkeit.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

M2 // **ARBEITSAUFTRAG** // *Psychologische Funktion von Arbeit*

Fasst den Inhalt des Artikels zusammen. Erläutert anschließend in der Kleingruppe zu je vier SchülerInnen, wie ihr die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Gesundheit, das Wohlbefinden, das Alltagsleben einschätzt und diskutiert eure Überlegungen in der Klasse. Begründet, ob ihr die Ausbildungspflicht bis 18 für eine sinnvolle Maßnahme haltet oder nicht. Beschreibt eure Vorstellungen von eurem weiteren Lebensweg. Was könnte euch fördern bzw. daran hindern, eure beruflichen Ziele zu erreichen? Wodurch könntet ihr feststellen, dass euer erster Arbeitsplatz der ideale Arbeitsplatz für euch ist? Erörtert die Rolle der Weiterbildung nach Beendigung der Schule oder Lehre.

»Der Arbeitsmarkt verzeiht keine Fehler«

Falsche Entscheidungen im heiklen Alter von 14 bis 16 können fatale Folgen haben

Wien – Er war 15 oder 16, als seine Familie zerbrach. Was folgte, war eine Kaskade des Scheiterns: Abbruch der Schulausbildung und einer Lehre, schlechte Einflüsse und erste Kontakte mit dem Justizsystem. Mit 17 startete er einen neuen Anlauf: Aber trotz sehr guter Noten in einer überbetrieblichen Lehrausbildung (ÜBA) fand er keinen Job. Keine reguläre Lehre gemacht zu haben, gilt bei vielen Arbeitgebern als Stigma. Der Jugendliche blieb arbeitslos. [...]

Bernhard Kittel arbeitet gemeinsam mit seinen Kolleginnen Nadia Steiber und Monika Mühlböck im Auftrag des Sozialministeriums an einem Forschungsprojekt über soziale Hintergründe und Auswirkungen von Jugendarbeitslosigkeit in Wien. In der Studie wurden über 1.200 junge Erwachsene zwischen 18 und 28 danach gefragt, wie sich die Erfahrung von Arbeitslosigkeit auf Gesundheit, Wohlbefinden, Motivation und weitere Einstellungsmuster auswirkt. Gleichzeitig wurde untersucht, welche Rolle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen spielen. Laut der europäischen Statistikbehörde Eurostat lag die Arbeitslosigkeit der 15- bis 29-Jährigen 2015 in Österreich bei 8,6, EU-weit bei 16,1 Prozent.

Ein Umstand, der sich für die Studienautoren besonders klar herauskristallisiert hat, ist, wie schwerwiegend die Auswirkungen sind, wenn die Jugendlichen zwischen 14 und 16 ins Schleudern geraten. „Wenn sie in dieser Zeit in irgendeiner Weise aus dem Bildungssystem herausfallen – egal ob aufgrund von Krankheit, Problemen mit den Eltern oder ‚pubertären Anwandlungen‘ –, ist das ein Fak-

tor, der es sehr schwermacht, Zugang zu Arbeit zu finden“, sagt Kittel. Für ihn ist die ab Mitte 2017 gültige „Ausbildungspflicht bis 18“ eine sinnvolle Maßnahme: „Wenn das Ausscheiden aus dem Bildungssystem zwei Jahre aufgeschoben wird, besteht die Hoffnung, dass sich in der Zeit die Entscheidungsfähigkeit weiterentwickelt.“

Der erste Job

Gerade die Qualität des ersten Jobs ist ausschlaggebend für die Positionierung im Arbeitsleben. „Wer da einen schlechten Job erwischt – vielleicht nur, weil man in Zeiten der Rezession auf den Arbeitsmarkt drängt –, erholt sich meist nicht davon“, so Steiber.

Jeder einzelne Fall der jungen Arbeitslosen ist anders, und dennoch lassen sich gewisse Muster erkennen. Oft ist der Wunschberuf unerreichbar, und man entscheidet sich für einen ungeliebten „zweitbesten“ Weg. Andere entdecken erst zu spät, dass die gewünschte und absolvierte Ausbildung nicht das erhoffte Potenzial aufweist. Vielfach wirken die Jugendlichen unentschlossen, was sie für Arbeitgeber unattraktiv macht.

Sehr hohe Erwartungen

Die Probleme treffen auf Jugendliche, die in den meisten Fällen sehr hohe Erwartungen, in manchen Fällen auch unrealistische Erwartungen mitbringen, was ihren Lebensweg betrifft. Werden diese Erwartungen nicht erfüllt, ist die Frustration umso größer. Geld steht für die meisten noch nicht im Vordergrund, der Wunsch nach einem erfüllenden Job jedoch sehr wohl.

»Der Arbeitsmarkt verzeiht keine Fehler«

Die Arbeitslosigkeit führt in vielen Fällen zu einer Abwärtsspirale, die auch das gesundheitliche und psychische Wohlbefinden einschließt. Viele fühlen sich subjektiv nicht gesund. „In der Befragung kommt klar raus, dass arbeitslose junge Erwachsene vom psychischen Wohlbefinden her im Vergleich zu anderen Gleichaltrigen sehr viel schlechter abschneiden“, erklärt Steiber. 24 Prozent der Befragten bezeichneten ihre Gesundheit als mittelmäßig oder schlecht. In der Gesamtbevölkerung sind es neun Prozent.

Keine Freunde

Zudem dünnt sich das soziale Netz aus: „Die jungen Erwachsenen haben Schwierigkeiten, über ihre

Arbeitslosigkeit zu sprechen, und erleben sie als soziales Stigma. Es gibt viele, die angeben, sie hätten überhaupt keine Freunde“, sagt Mühlböck.

Die Studie bestätigt, dass ein niedriger Bildungsstand vererbt wird. 20 Prozent der befragten AMS-Kunden bleiben sogar hinter dem Bildungsstand der Eltern zurück – eine weitere Quelle enttäuschter Erwartungen. Positiv schlägt dagegen die Weiterbildungsmotivation zu Buche: 73 Prozent äußern sich positiv zur Frage, ob sie eine weitere Ausbildung anstreben. Und im Kontrast zu einem oft kolportierten negativen Image des AMS setzen gerade Menschen mit niedrigem Bildungsgrad hohe Erwartungen in die Institution. 41 Prozent gehen davon aus, dass das AMS die Chancen, rasch wieder eine Stelle zu finden, verbessert. 📌

Alois Pumhösl: Der Arbeitsmarkt verzeiht keine Fehler, in: Der Standard, 27.2.2017, <https://derstandard.at/2000052955338/Der-Arbeitsmarkt-verzeiht-keine-Fehler> (30.5.2018).

M3 // ARBEITSAUFTRAG // Ausländische & inländische ArbeitnehmerInnen

Lies dir den Artikel „Ausländer und Arbeitslose: Neue Härten für alte Feindbilder“ vom Dezember 2017 durch.

1. Untersucht in der Kleingruppe zu je vier SchülerInnen: Welche unterschiedlichen Interessen treffen hier aufeinander?
2. Unterstreiche mit zwei unterschiedlichen Farbstiften: Welche Maßnahmen sollen inländische ArbeitnehmerInnen treffen, welche Maßnahmen sollen ausländische ArbeitnehmerInnen treffen?
3. Vergleicht die Ergebnisse und wertet deren Aus-

wirkungen aus. Stellt in einer Tabelle solche Argumente einander gegenüber, die für und die gegen die unterschiedlichen Maßnahmen sprechen und nehmt Stellung dazu.

4. Verfasst auf der Basis eurer Diskussionen im Anschluss daran einen LeserInnenbrief und erörtert eure begründete Meinung zum Thema.

Klärt vorher in der Klasse folgende Begriffe: *Türkis-Blau, AsylwerberInnen, Grundversorgung*



// ARBEITSWISSEN

Die Leistungen, die der Sozialstaat heute bietet, sind erkämpfte Errungenschaften. Bis ins 21. Jahrhundert wurden sozialpolitische Entscheidungen gemeinsam mit den sogenannten Sozialpartnern (Arbeiterkammer (AK), Wirtschaftskammer (WKO), Gewerkschaftsbund (ÖGB), Landwirtschaftskammer (LWK)) getroffen.

M3 // ARTIKEL

»Ausländer und Arbeitslose: Neue Härten für alte Feindbilder«

Es kann nicht sein, dass Österreicher, die ihr Leben lang ihren Beitrag geleistet haben, wenig oder gleich viel vom Sozialstaat bekommen wie Zuwanderer, die erst seit kurzer Zeit in Österreich leben.

Dieser Satz steht offiziell im Regierungsprogramm (ÖVP-FPÖ 2017–gegenwärtig): Der neue Stil, den Türkis und Blau propagieren, beinhaltet auch eine harte Gangart gegen alte Feindbilder – und zwar gegen die, die vermeintlich den Sozialstaat belasten.

Besonders treffen wird das freilich Asylwerber. Ihnen sollen künftig nur Sachleistungen, keine Geldleistungen mehr zuerkannt werden; auch die Unterbringung will der Staat ausschließlich selbst übernehmen. Im Gegenzug ist geplant, Asylwerbern bei der Ankunft Handy und Bargeld abzunehmen, um an Daten zur Identitätsfeststellung zu kommen – und um die Grundversorgung zu finanzieren. Ob das rechtlich durchsetzbar ist? Europarechtsexperte Walter Obwexer ist sich da nicht so sicher. Die Abnahme von Bargeld sei ein „unzulässiger Eingriff in das Grundrecht auf Eigentum“, sagt er. Auch in Deutschland, wo ähnliche Regelungen zum Bargeld gelten, ist das Thema juristisch hoch umstritten.

Auch Menschenrechtsanwalt Georg Bürstmayr, der für die Grünen aktiv ist, rechnet damit, dass einzelne Maßnahmen vor dem Verfassungsgerichtshof landen werden. Der Jurist stößt sich besonders an der geplanten Aufhebung der Schweigepflicht für Ärzte im Asylverfahren: „Das sind Rechtsinstitute, die noch nie angegriffen wurden“, sagt er. Ob diese Informationen verwendet werden, um etwaige Arbeitsfähigkeit zu attestieren, lässt das Programm offen. Auf Ablehnung stoßen auch die Kürzungspläne für anerkannte Flüchtlinge. Dass sie künftig nicht die volle Mindestsicherung, sondern nur 365 Euro Grundleistung und einen optionalen Integrationsbonus

von 155 Euro erhalten sollen, verhindere nur die Integration, so Bürstmayr. Die Regelung, die ja in Nieder- und Oberösterreich bereits gilt, liegt beim Verfassungsgerichtshof.

Auf schwer durchsetzbares Terrain begibt man sich auch beim „Arbeitslosengeld neu“, das freilich auch Ausländer treffen soll: Wer als Migrant das Arbeitslosengeld ausgeschöpft hat, soll nicht hier weiter versorgt werden, sondern in die „sozialrechtliche Zuständigkeit des Herkunftslandes“, fallen heißt es da – also dorthin überwiesen werden. Das ist allerdings nur bei Personen möglich, die weniger als fünf Jahre in Österreich leben – „die könnte man nach EU-Recht ausweisen“, sagt Jurist Obwexer. Bei allen anderen seien der Regierung die Hände gebunden: Wer länger hier ist, hat zumindest Anspruch auf „sozialrechtliche Mindestleistungen“.

Treffen wird die Arbeitslosen-Maßnahme aber freilich auch Inländer. Im „Arbeitslosengeld neu“ soll die Notstandshilfe integriert werden – de facto wird sie also abgeschafft, sagt Gerald Loacker, Sozialsprecher der Neos, der das schon länger fordert: „Die Notstandshilfe ist ein Parallelsystem zur Mindestsicherung. Man kann sie schier unbegrenzt lange beantragen.“ Langzeitarbeitslose würden zudem durch die geplante degressive Leistung – anfangs mehr, dann immer weniger – unter Druck kommen. Die Pläne erinnern an das deutsche Hartz-IV-Modell. Zumindes steckt dahinter eine ähnliche Logik, sagt Sozialrechtler Wolfgang Mazal. Mit dem Absinken der Leistungen soll der Anreiz steigen, Arbeit zu suchen, erklärt der Experte, der die ÖVP beraten hat: „Ich hielte es für gefährlich, wenn ein Staat den Anschein erweckt: Ein bissl was geht immer.“ Ausschlaggebend wird die Leistungshöhe sein, die Berücksichtigung von Vermögen, und wie schnell man vom Arbeitslosengeld, einer Versicherungsleistung, in die Mindestsicherung, also in die Sozialleistung, fällt. In Deutschland ist das im Regelfall maximal ein Jahr.

// Literaturverzeichnis

Herbert Dachs, Peter Gerlich: Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2005.

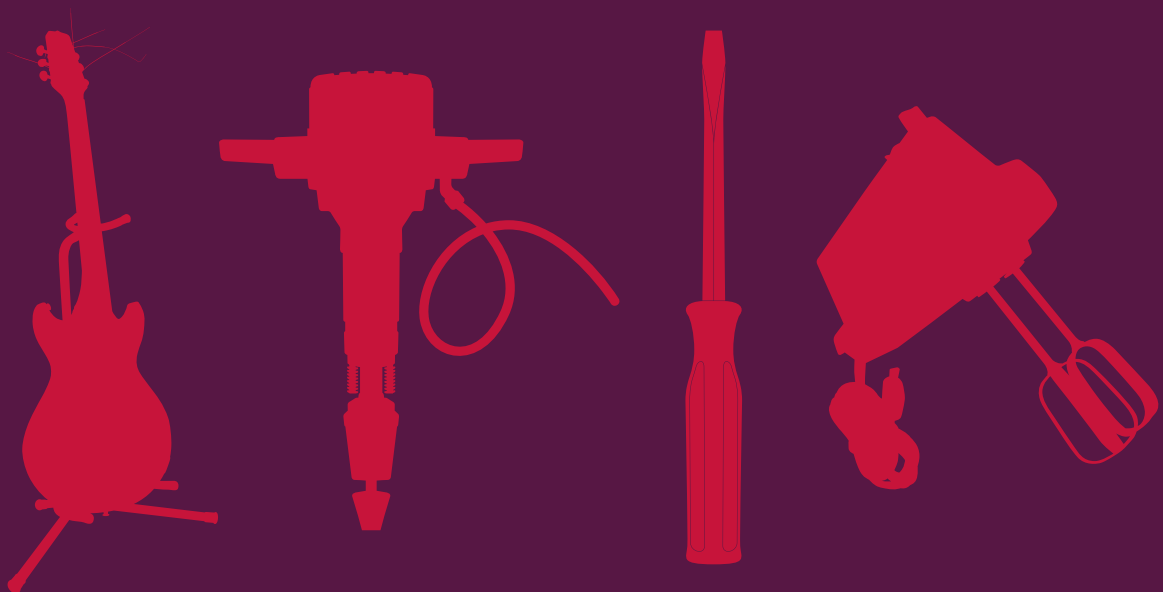
Lehrplan Geschichte – Allgemeinbildende Höhere Schule: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568> (30.5.2018).

Lehrplan Politische Bildung – Berufsschulen: <https://www.abc.berufsbildendeschulen.at/downloads/?kategorie=7> (30.5.2018).

Christine Mayrhuber u. a. (Hg.): Sozialstaat und Standortqualität, Wien 2018.

<http://www.ams.at/service-arbeitsuchende/auslaenderinnen/wer> (30.5.2018).

https://www.politik-lernen.at/dl/KmpLJMJKomlkLJqx4KJK/pa_6_17_Sozialstaat_sterreich_web.pdf (30.5.2018).



GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT: NEUE HERAUSFORDERUNGEN IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT?

Judith Goetz

Hintergrundwissen für LehrerInnen

Für viele junge Frauen, aber auch Männer, scheinen Diskussionen um die Gleichberechtigung der Geschlechter „Schnee von gestern“ zu sein. Sie sind mit den geschlechterpolitischen Verbesserungen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten erreicht wurden, groß geworden und erachten vieles als selbstverständlich. So werden Debatten über Geschlechtergerechtigkeit heutzutage oftmals auf Zuwanderergruppen – wie beispielsweise Geflüchtete oder Menschen mit Migrationshintergrund – projiziert und damit als „fremde“ Probleme aus der Mehrheitsgesellschaft ausgelagert. Diese Tendenz führt in weiterer Folge zu einer „Kulturalisierung“ bzw. „Ethnisierung“ damit verbundener Anliegen bei gleichzeitig weitgehender Ausblendung von Ungerechtigkeiten das Geschlechterverhältnis in der österreichischen Mehrheitsgesellschaft betreffend. Umso bedeutender scheint es daher einerseits aufzuzeigen, dass Mädchen und Frauen nach wie vor von vielfältigen Benachteiligungen betroffen sind, die sich auf unterschied-

liche Art und Weise auswirken. Andererseits muss es auch darum gehen, ein Bewusstsein dafür zu entwickeln und gesellschaftliche wie auch individuelle Veränderungsmöglichkeiten deutlich zu machen.

Ob Unterschiede zwischen Menschen als „naturegeben“ oder als „sozial“ bzw. durch die Gesellschaft gemacht betrachtet werden, hat auch maßgebliche Auswirkungen auf Strategien zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Während die erste Perspektive meist nicht mehr anzubieten hat, als dass Frauen und Männer eben unterschiedlich seien und bestimmte „Kulturen“ oder „Ethnien“ nicht miteinander könnten, bietet der zweite Zugang die Basis, alle Menschen als „gleich in ihrer Unterschiedlichkeit“ zu betrachten und auf Lösungen durch gesellschaftliche Ausverhandlungsprozesse zu setzen. Entsprechend wird das Zusammenleben von Menschen als dynamischer Prozess gesehen, der durch aktive Gestaltung der Beteiligten verändert werden kann.

Methodisch-didaktische Überlegungen

Im folgenden Unterrichtsbeispiel sollen die SchülerInnen im ersten Abschnitt „Wir sind Frauen, wir sind viele!“ (M1) über das Kennenlernen verschiedener, anschaulicher Biografien von Frauen einerseits dafür sensibilisiert werden, dass Lebensgeschichten sehr unterschiedlich ausfallen können. Andererseits soll Empathie für die vielfältigen Herausforderungen in weiblichen Lebenswelten gefördert werden. Ziel der Diskussionsfragen ist es, Verständnis dafür zu entwickeln, dass es viele Differenzen zwischen Frauen untereinander gibt und nicht „alle gleich sind“, sie aber dennoch die Gemeinsamkeit des „Frau-Seins“ teilen, aufgrund derer sie in der Gesellschaft auch benachteiligt werden. Darüber hinaus lernen die SchülerInnen, dass Frauen (genauso wie Männer) auch von Diskriminierungen aufgrund von Herkunft, Bildung und sozialem Status betroffen sind. Diese sind manchmal – aber nicht immer – mit geschlechtsspezifischen Diskriminierungen verbunden. Idealerweise lernen die SchülerInnen oder vertiefen ihr Wissen darüber, dass es unveränderbare Unterschiede wie das Alter, den Ort der Geburt oder auch den finanziellen Hintergrund der Familie,

aber auch veränderbare Differenzen wie beispielsweise Zugangsmöglichkeiten zu (Aus-)Bildung oder sozialer bzw. finanzieller Absicherung (im Alter) gibt (Sensibilisierung).

Die Aufgabe des Lehrpersonals in dieser wie auch den nächsten Übungen ist es vor allem, ein lernfreundliches Klima herzustellen, die einzelnen Sequenzen einzuleiten und zeitlich zu begrenzen, bei der Kleingruppeneinteilung zu unterstützen sowie zur Diskussion in selbigen zu animieren. Weiters bedürfen Großgruppendifkussionen einer gut überlegten Moderation, die darauf achtet, dass sich die SchülerInnen sicher und wohl fühlen, möglichst alle SchülerInnen zu Wort kommen und diskriminierenden Äußerungen entgegengewirkt wird (Vorbildwirkung). Nach individueller Einschätzung kann einzelnen Themen mehr Raum gegeben werden, wenn diese mehr Diskussion erfordern.

Im zweiten Abschnitt „Ich finde ungerecht, dass ...“ (M2) steht durch das Hineinversetzen in die Herausforderungen der jeweiligen Lebensgeschichten weiterhin die individuelle

Stärkung von Empathie im Vordergrund, aber auch die Förderung eines (Un-) Gerechtigkeitsbewusstseins. Die SchülerInnen setzen sich über die geschilderte Situation damit auseinander, was (Un-)Gerechtigkeit für sie ausmacht. In der dritten Aufgabe beschäftigen sich die SchülerInnen mit den Gründen, warum sie bestimmte Ungerechtigkeiten als schwerwiegender erachten als andere. Zudem soll der Blick für Möglichkeiten zur Veränderung gesellschaftlich gemachter Benachteiligungen geschärft werden. Individuelle und kollektive Handlungsmöglichkeiten werden erörtert. Die Sequenz soll dabei helfen, Probleme differenzieren zu lernen, eigene Werturteile zu hinterfragen und Konsequenzen von vorgeschlagenen Maßnahmen zu durchdenken.

Ausgehend von einer fiktiven, aber doch realitätsnahen Geschichte „Das geht jetzt aber zu weit!“ (M3) soll abschließend das Thema sexualisierte Gewalt gegen Frauen behandelt werden. Außerdem soll thematisiert werden, ob bzw. inwieweit die Herkunft von TäterInnen oder Opfern eine Rolle in der Beurteilung einer solchen Situation spielt. Zur Vorbereitung dieses zweiten Aspekts sollten Lehrpersonen den folgenden Link aufrufen: <https://zpb.phwien.ac.at/geschlechtergerechtigkeit/>. Hier finden Sie ein PDF-Formular. Lehrkräfte können hier Namen der beteiligten Personen einsetzen, wobei jeweils ein typisch mehrheitsgesellschaftlicher Name für Opfer und Täter (z. B. Anna und Bernhard) sowie ein in der Mehrheitsgesellschaft nicht so häufig vertretener Name für Opfer und Täter (z. B. Aishe und Burak) ausgewählt werden sollen, die sich auf keinen Fall mit Namen der in der Klasse vorhandenen SchülerInnen überschneiden dürfen. Die Namen sollen dann so kombiniert werden, dass vier unterschiedliche Versionen entstehen (z. B. Aishe – Bernhard, Anna – Bernhard, Aishe – Burak, Anna – Burak), die in vier Kleingruppen ausgehend von begleitenden Fragen diskutiert werden. Dabei soll einerseits die Notwendigkeit zu handeln aufgezeigt, Handlungsmöglichkeiten sollen gesammelt und so das eigene Repertoire erweitert werden. Andererseits sollen die SchülerInnen mögliche mit der Namensgebung verbundene Vorurteile sowie daraus resultierende Bilder reflektieren sowie der Frage nachgehen, ob mit verschiedenen Tätern und Opfern (in der Klasse, aber auch in der Gesellschaft) unterschiedlich umgegangen wird – obwohl vor dem Gesetz alle gleich sein sollten. Anschließend steht ausgehend von der Aufbereitung wichtiger, mit sexualisierter Gewalt verbundener Fakten die Dekonstruktion weitverbreiteter Mythen sowie die Förderung der Sach- und Urteilskompetenz der SchülerInnen im Vordergrund. Durch die Aufgabe, in Einzelarbeit einen kurzen Text über die Geschichte zu verfassen, wird der Reflexionsprozess auf individueller Ebene vertieft. In PartnerInnenarbeiten werden Schwierigkeiten in der Berichterstattung über sexualisierte Gewalt angesprochen. Die SchülerInnen kritisieren ihre Arbeiten anhand der in den vorhergehenden Abschnitten ermittelten Kriterien und Informationen. Sie reflektieren über mögliche Folgen von Strategien der Berichterstattung über sexualisierte Gewalt. Dadurch dient dieser Abschnitt auch der Lernertragssicherung.

Insbesondere der dritte Abschnitt verlangt auch vom Lehrpersonal gute Vorbereitung, da es sich um eine emotional aufgeladene Thematik handelt, mit der die SchülerInnen nicht überfordert werden sollen. Umso wichtiger sind klare Anleitungen, Wachsamkeit in Bezug auf diskriminierende Äußerungen sowie eine Achtsamkeit für die Grenzen aller bei den Diskussionen Anwesenden. 🌱

Weiterführende Literatur:

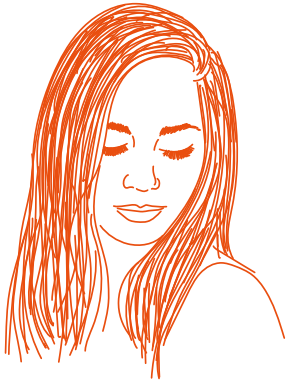
Myriam Brunner, Alina Ivanova: Praxishandbuch Interkulturelle LehrerInnenbildung. Impulse – Methoden – Übungen, Schwalbach am Taunus 2015.

Annedore Prengel: Pädagogik der Vielfalt. Verschiedenheit und Gleichberechtigung in interkultureller, feministischer und integrativer Pädagogik, Wiesbaden 2006.



M1 // ARBEITSAUFTRAG // *Wir sind Frauen, wir sind viele!*

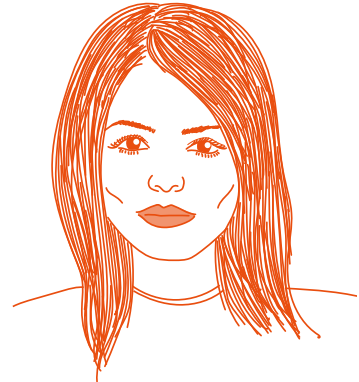
Lerne unterschiedliche Geschichten von Frauen in Österreich kennen.



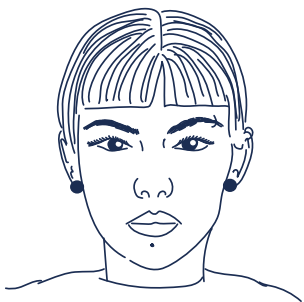
Maria ist 17 Jahre alt und macht derzeit eine Lehre als Elektrotechnikerin, wo sie eines der wenigen Mädchen ist, weil die Frauenquote in dem Lehrberuf noch immer unter zehn Prozent liegt. Daher hat sie es in der Ausbildung oftmals nicht leicht, auch ihre Eltern unterstützen ihre Berufswahl nicht. Vermutlich wird sie später weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen.



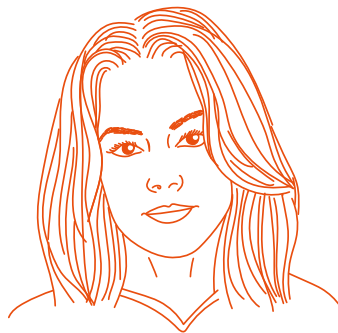
Leyla hat fast 30 Jahre bei einer großen Supermarktkette gearbeitet. Inzwischen sind ihre Rückenschmerzen vom schweren Heben so schlimm geworden, dass sie nicht mehr arbeiten kann. Dennoch hat sie zu wenige Versicherungsjahre sammeln können, um in Pension gehen zu können, und leider will niemand eine über 50-jährige Frau mit einem kaputten Rücken einstellen.



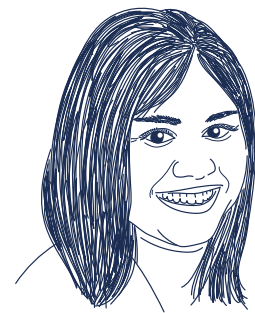
Yasemin ist in Syrien ausgebildete Zahnärztin gewesen und hat dort bereits zehn Jahre in dem Beruf gearbeitet. Ihre Ausbildung wird in Österreich aber nicht anerkannt, und sie darf daher nicht als Zahnärztin arbeiten. Nun arbeitet die 39-Jährige als Reinigungskraft in einem Krankenhaus und versucht so mit ihren zwei Kinder durchzukommen.



Olga ist 24 und wurde von ihren Eltern immer unterstützt. Sie hat schon zwei Ausbildungen abgebrochen, aber nun in der Krankenpflegeschule den richtigen Beruf gefunden. Ihr Vater, der selbst als Arzt arbeitet, hat ihr einen Job auf der Station eines befreundeten Kollegen organisiert. So muss sie sich nach Abschluss der Schule keine Sorgen machen, einen Job zu finden.



Vanessa ist zwar schon 25, wohnt aber gemeinsam mit ihren jüngeren Geschwistern sowie ihrer Großmutter noch immer bei ihren Eltern. Weil sie sich um die ganze Familie kümmern muss, bleibt ihr kaum Zeit für sich selbst oder für die Jobsuche. Zudem hat sie kein eigenes Zimmer und dadurch auch wenig Privatsphäre. Vermutlich wird sie erst ausziehen können, wenn sie einen Mann zum Heiraten gefunden hat.



Dilara hat zwar die Matura gemacht, hat jedoch, noch bevor sie einen Beruf erlernen konnte, Kinder bekommen und hat sich die ersten Jahre nach der Geburt um ihre Kinder gekümmert. Als das älteste zehn Jahre alt war, ließ sie sich von ihrem Ehemann scheiden. Mit ihren 40 Jahren ist es schwierig, noch eine Ausbildung zu beginnen, einen gut bezahlten Arbeitsplatz zu finden und sich um die Kinderbetreuung zu kümmern.

M1 // ARBEITSAUFTRAG // *Wir sind Frauen, wir sind viele!*

1. Such dir eine der Geschichten aus und beschreibe in Stichwörtern, wie ein typischer Tagesablauf der ausgewählten Frau aussehen könnte.

Analysiere dabei, was die Besonderheiten im Leben der Frau sind, und benenne Herausforderungen im alltäglichen Leben, mit denen die jeweilige Frau möglicherweise zu kämpfen hat.

Tausche dich anschließend mit MitschülerInnen aus, die die gleiche Geschichte gewählt haben, und vergleiche die erfundenen Tagesabläufe ebenso wie die Ergebnisse zu den Besonderheiten und Herausforderungen.

2. Findet euch zu viert oder zu fünft in Gruppen zusammen und diskutiert die folgenden Fragen/Aufgaben:

- a) Benennt Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Frauen.
- b) Vergleicht jetzt die von euch gefundenen Unterschiede und Gemeinsamkeiten: Beurteilt, welche ungerecht sind bzw. zu Ungerechtigkeit führen.
- c) Manche Unterschiede lassen sich verändern, andere nicht. Ordnet die von euch aufgelisteten Unterschiede den Kategorien „Veränderbar“ bzw. „Nicht veränderbar“ zu. Erläutert auch, wer mithelfen könnte, Ungerechtigkeiten zu beseitigen.



M2 // ARBEITSAUFTRAG // Ich finde ungerecht, dass ...

1. Kreuze an, wie ungerecht du die jeweiligen Beispiele findest.

	<i>Sehr unge- recht</i>	<i>Un- gerecht</i>	<i>Wenig unge- recht</i>	<i>Gar nicht un- gerecht</i>	<i>Mir ist es egal</i>
<i>... Frauen und Männer für die gleiche Arbeit nicht gleich viel verdienen.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<i>... Yasemin in Syrien ausgebildete Zahnärztin war, ihre Ausbildung in Österreich aber nicht anerkannt wird und sie daher nicht als Zahnärztin arbeiten darf.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<i>... Maria immer schon Elektrotechnikerin werden wollte, ihre Eltern aber gesagt haben, dass das nur Buben können.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<i>... Dilara sich als Alleinerzieherin keine Wohnung für sich und ihre zwei Kinder leisten kann, weil der Vater der Kinder nur wenig Alimente bezahlt.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<i>... Leyla eine schlechte Pension bekommt, weil sie vor ihrer Scheidung nicht gearbeitet, sondern sich um die gemeinsamen Kinder gekümmert hat.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<i>... Olga den ganzen Sommer mit ihren Eltern auf einer Insel im Mittelmeer verbringt, Vanessa jedoch in Österreich bleiben und auf ihre kleine Schwester aufpassen muss und sich ihre Eltern sowieso keinen Urlaub leisten können.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<i>... Yasemins religiöse Cousine beschimpft wird, weil sie ein Kopftuch trägt.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<i>... Vanessa sich in eine andere junge Frau verliebt hat und jetzt Angst hat, es ihrer Familie zu erzählen, und von ihren FreundInnen dafür gehänselt wird.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<i>... Maria ewig gebraucht hat, eine Lehrstelle zu finden, während Olga ein Job von ihrem Vater organisiert wird.</i>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

M2 // ARBEITSAUFTRAG // *Ich finde ungerecht, dass ...*

2. **Sammelt in der ganzen Klasse eure Ideen, was Gerechtigkeit ausmacht, und haltet diese auf einem gemeinsamen Plakat fest. Ergänzt das Plakat im Laufe der Diskussion, wenn euch noch weitere Aspekte einfallen.**
3. **Geht zu viert oder zu fünft in Kleingruppen zusammen und diskutiert die folgenden Fragen:**
 - a) Überlegt, ob ihr manches ungerechter findet als anderes.
 - b) Wählt die zwei bis drei aus eurer Sicht ungerechtesten Fälle aus.
 - c) Benennt die Gründe, warum hier jeweils eine Person benachteiligt wird, und diskutiert eure Auswahl.
 - d) Erörtert, welche Merkmale oder Eigenschaften, auch wenn ihr an die erwähnten Biografien denkt, davor schützen, ungerecht behandelt zu werden.
 - e) Analysiert, was sich (einfach) verändern lässt und was nicht.
 - f) Haltet auf Plakaten fest, welche Gesetze, Maßnahmen, Richtlinien, Förderungen etc. ihr kennt, um Ungleichheit/Ungerechtigkeit zu verringern (in deiner Schule, deinem Sportverein, in der Gesellschaft ...).

M3 // ARBEITSAUFTRAG // *Das geht jetzt aber zu weit!*

A. ist 17 und macht jeden Dienstagabend einen Hip-Hop-Tanzkurs. Auf ihrem Nachhauseweg vom Bus zur Wohnung ihrer Familie muss sie leider immer an einem Park vorbei, in dem die Burschen aus ihrer Nachbarschaft herumhängen. Schon öfter haben sie ihr dumme Sprüche zugerufen oder ihr nachgepfiffen. Letzten Dienstag war es anders. Da waren keine Jungs, sondern nur einer, der direkt auf sie zusteuerte und, begleitet von den Worten „Na, Süße! Ganz allein unterwegs? Du brauchst wohl Begleitung!“, anfang, neben ihr zu gehen. A. versuchte zuerst, ihn zu ignorieren, als das nicht half, sagte sie ihm mit aller Deutlichkeit, dass er weggehen solle. B. reagierte jedoch mit dem genau-gegenteil, rückte noch näher, hielt sie am Arm fest und versuchte, seinen Körper gegen ihren zu drücken und sie dabei zu küssen. Obwohl A. zuerst sehr geschockt über sein Verhalten war, reagierte sie schnell und begann, laut um Hilfe zu rufen.

1. **Lest euch die kurze Geschichte einzeln durch. Kommt danach in vier gleich große Gruppen zusammen. Diskutiert anschließend in eurer Kleingruppen folgende Fragen und notiert die Ergebnisse.**
 - a) Wie geht es weiter, nachdem A. laut geschrien hat? Überlegt gemeinsam unterschiedliche Szenarien, was passieren könnte.
 - b) Ihr habt die Situation beobachtet. Was hättet ihr getan, um der jungen Frau zu helfen? Sammelt unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten von BeobachterInnen der Situation.
 - c) Diskutiert Maßnahmen, wie man solche Situationen verhindern könnte. Arbeitet heraus, wessen Verhalten durch die von euch vorgeschlagenen Maßnahmen beeinflusst werden soll.
 - d) Benennt andere Situationen, in denen Frauen sexualisierte Gewalt erleben müssen. Überlegt, ob die hier geschilderte Situation besonders typisch für die Art und Weise ist, wie Frauen sexualisierte Gewalt erleben.

M3 // ARBEITSAUFTRAG // *Das geht jetzt aber zu weit!*

2. Kommt zurück in die Großgruppe und präsentiert den anderen Gruppen eure Ergebnisse.

- Vergleicht dabei, ob alle zu den gleichen Ergebnissen gekommen sind oder ob von den Gruppen unterschiedliche Maßnahmen gesetzt werden würden.
- Reflektiere, ob es einen Unterschied macht, wenn die Betroffene einen migrantisch klingenden Namen hat oder nicht. Benenne, was sich dadurch ändern würde, oder argumentiere, warum du glaubst, dass aufgrund dieses Details nichts anders wäre.
- Reflektiere, ob sich deine Wahrnehmung ändert, wenn es sich um einen Täter mit Migrationshintergrund handelt, und vergleiche, ob du die Situation unterschiedlich bewerten würdest, wenn es sich um einen Täter aus der Mehrheitsgesellschaft handelt. Analysiere, was an der unterschiedlichen Behandlung problematisch ist.

3. Lest die kurzen Abschnitte aus verschiedenen Zeitungen in der Klasse laut vor. Diskutiert gemeinsam in der Klasse über Fakten zu Tätern und Opfern sexualisierter Gewalt. Orientiert euch dabei an die auf der nächsten Seite stehenden Leitfragen und interpretiert diese anschließend ausgehend von den weiter unten formulierten Aufgaben.

Wusstet ihr, dass ...

... Gewalt gegen Frauen weiter verbreitet ist als viele denken.

„In Österreich hat jede fünfte Frau (das heißt 20 Prozent der Frauen) seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren.“ (Stadt Wien)

... sich in den meisten Fällen Opfer und Täter kennen.

„Bei den gewaltsamen Sexualdelikten im Jahr 2016 bestand in rund 48 Prozent der Fälle ein Bekanntschaftsverhältnis zwischen Opfer und Täter. Weitere 25 Prozent der Fälle ereigneten sich innerhalb der Familie.“ (Kurier)

... nur die wenigsten Vergewaltigungen angezeigt werden.

„Zwar werden Übergriffe durch unbekannte Täter eher angezeigt als Vergewaltigungen durch bekannte Täter, aber die Dunkelziffer bei Vergewaltigung wird generell auf ein Vielfaches der Anzeigen geschätzt.“ (Die Presse)

... dass sexuelle Gewalt alle Frauen trifft.

„Sexuelle Gewalt passiert jeden Tag, und es kann jede Frau treffen.“ (Süddeutsche Zeitung)

... dass es Täter in allen sozialen Schichten gibt.

„Vergewaltiger gibt es in allen sozialen Schichten und allen Bevölkerungsgruppen.“ (Süddeutsche Zeitung)

M3 // ARBEITSAUFTRAG // *Das geht jetzt aber zu weit!*

Leitfragen:

- a) Tauscht euch darüber aus, welche der genannten Fakten für euch neu waren und welche euch bereits bekannt waren.
- b) Sammelt gemeinsam weitere Aspekte zum Thema sexualisierte Gewalt, über die ihr gern mehr wissen würdet, und überlegt gemeinsam, wie ihr an vertrauenswürdige Informationen kommen könnt.
- c) Analysiert, warum in den Medien (und auch in der Gesellschaft) meist das Bild des unbekanntem Fremden in den dunklen Gassen oder des migrantischen Manns als Schreckensbild gezeichnet wird, obwohl ein Großteil der Opfer die Täter kennt.
- d) Erörtert, wer von dieser Darstellung profitiert und welche Konsequenzen sich aus dieser Wahrnehmung ergeben.

4. Such dir eine der beiden Einzelaufgaben aus und verfasse entweder einen kurzen Text für eine kleine Zeitung oder für eine Social-Media-Plattform.

- a) Du machst gerade ein Praktikum bei einer kleinen Zeitung aus deiner Region, die gern hätte, dass du über die Vorkommnisse einen kurzen Bericht verfasst. Wie würdest du darüber berichten? Verfasse einen Text mit ungefähr zehn Sätzen, einer Überschrift und einem Untertitel.

oder

- b) Du bist sehr aktiv auf Social-Media-Kanälen und hast dementsprechend auch viele FollowerInnen. Verfasse eine kurze Nachricht für deine FreundInnen, Bekannten und Verwandten auf Twitter oder Facebook, in der du beschreibst, was du erlebt hast.

Findet euch mit einer Mitschülerin oder einem Mitschüler zusammen. Stell deinen Bericht deiner PartnerIn vor. Ermittelt gemeinsam, wo ihr den ursprünglichen Bericht um Informationen oder Bewertungen ergänzt habt. Achtet auch darauf, was ihr weggelassen habt. Überlegt, welche Konsequenzen eure Darstellungen haben könnten bzw. wie deine Formulierungen von LeserInnen/FollowerInnen interpretiert werden könnten.



ÖSTERREICHISCHE FAMILIENBEIHILFE FÜR IN ANDEREN EU-LÄNDERN LEBENDE KINDER: „ENDLICH FAIRNESS“ ODER „PURER POPULISMUS“?

Stefan Schmid-Heher

Hintergrundwissen für LehrerInnen

Die Familienbeihilfe (in diesem Zusammenhang ist auch immer der Kinderabsetzbetrag mitgemeint) steht aufgrund EU-weiter Regelungen in Österreich arbeitenden EU-BürgerInnen (bzw. StaatsbürgerInnen von Island, Norwegen, Lichtenstein und der Schweiz) auch für ihre im Herkunftsland lebenden Kinder zu. Im Jänner 2018 übermittelte die ÖVP-FPÖ-Bundesregierung einen Gesetzesentwurf zur sogenannten Indexierung der Familienbeihilfe an den Nationalrat. Demnach soll die Familienbeihilfe an das Preisniveau des Landes, in dem die Kinder leben, angepasst werden. Die Anpassung soll laut Regierung zu einer Einsparung in der Höhe von 114 Millionen Euro pro Jahr führen und ist mit 1. Jänner 2019 in Kraft getreten.

Diese Maßnahme wurde bereits im Wahlkampf 2017 angekündigt und zuvor schon in der SPÖ-ÖVP-Bundesregierung diskutiert. Auch in anderen EU-Ländern, in denen ArbeitnehmerInnen Familienbeihilfe für ihre im Herkunftsland lebenden Kinder beziehen, wird die Debatte um die Anpassung vergleichbarer Sozialleistungen geführt. Ein Ausgangspunkt für diese Auseinandersetzung auf europäischer Ebene waren Verhandlungen im Vorfeld der Brexit-Abstimmung: 2016 wurde im Europäischen Rat ein Entwurf erarbeitet, der solche Anpassungen bei Familien- und Sozialleistungen für WanderarbeiterInnen ermöglichen sollte. EU-Recht wurde in der Folge nicht geändert, und der damals paktierte Vorschlag hatte sich nach dem Brexit-Votum erledigt. Das gilt allerdings nicht für die politische Debatte, denn diese wird in einer rechtlichen und einer politischen Dimension weitergeführt.

Auf der rechtlichen Ebene herrscht unter verschiedensten ExpertInnen weitestgehend Einigkeit darüber, dass eine Indexierung nach Herkunftsland grundlegendem EU-Recht widerspricht. Die Bundesregierung beruft sich auf ein Gutachten von Wolfgang Mazal, Vorstand des Instituts für Arbeits- und Sozialrecht an der Universität Wien, das zahlreichen anderen rechtswissenschaftlichen Einschätzungen entgegensteht. Sicherheit kann diesbezüglich nur der Ausgang eines Vertragsverletzungsverfahrens bringen, und ein solches wurde von der EU-Kommission bereits im Jänner 2019 eingeleitet.

Im Zentrum der politischen Debatte steht die Frage, ob die Kürzung der Familienbeihilfe für die Gruppe der WanderarbeiterInnen aus ärmeren EU-Staaten mehr Gerechtigkeit bringt oder selbst ungerecht ist. Das vorliegende Unterrichtsbeispiel soll hier ein reflektiertes politisches Urteil fördern. Klar ist, dass jede Beantwortung dieser Frage wesentlich mit dem Welt- und Menschenbild und damit verbundenen Wertvorstellungen des Schülers/der Schülerin (und ebenso des Lehrers/der Lehrerin) zusammenhängt. Der Auseinandersetzung mit dem politischen Konflikt kann hier im Zusammenhang mit der Urteilsfindung ihr Potenzial entfalten, wenn der Konflikt „als unvermeidlich, als berechtigt, sogar als sinnvoll anerkannt“¹ wird. Zur Auseinandersetzung mit konkreten politischen Konflikten gehört stets die Einbeziehung von mittel- und längerfristigen Problemlagen sowie von Grundfragen des menschlichen Zusammenlebens.

Während in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik der Sozialstaat vielfältig ausgebaut wurde, stand ab den 1980er- bzw. spätestens 1990er-Jahren eine defensivere Haltung im Vordergrund. Die bloße Erhaltung bzw. Einschränkung des Sozialstaats rückte ins Zentrum des politischen Diskurses. Im Zusammenhang mit der Verteilung der scheinbar knapper werdenden Ressourcen gewann das Bild der Bedrohung des Sozialstaats durch Zuwanderung zunehmend an Bedeutung. Im Hinblick auf den aktuellen Konflikt um die Familienbeihilfe werden an dieser Stelle nur einige Eckpunkte hervorgehoben.

Bis 1996 bezahlte Österreich aufgrund von Sozialabkommen eine verminderte Familienbeihilfe (sie wurde bereits Ende der 1970er-Jahre auf rund die Hälfte der österreichischen Familienbeihilfe gekürzt) für ArbeitnehmerInnen aus der Türkei, aus der ehemaligen Republik Jugoslawien (bzw. aus den Nachfolgestaaten) und aus Tunesien. Diese Abkommen wurden im Zuge von Sparpaketen der SPÖ-ÖVP-Regierung aufgelöst. Die FPÖ vertritt seit Jahrzehnten ungeachtet aller Veränderungen und Spaltungen (BZÖ) in der Partei die Position, dass der Sozialstaat durch AusländerInnen grundsätzlich gefährdet sei und die Zahlung von Sozialleistungen an AusländerIn-

¹ Sibylle Reinhardt: Politik-Didaktik. Praxishandbuch für die Sekundarstufe I und II, 6. Aufl., Berlin 2016.

nen ÖsterreicherInnen benachteilige. Bereits 2006, also zwei Jahre nach der EU-Osterweiterung, forderte Norbert Hofer, damals als FPÖ-Nationalratsabgeordneter, die Änderung der EU-Verordnung, die allen EU-BürgerInnen gleichen Zugang zu Sozialleistungen garantiert.² In der ÖVP preschte 2010 der damalige Staatssekretär Reinhold Lopatka mit einer Forderung vor, die im Wesentlichen dem aktuellen Gesetzesentwurf entsprach.³ FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache forderte damals die gänzliche Abschaffung der Familienbeihilfe für nicht in Österreich lebende Kinder und bezeichnete Lopatkas Vorschlag als „klassische halbgare ÖVP-Lösung“.⁴ In der ÖVP trieb ab 2015 auch Sebastian Kurz als Außenminister die Forderung nach einer Indexierung der Familienbeihilfe voran. Während in der SPÖ diese Vorschläge der ÖVP zunächst als „nicht fair“ abgelehnt wurden, stimmte der SPÖ-Vorsitzen-

de und damalige Bundeskanzler Christian Kern bereits 2016 inhaltlich dem Anliegen der Familienbeihilfenanpassung zu.⁵

Schulische politische Bildung kann nicht die Bildung eines bestimmten Urteils zum Ziel haben, denn das käme einer in einer Demokratie inakzeptablen Überwältigung gleich. Nicht zu akzeptieren sind lediglich Urteile, die außerhalb des demokratischen Spektrums einzuordnen sind. Auf den aktuellen Regierungsentwurf zur Familienbeihilfe trifft das sicherlich nicht zu. Sehr wohl verlangt politische Bildung nach der Sichtbarmachung von Alternativen zu Positionen des politischen Mainstreams, der sich – wie oben beschrieben – seit Jahrzehnten in Richtung der Wahrnehmung einer Bedrohung des Sozialstaats durch Zuwanderung verschoben hat.

Methodisch-didaktische Überlegungen

Konfrontation mit dem Konflikt

In einem ersten Schritt werden die SchülerInnen mit dem Konflikt um die Anpassung der Familienbeihilfe konfrontiert. Zu diesem Zweck erhalten sie das Arbeitsblatt M1, auf dem grundlegendes Arbeitswissen zum Konflikt um die Anpassung der Familienbeihilfe sowie ein Zeitungsartikel aus Österreich zu finden sind. Abhängig von der politischen Debatte ist es unter Umständen sinnvoll, auf aktuelleres Material zurückzugreifen. Nach dieser Konfrontation mit dem Konflikt erhalten die SchülerInnen eine erste Gelegenheit zur Positionierung. Dazu empfiehlt es sich, alle SchülerInnen zu einer kurzen Stellungnahme (ein bis zwei Sätze) zu ermutigen, wobei die unterschiedlichen Ansichten zu diesem Zeitpunkt noch nebeneinander stehen bleiben sollen, weil eine Diskussion noch nicht zielführend erscheint. Eine Abstimmung (pro oder contra Regierungsvorschlag, auch Enthaltung möglich) klärt die Stimmungslage zu diesem Zeitpunkt. Das Ergebnis wird von der Lehrperson dokumentiert, damit später darauf zurückgegriffen werden kann.

Analyse des Konflikts mithilfe von Leitfragen und Materialien

In einer zweiten Phase erfolgt die Analyse des Konflikts mithilfe von Leitfragen und Materialien. Die Klasse wird in fünf Gruppen geteilt und jede Gruppe beschäftigt sich mit einem Aspekt des Konflikts mithilfe der Materialien M2. Wesentlich ist, dass die Ergebnisse der Gruppenarbeit auf einem Flipchart dokumentiert werden. Somit kann die Erarbeitung auch in einer Folgestunde fortgesetzt werden, und die visualisierten Ergebnisse bleiben für den weiteren Verlauf der Unterrichtsreihe erhalten. In den Gruppen muss keineswegs eine Einigung erzielt werden. Der Sichtbarmachung unterschiedlicher Einschätzungen kommt eine wichtige Rolle zu.

Präsentation der Ergebnisse mithilfe von Flipcharts

Jede Gruppe präsentiert ihre Ergebnisse in der vorgegebe-

nen Reihenfolge. Dabei wird jeweils auf die Positionen in der Gruppe eingegangen, wobei der Fokus auf Begründungen bzw. Argumenten liegt.

Kontroverse Auseinandersetzung im Plenum

Nach der Präsentation der Analysen der einzelnen Gruppen muss zunächst Raum für eine Debatte geschaffen werden, in der Positionen und Argumente ausgetauscht, hinterfragt und kritisiert werden. Zum Einstieg empfiehlt es sich, die SchülerInnen einen LeserInnenbrief oder auch ein fiktives Posting z. B. auf Facebook zum Ausgangsmaterial (Artikel aus Österreich oder aktuelleres Material) verfassen zu lassen. In der darauf folgenden Debatte in der Klasse kommt der Lehrperson die Aufgabe zu, für Kontroversität zu sorgen, indem je nach Bedarf eine moderierende Rolle eingenommen wird oder gezielt Gegenstandspunkte zu vorherrschenden Positionen eingebracht werden. Nach der Debatte wird in der Klasse nochmals nach dem gleichen Muster wie zu Beginn abgestimmt. Eventuelle Veränderungen im Abstimmungsergebnis werden aufgezeigt, und es wird gemeinsam nach den Gründen dafür gefragt und damit der Lernprozess bzw. die Urteilsbildung reflektiert. Diese Reflexion des Lernprozesses ist unabhängig von eventuellen Änderungen im Abstimmungsergebnis wichtig, weil die Methode der Konfliktanalyse auch unabhängig vom konkreten Thema einen Beitrag zur Förderung politischer Kompetenzen leistet.

Generalisierung

Der konkrete Konflikt um die Anpassung der Familienbeihilfe streift nicht nur viele politische Inhalte wie zum Beispiel Sozialpolitik, Zuwanderung oder das Verhältnis der EU zu den Mitgliedsstaaten, sondern repräsentiert auch politische Konfliktlinien in der Gesellschaft. Daher wird abschließend die Frage aufgeworfen, wofür der Konflikt steht. Dabei reflektieren die SchülerInnen, welche politischen Interessen sie grundsätzlich aus welchen Gründen unterstützen und welche Auswirkungen das auf ihre politischen Urteile hat. ☺

² Vgl. FPÖ: Diskussion um Haubner-Erlass lenkt von eigentlicher Problematik ab, 12.12.2006, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20061212_OTS0202/fpo-diskussion-um-haubner-erlass-lenkt-von-eigentlicher-problematik-ab (10.12.2018). / ³ Vgl. Karl Ertinger: ÖVP will Familienbeihilfe für Ausländer kürzen, in: Die Presse, 4.5.2010, <https://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/562774/OeVP-will-Familienbeihilfe-fuer-Auslaender-kuerzen> (10.12.2018). / ⁴ FPÖ: Strache: Familienbeihilfe für Ausländer, deren Kinder nicht in Österreich leben, streichen, 6.5.2010, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100506_OTS0134/fpo-strache-familienbeihilfe-fuer-auslaender-deren-kinder-nicht-in-oesterreich-leben-streichen (10.12.2018). / ⁵ Karin Leitner, Margaretha Kopeinig: SPÖ-Schwenk bei Kinderbeihilfe im Ausland, in: Kurier, 21.11.2016, <https://kurier.at/politik/inland/spoe-schwenk-bei-kinderbeihilfe-im-ausland-eu-fuer-faire-flexibilisierung/231.893.036> (10.12.2018).

M1 // ARBEITSWISSEN // Die Familienbeihilfe

Die Familienbeihilfe: Was sich mit 2019 geändert hat

Familienbeihilfe: Wir preschen vor⁶ (Österreich, 28.4.2018)

Regierung will nicht auf die EU warten und beschließt jetzt eigenes Familienbeihilfe-Gesetz.

273 Mio. Euro hat die Regierung 2016 an insgesamt 132.000 Kinder bezahlt, die im Ausland leben und deren Eltern in Österreich arbeiten. Da sei viel Geld einzusparen, trommelt ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz seit Langem: konkret über 100 Mio. Euro pro Jahr. EU-rechtlich gestaltet sich eine solche Indexierung der Familienbeihilfe – sprich Anpassung an das Lohnniveau in jenem Land, wo das Kind seinen Lebensmittelpunkt hat – allerdings schwierig.

Neugeborenes in Ungarn bekäme 80 Euro weniger

Das Kanzleramt ist sich aber sicher, nun einen Weg gefunden zu haben, wie man ein solches Gesetz auf nationaler Ebene umsetzen kann. Weil die EU der türkis-blauen Regierung in dieser Sache zu langsam agiert, preschen Kurz und FPÖ-Vizekanzler Strache jetzt vor.

Am Mittwoch ist das neue Gesetz im Ministerrat und ab 1. Jänner 2019 soll die Indexierung der Familienbeihilfe dann gelten. Für einen Großteil der 132.000 Kinder bedeutet das weniger Geld. So bekäme etwa ein Neugeborenes in Ungarn 93,61 Euro statt wie bisher 172,4 Euro pro Monat.

Grundsätzlich bekommt jeder Mensch, der in Österreich lebt und mit seinem Kind/seinen Kindern zusammenwohnt, die Familienbeihilfe und den Kinderabsetzbetrag (in der Folge wird beides gemeinsam als Familienbeihilfe zusammengefasst). Für AsylwerberInnen gibt es keine Familienbeihilfe, für anerkannte Flüchtlinge schon. Die Familienbeihilfe wird bis zum 18. Geburtstag ausbezahlt. Wenn ein Kind in Ausbildung ist und einen bestimmten Zuverdienst nicht überschreitet, gilt normalerweise der 24. Geburtstag als Grenze. Meistens erhält ein Elternteil die Familienbeihilfe, aber sie kann auch direkt an die Kinder ausbezahlt werden.

Die Familienbeihilfe beträgt je nach Alter des Kindes (inklusive des Familienabsetzbetrags) zwischen 172,40 und 223,50 Euro pro Monat (2018). Wenn jemand mehr als ein Kind hat, gibt es einen Zusatzbetrag (z. B. insgesamt 14,20 für zwei oder 106 Euro für vier Kinder). Die Familienbeihilfe wird über ArbeitgeberInnenbeiträge zur Lohnsumme finanziert. Das geschieht automatisch bei der Lohnverrechnung. Somit finanzieren Menschen ohne Kinder die Familienbeihilfe mit.

Bis 2018 erhielten auch BürgerInnen aus anderen EU-Ländern (bzw. aus Island, Norwegen, Lichtenstein und der Schweiz), die in Österreich arbeiten, Familienbeihilfe für ihre Kinder. Dabei spielte bis 2018 keine Rolle, ob die Kinder in Österreich oder z. B. in Ungarn leben. Das ist in der ganzen EU so geregelt.

Der österreichische Nationalrat hat 2018 die Indexierung der Familienbeihilfe beschlossen. Das bedeutet, dass die Familienbeihilfe an den Index der Lebenshaltungskosten in dem Land, in dem die Kinder leben, angepasst wird. Somit bekommen seit 1. Jänner 2019 z. B. in Ungarn lebende Kinder von in Österreich arbeitenden Menschen 45 Prozent weniger Familienbeihilfe. In Dänemark lebende Kinder bekommen hingegen um 30 Prozent mehr.

Insgesamt rechnet die Bundesregierung durch die Anpassung der Familienbeihilfe an die Lebenskosten der Länder, in denen die Kinder leben, mit Einsparungen in der Höhe von 114 Millionen Euro pro Jahr. Für die Familienbeihilfe (inklusive des Kinderabsetzbetrags) für circa zwei Millionen Kinder wurden im Jahr 2016 4,8 Milliarden Euro ausgegeben.⁷

⁶ Familienbeihilfe: Wir preschen vor, in: Österreich, 28.4.2018, <http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Familienbeihilfe-Oesterreich-prescht-vor/331663483> (10.12.2018).

⁷ Vgl. Rechnungshof Österreich: Bericht des Rechnungshofes. Familienbeihilfe – Ziele und Zielerreichung, Kosten und Kontrollsysteme (Reihe Bund 2018/36), Wien 2018, <https://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2018/berichte/berichte/Familienbeihilfe.pdf> (10.12.2018).

M2.1 // ARBEITSAUFTRAG // *Worum wird gestritten?*

1. Fasst für eure KlassenkollegInnen zusammen, was die Bundesregierung genau möchte und welche Gegenpositionen es dazu gibt.
2. Nennt und beurteilt zumindest ein Argument für und ein Argument gegen die Anpassung der Familienbeihilfe.

Kurzinformation zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung – Ministerialentwurf betreffend Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und das Einkommensteuergesetz 1988 geändert werden⁸

Ziel: Vermeidung von Verzerrungen beim Leistungsexport der Familienbeihilfe und des Kinderabsetzbetrages

[...] Die Ausgaben für Familienbeihilfe (einschließlich Kinderabsetzbetrags) für Kinder, die sich ständig in einem EU/EWR-Staat oder in der Schweiz aufhalten, steigen jährlich an. Nach der im europäischen Primärrecht [= Verträge zwischen den EU-Ländern] garantierten Freizügigkeit hat eine Person auch für Familienangehörige, die in einem anderen Mitgliedstaat wohnen, Anspruch auf Familienleistungen nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Mitgliedstaats, „als ob“ die Familienangehörigen in diesem Mitgliedstaat wohnen würden.

Die Familienbeihilfe soll die Person, in deren Haushalt das Kind lebt, in die Lage versetzen, einen Teil jener Sachgüter und Dienstleistungen,

die für die Erfüllung ihrer Unterhaltspflicht maßgeblich sind, nicht aus ihren eigenen Mitteln, sondern mit Unterstützung und aus Mitteln der Allgemeinheit zu erwerben. [...]

Beim Export in Länder mit niedriger Kaufkraft kommt es zu über die Entlastung hinausgehenden Förderungseffekten; in Ländern mit höherer Kaufkraft ist das Ausmaß der Entlastung zu gering. Wird die Familienbeihilfe nicht entsprechend der Kaufkraft indexiert [= nach einem Index den Lebenshaltungskosten angepasst], erfolgt die Unterhaltsentlastung nicht in einer Weise, „als ob“ das Kind seinen Wohnort in Österreich hat. Erfolgt der Export der Leistung jedoch nach der Kaufkraft indexiert, wird eine gleichmäßige Beteiligung an den Kosten der Bedarfsdeckung erreicht – so „als ob“ das Kind in Österreich wohnen würde. [...]

Gegenpositionen

Die Oppositionsparteien, PolitikerInnen aus osteuropäischen Ländern, die EU-Kommission und andere Organisationen sind gegen diesen Gesetzesentwurf. Dabei führen sie teilweise unterschiedliche Argumente an. Ein Überblick zu den Gegenpositionen:

- a) Einerseits gibt es rechtliche Bedenken, die alle KritikerInnen teilen: Die Anpassung der Familienbeihilfe ist nicht mit EU-Recht vereinbar.
- b) Darüber hinaus teilen einige KritikerInnen weitere Gegenargumente: Die Kürzung der Familienbeihilfe bei jenen ArbeitnehmerInnen, die bei ÖsterreicherInnen eher unbeliebte Jobs machen und ohnehin häufig wenig verdienen, sei unfair. Ebenso unfair sei die Erhöhung der Familienbeihilfe für z. B. meistens sehr gut gestellte ArbeitnehmerInnen aus der Schweiz. Die Anpassung der Familienbeihilfe gefährde daher den Zusammenhalt und das Miteinander der EU-Länder. Das Einsparungspotenzial sei außerdem sehr gering.

⁸ Republik Österreich, Parlament: Familienlastenausgleichsgesetz 1967, Einkommensteuergesetz 1988, Änderung, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/ME/ME_00001/index.shtml (10.12.2018).

M2.2 // ARBEITSAUFTRAG // *Wer streitet mit wem?*

1. Ordnet die einzelnen Statements zu: für oder gegen die Indexierung der Familienbeihilfe?
2. Fasst für eure KlassenkollegInnen zusammen, wer für und wer gegen die Anpassung der Familienbeihilfe ist und welche Gründe auf beiden Seiten angeführt werden.
3. Beurteilt, welche Gründe eurer Ansicht nach am wichtigsten sind.

„Es kann nicht sein, dass hier österreichische Familien benachteiligt werden, indem sie um dasselbe Geld weniger zum Leben haben als Familien in anderen EU-Mitgliedsstaaten.“⁹ // **Harald Vilimsky, FPÖ-Generalsekretär und EU-Abgeordneter**

pro contra

„Durch die geplante Indexierung der Familienbeihilfe sorgen wir für mehr Gerechtigkeit in der EU und dafür, dass jedes Kind gleich viel wert ist.“¹⁰ // **Juliane Bogner-Strauß, Familienministerin (ÖVP)**

pro contra

„Ich verschreibe mich dem Grundsatz, die gleichen Sozialleistungen für die gleichen Kinder am gleichen Ort.“¹¹
// **Sven Schulze, EU-Abgeordneter der CDU (Schwesterpartei der ÖVP aus Deutschland)**

pro contra

„Wenn jemand in Österreich arbeitet und ins Sozialsystem einzahlt, aber die Leistungen daraus nicht erhält, ist das meiner Meinung nach unfair. Das ist nichts, dass die Beziehungen zwischen beiden Ländern verbessern würde.“¹²

// **Andrej Kiska, Präsident der Slowakei**

pro contra

„Österreich will die EU-Verträge in kleinen Teilregelungen auf hinterlistige Art und Weise Schritt für Schritt verändern. Ungarn akzeptiert das nicht.“¹³ // **Viktor Orbán, Ministerpräsident von Ungarn**

pro contra

„Die Mitgliedstaaten können ihre nationalen Sozialsysteme frei gestalten, aber wenn es um grenzüberschreitende Aspekte geht, gibt es Regeln, die eine Gleichbehandlung sicherstellen und Diskriminierung verhindern.“¹⁴ // **Stellungnahme der EU-Kommission**

pro contra

„Ich will das Fairness-Prinzip nicht für ein paar Peanuts opfern.“¹⁵ // **Marianne Thyssen, EU-Sozialkommissarin**

pro contra

„Die Indexierung zerstört den europäischen Dialog, ist ein großes Risiko für alle Pflegebedürftigen, schadet österreichischen Unternehmen in Osteuropa und verstößt gegen geltende Gesetze.“¹⁶ // **Michael Bernhard, Familiensprecher der NEOS**

pro contra

„Eine Indexierung der Familienbeihilfe wäre eine ‚Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit‘ und würde wahrscheinlich ein teures Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich nach sich ziehen.“¹⁷ // **Birgit Sandler, Familiensprecherin der SPÖ**

pro contra

„Das Vorhaben verstößt gegen das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber tragen in gleicher Höhe zu den Steuern, den Abgaben und zur Sozialversicherung bei.“¹⁸ // **Stellungnahme der Arbeiterkammer**

pro contra

„Die Indexierung führt vor allem zu einer erheblichen Entlastung des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Dadurch entsteht auch Spielraum für eine weitere dringend notwendige Senkung des Dienstgeberbeitrags.“¹⁹ // **Stellungnahme der Wirtschaftskammer**

pro contra

⁹ Vilimsky: Anpassung der Familienbeihilfe ist rechtskonform, 12.1.2018, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180112_OTS0137/vilimsky-anpassung-der-familienbeihilfe-ist-rechtskonform (10.12.2018). / ¹⁰ Österreich und Bayern ziehen bei Familienpolitik an einem Strang, 20.6.2018, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180620_OTS0159/oesterreich-und-bayern-ziehen-bei-familienpolitik-an-einem-strang (10.12.2018). / ¹¹ Familienbeihilfe: Fraktionen im EU-Parlament gespalten, in: Oberösterreichische Nachrichten, 22.5.2018, <https://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/familienbeihilfe-fraktionen-im-eu-parlament-gespalten;art385,2903418> (10.12.2018). / ¹² „Die Familienbeihilfe-Anpassung ist unfair“, in: Kronen Zeitung, 19.2.2018, <https://www.krone.at/1645066> (10.12.2018). / ¹³ Familienbeihilfe: Orban kritisiert Österreichs Pläne, in: Kurier, 24.2.2017, <https://kurier.at/politik/ausland/familienbeihilfe-ungarns-regierungschef-viktor-orban-kuendigt-widerstand-gegen-oesterreichs-plaene-an/248.357.749> (10.12.2018). / ¹⁴ Anpassung der Familienbeihilfe: Brüssel widerspricht Österreich, in: Kurier, 12.8.2018, <https://kurier.at/politik/inland/anpassung-der-familienbeihilfe-bruessel-widerspricht-oesterreich/400088072> (10.12.2018). / ¹⁵ Kern gegen Arbeitslosengeld aus Heimat, in: ORF.at, 15.12.2016, <https://orf.at/stories/2371194/2371197> (10.12.2018). / ¹⁶ Michael Bernhard: Warum die Indexierung der Familienbeihilfe Österreich mehr schadet als nützt, 17.5.2018, <http://michaelpock.at/warum-die-indexierung-der-familienbeihilfe-oesterreich-mehr-schadet-als-nuetzt> (10.12.2018). / ¹⁷ Familienbeihilfe – Sandler/Holzleitner: Indexierung europarechtswidrig und gefährdet 24-Stunden-Pflege, 18.5.2018, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180518_OTS0174/familienbeihilfe-sandlerholzleitner-indexierung-europarechtswidrig-und-gefaehrdet-24-stunden-pflege (10.12.2018). / ¹⁸ AK Österreich: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und das Einkommensteuergesetz 1988 geändert werden, 6.2.2018, <https://docplayer.org/82373831-Entwurf-eines-bundesgesetzes-mit-dem-das-familienlastenausgleichsgesetz-1967-und-das-einkommensteuergesetz-1988-geaendert-werden.html> (10.12.2018). / ¹⁹ WKÖ: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und das Einkommensteuergesetz 1988 geändert werden, 15.2.2018, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/SNME/SNME_00112/imfname_681324.pdf (10.12.2018).

M2.3 // ARBEITSAUFTRAG // *Rechtliche Rahmenbedingungen*

1. Fasst die geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen für eure KlassenkollegInnen zusammen.
2. Analysiert, ob das aktuelle EU-Recht eher die Position der reicheren oder die Position der ärmeren EU-Länder unterstützt.

Welche rechtlichen Rahmenbedingungen gibt es in der EU zur Regelung von Sozialleistungen wie der Familienbeihilfe?

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Nichtdiskriminierung und Unionsbürgerschaft, Artikel 18

[J]ede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit [ist] verboten. Das Europäische Parlament und der Rat können gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren Regelungen für das Verbot solcher Diskriminierungen treffen.

Verordnung Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit

[...] Die Vorschriften zur Koordinierung der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit sind Teil des freien Personenverkehrs und sollten zur Verbesserung des Lebensstandards und der Arbeitsbedingungen beitragen. [...]

Artikel 4 Gleichbehandlung:

[...] Personen, für die diese Verordnung gilt, [haben] die gleichen Rechte und Pflichten aufgrund der Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats wie die Staatsangehörigen dieses Staates.

Artikel 5 Gleichstellung von Leistungen, Einkünften, Sachverhalten oder Ereignissen [...]

Hat nach den Rechtsvorschriften des zuständigen Mitgliedstaats der Eintritt bestimmter Sachverhalte oder Ereignisse Rechtswirkungen, so berücksichtigt dieser Mitgliedstaat die in einem anderen Mitgliedstaat eingetretenen entsprechenden Sachverhalte oder Ereignisse, als ob sie im eigenen Hoheitsgebiet eingetreten wären.

Grundsätzlich gibt es in der EU zwei Positionen zur Anpassung der Familienbeihilfe an die Lebenshaltungskosten in dem Land, in dem die Kinder wohnen:²⁰

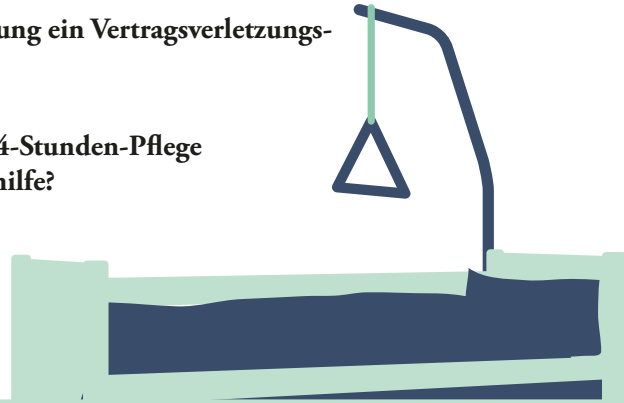
Länder, in denen viele ArbeitnehmerInnen aus anderen EU-Ländern arbeiten, sind zumindest teilweise dafür. Das sind vor allem reichere EU-Länder wie Österreich und Deutschland. Sie verweisen darauf, dass Familienbeihilfe einen Teil der Zusatzkosten für Kinder abdecken soll. Die Kosten für Miete, Lebensmittel, Kinderbetreuung usw. sind in ärmeren Ländern niedriger als in reicheren.

Länder, aus denen viele ArbeitnehmerInnen in anderen EU-Ländern arbeiten, sind dagegen. Das sind vor allem ärmere Länder in Osteuropa. Sie verweisen darauf, dass gleiche Steuern bzw. Beiträge auch gleiche Sozialleistungen zur Folge haben müssen. Die ärmeren Länder sind für die Beibehaltung der aktuellen Regelung.

²⁰ Vgl. Anita Heindlmaier, Michael Blauburger: Wie sozial soll die EU noch sein? Freizügigkeit und Sozialleistungen nach dem Brexit-Deal, in: ÖGfE Policy Brief, Wien 2016, <https://oefge.at/2016/04/wie-sozial-soll-die-eu-noch-sein> (10.12.2018).

M2.4 // ARBEITSAUFTRAG // Welche Auswirkungen können welche Entscheidungen haben?

1. Fasst die beschriebenen Folgen für eure KlassenkollegInnen zusammen.
2. Ist es berechtigt, wenn die österreichische Regierung ein Vertragsverletzungsverfahren und Strafen riskiert?
Begründet eure Standpunkte.
3. Sind eventuelle negative Auswirkungen auf die 24-Stunden-Pflege ein Grund gegen die Anpassung der Familienbeihilfe?
Begründet eure Standpunkte.



Politische Entscheidungen haben weitreichende Folgen. Einerseits werden nicht immer alle Folgen bedacht. Andererseits gibt es unterschiedliche Standpunkte zu möglichen Folgen. KritikerInnen der von der Regierung beschlossenen Anpassung der Familienbeihilfe weisen besonders häufig auf zwei Befürchtungen hin:

1. „Vertragsverletzungsverfahren“ wegen Verstoßes gegen EU-Recht

Wenn ein EU-Land sich nicht an die für alle verbindlichen Regeln in der EU hält, droht ein „Vertragsverletzungsverfahren“. Die EU-Kommission ist für die Einhaltung der EU-Verträge verantwortlich. Im Jänner 2019 hat die EU-Kommission - wie zuvor angekündigt - ein solches Vertragsverletzungsverfahren eröffnet. Solche Verfahren können lange dauern und auch zu einer Strafe führen. Weigert sich ein Land beharrlich, sich an EU-Recht zu halten, drohen „Zwangsgelder“ in der Größenordnung von rund 10.000 bis zu mehreren 100.000 Euro pro Tag. Die überwiegende Mehrheit der RechtsexpertInnen in Österreich und in Europa ist der Meinung, dass die Anpassung der Familienbeihilfe rechtswidrig ist.

2. Die Gefährdung der Altenpflege durch PflegerInnen aus dem EU-Ausland

Als sogenannte 24-Stunden-BetreuerInnen arbeiten zumeist Frauen aus osteuropäischen EU-Ländern. Diese verbringen zwei Wochen rund um die Uhr bei den pflegebedürftigen ÖsterreicherInnen. Nach zwei Wochen wechseln Sie sich mit einer Kollegin ab und verbringen zwei freie Wochen zu Hause. In Österreich arbeiten rund 65.000 solcher BetreuerInnen. Sie müssen als Selbstständige arbeiten, und pro Monat bleiben ihnen rund 950 Euro netto. Davon müssen auch Fahrtkosten und häufig Gebühren an Vermittlungsagenturen bezahlt werden. ÖsterreicherInnen machen diese Arbeit nicht. Ein geschätztes Drittel der BetreuerInnen bezieht für seine Kinder Familienbeihilfe aus Österreich.

Ergebnis einer Umfrage (Juni 2018) unter 1.400 PersonenbetreuerInnen, durchgeführt von einer Vermittlungsagentur für Pflegefachkräfte:²¹

- 30 % der BetreuerInnen möchten im Falle der Kürzung ihre Betreuungstätigkeit in Österreich beenden.
- 26 % der Betreuungskräfte sehen sich gezwungen, ein höheres Honorar von den betreuten Personen zu verlangen.
- 24 % suchen sich die gleiche Tätigkeit in einem anderen EU-Land.

²¹ Vgl. 24-Stunden-Betreuung: PersonenbetreuerInnen reagieren auf die geplante Kürzung der Familienbeihilfe, 12.6.2018, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180612_OTS0177/24-stunden-betreuung-personenbetreuerinnen-reagieren-auf-die-geplante-kuerzung-der-familienbeihilfe (10.12.2018).

M2.5 // ARBEITSAUFTRAG // *Welche Motive (Interessen) stecken hinter den Entscheidungen?*

1. Fasst zusammen, welche Motive auf der einen Seite die Regierungsparteien für sich in Anspruch nehmen und welche Motive auf der anderen Seite von KritikerInnen (hier am Beispiel der AK und einer EU-Abgeordneten der Grünen) behauptet werden.
2. Welche Motive haltet ihr für zutreffender? Findet Argumente für eure Positionen!

Die Bundesregierung nimmt in Anspruch, dass die Anpassung der Familienbeihilfe mehr Gerechtigkeit und Fairness bringt und dem Schutz des Sozialstaats dient. Bundeskanzler Sebastian Kurz meint dazu: „Kinder österreichischer Familien, die im Ausland leben, sollen natürlich weiterhin gefördert werden. Es ist allerdings nur gerecht, wenn finanzielle Leistungsexporte an das Preisniveau des Landes angepasst werden, in dem das Kind lebt.“²² Vizekanzler Heinz-Christian Strache sieht die Senkung der Familienbeihilfe für Kinder in ärmeren Ländern als Schritt zu „Endlich Fairness für uns Österreicher!“, ermöglicht durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ.²³

KritikerInnen des Regierungsvorschlags sehen andere Motive und Interessen hinter der geplanten Senkung der Familienbeihilfe für Kinder, die in ärmeren Staaten leben:

Martina Thomasberger, Referentin für sozialversicherungsrechtliche Grundlagenarbeit der Arbeiterkammer²⁴

„Man hofft, so zu jährlichen Einsparungen von über 100 Millionen Euro zu kommen. Tatsächlich geht es aber vor allem um national-populistische Signale an die Wähler/innen. [...]“

Die Ausnützung der Sozialsysteme reicherer Unionsstaaten durch Zuwanderer aus ärmeren Staaten war bereits seit mehreren Jahren zu einem Lieblingsthema populistisch-nationalistischer Politikrhetorik geworden. Unabhängig von tatsächlichen Umständen [...] wurde das Bild des Sozialstaats beschworen, der unter der Last einer von der Union in verantwortungsloser Weise begünstigten, opportunistischen Wirtschaftsmigration zusammenbricht; und es ist bis heute ein Teil der politischen Debatten.“

Monika Vana, EU-Abgeordnete der Grünen²⁵

„Die EU-Kommission hat als Hüterin des Europarechts schon mehrfach klargestellt, dass die schwarz-blauen Pläne zur Kürzung der Familienbeihilfe nicht mit der aktuellen Gesetzeslage vereinbar sind. Dass ÖVP und FPÖ das ignorieren und ihre Pläne heute trotzdem beschließen wollen, ist purer Populismus. Die schwarz-blaue Regierung spielt ganz bewusst mit Stimmungen in unserer Gesellschaft. Debatten wie diese erzeugen Ausgrenzung und Neid, was eine verantwortungsvolle Regierung niemals zulassen würde. [...]“

Eine Kürzung der Familienbeihilfe wird vor allem Familien mit niedrigem Einkommen treffen. Diese Familien müssen in Zukunft hohe Abgaben in das österreichische System einzahlen, bekommen aber viel weniger zurück als andere. Wer das fair findet, braucht dringend Nachhilfeunterricht in Grundfragen des menschlichen Zusammenlebens.“

²² Die Neue Volkspartei: Indexierung der Familienbeihilfe bringt mehr Gerechtigkeit, <https://www.oevp.at/Indexierung-der-Familienbeihilfe> (10.12.2018).

²³ HC Strache: 111 Tage FPÖ in der Regierung: „Endlich Fairness für uns Österreicher!“, 7.4.2018, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180407_OTS0022/hc-strache-111-tage-fpoe-in-der-regierung-endlich-fairness-fuer-uns-oesterreicher (10.12.2018).

²⁴ Martina Thomasberger: Familienbeihilfe, National-Populismus und die juristische Realität, 16.2.2018, <https://awblog.at/indexierung-familienbeihilfe> (10.12.2018).

²⁵ Vana: „Schwarz-blauer Alleingang bei Familienbeihilfe ist purer Populismus“, 2.5.2018, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180502_OTS0026/vana-schwarz-blauer-alleingang-bei-familienbeihilfe-ist-purer-populismus (10.12.2018).

KONFLIKTE UM DIE FREIZÜGIGKEIT VON ARBEITNEHMERINNEN IN DER EU

Bettina Paireder

Hintergrundwissen für LehrerInnen

Die Entsenderichtlinie regelt die Mobilität von ArbeitnehmerInnen in der EU und ist somit Teil der Bestimmungen rund um die Personenfreizügigkeit, eine der vier Grundfreiheiten der Europäischen Union.

Auf der Website der Europäischen Kommission ist dazu Folgendes zu finden: „Die Freizügigkeit von Arbeitnehmern ist ein in Artikel 45 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verankerter Grundsatz, dessen Umsetzung durch abgeleitetes EU-Recht und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs gewährleistet wird. EU-Bürgern steht es demnach zu,

- in einem anderen EU-Land Arbeit zu suchen,
- dort zu arbeiten, ohne dass eine Arbeitserlaubnis erforderlich wäre,
- zu diesem Zweck dort zu wohnen,
- selbst nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses dortzubleiben,
- hinsichtlich Zugangs zu Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und aller anderen Sozialleistungen und Steuervorteile genauso behandelt zu werden wie die Staatsangehörigen des Aufnahmelandes.“

Europäische Kommission: Freizügigkeit – EU-Bürger, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=457&langId=de> (17.6.2018).

Beachtet man nun die Tatsache, dass bei einer vom Europäischen Parlament durchgeführten Umfrage aus dem Jahr 2017 neben Sicherheit und Erhaltung des Friedens vor allem Wirtschaftswachstum, verbesserte Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern und Beschäftigungsmöglichkeiten als die vier meistgenannten Vorteile der EU für Österreich gelten, so zeigt sich, wie bedeutsam dieses Thema ist und wie behutsam mit Generalisierungen in Bezug auf das Arbeitsrecht umgegangen werden muss.

Europäisches Parlament: Eurobarometer 88.1: Österreich, http://www.europarl.europa.eu/external/html/parlemeter/parlemeter_2017_at_de.pdf (29.6.2018).

Aufgrund der EU-Osterweiterungen haben sich neue Herausforderungen im Hinblick auf die ArbeitnehmerInnenmobilität ergeben. Einerseits geht es um den Erhalt der Grundfreiheit der Personenfreizügigkeit, andererseits geht es um ein Verhindern von Sozial- und Lohndumping. Seit

2016 wird daher in der EU darüber diskutiert, die Entsenderichtlinien zu reformieren. Im März 2018 kam es schließlich zu einem Durchbruch in dieser Debatte, der unter dem Motto „gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit am selben Ort“ in der Presse publik gemacht wurde, und im Mai 2018 wurden die überarbeiteten Richtlinien im EU-Parlament angenommen.

Mit diesen zwei Jahre andauernden Verhandlungen gingen Diskussionen einher, die nicht nur auf institutioneller Ebene der EU geführt wurden, sondern auch die nationale Politik, so beispielsweise den Wahlkampf zu den österreichischen Nationalratswahlen 2017, bestimmten. Dabei hat sich eine Reihe problematischer Punkte herauskristallisiert, die es zu dekonstruieren gilt. Die folgenden Unterrichtsvorschläge und Arbeitsblätter sind ein Versuch in diese Richtung.

- Die Hintergründe rund um die Freizügigkeit von ArbeitnehmerInnen sind zu wenig bekannt.
- Die Gespräche werden auf einer gegenwärtigen, emotionalen Basis geführt und lassen dabei oftmals Multiperspektivität und Historizität außer Acht.
- Die Vielschichtigkeit des Themas (z. B. Spezifika der einzelnen Berufsgruppen) wird unterschätzt.
- Die AusländerInnendebatte wird in den Vordergrund gerückt. Dabei wird übersehen, dass bei den Verhandlungen über die Entsenderichtlinien nur über die Rechte von EU-InländerInnen, nicht aber von EU-AusländerInnen diskutiert wird.
- Ziel der EU ist ein friedliches Auskommen aller EU-Länder miteinander, ohne dabei eine Spaltung in eine West- und eine Osthälfte zu provozieren.

Eckdaten zu wesentlichen Entwicklungen in Bezug auf das Thema „Entsenderichtlinien“

Zusammenstellung der Daten auf Basis folgender Quellen: *Europäisches Parlament, Verbindungsbüro in Österreich: Entsenderichtlinie: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, 29.5.2018, <http://www.europarl.europa.eu/austrialdel/aktuell-presse/meldungen/meldungen-2018/mai-2018/pr-2018-mai-8.html> (27.5.2018).*

Europäische Kommission: Entsendung von Mitarbeitern, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=471&langId=de> (27.5.2018).



Vorgehensweise im Unterricht

M1 Einstieg – SchülerInnenaktivierung

Die Lehrperson schreibt unkommentiert folgenden „Slogan“ auf die Tafel: **„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“**. Es folgt eine Gesprächsrunde, in der die SchülerInnen ihre Assoziationen und Gedanken zu diesem Thema mitteilen. Die wichtigsten Stichworte werden auf der Tafel festgehalten. Die Lehrperson sollte das Gespräch durch unterstützende Fragen und Kommentare weiterentwickeln. Vorschläge dazu:

1. Was ist mit „Ort“ in Bezug auf den EU-Raum gemeint? Worin könnten Ungleichheiten bestehen?
2. Welcher Bezug besteht zwischen Löhnen und durchschnittlichen Lebenskosten? Wie könnte sich das auswirken, wenn man in einem Land bei einer Firma angemeldet ist und den Lohn von dort ausbezahlt bekommt, aber in einem anderen Land arbeitet und lebt? Welche Branchen könnte das betreffen?
3. Was bedeutet dieser Satz für Menschen, die aus einem anderen EU-Land als Österreich stammen und in Österreich arbeiten wollen? Und umgekehrt: Was bedeutet dieser Satz für ÖsterreicherInnen, die außerhalb Österreichs arbeiten?
4. Kennt ihr konkrete Beispiele, die zu diesem Satz passen und die damit verbundene Problematik verdeutlichen? Wenn ja, welche? Erzählt darüber.
5. Habt ihr über Diskussionen zu diesem Thema gehört oder gelesen? (Fernsehen, Zeitung, Familie usw.)

◆ Ziel dieser Übung ist es, die SchülerInnen zu sensibilisieren und sie in ihrer Lebenswelt abzuholen. Die SchülerInnen sollen ein Problembewusstsein entwickeln und erkennen, dass „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort“ keine Selbstverständlichkeit ist. (Lebensweltorientierung, Problemorientierung)



M2 Fachbegriffe verstehen und beurteilen

Die SchülerInnen erhalten das Arbeitsblatt 1 und setzen sich mit Fachbegriffen zum Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit und Entsenderichtlinien auseinander. Anschließend bilden sie Vierergruppen und diskutieren die Begriffe aus unterschiedlichen Perspektiven: Welche unterschiedlichen Vor- und Nachteile ergeben sich für ArbeitgeberInnen die Personal entsenden, oder für ArbeitnehmerInnen, die entsendet werden? Welche Vor- und Nachteile könnten Staaten haben, aus denen Personal entsandt wird, oder welche Vor- und Nachteile bedeutet es für Staaten, in denen entsandtes Personal arbeitet? Wer profitiert von Lohndumping? usw.

- ◆ *Ziel dieser Übung ist es, in einem ersten Schritt Fachbegriffe kennenzulernen und somit über das entsprechende Fachvokabular zu verfügen, um über das Thema Entsenderichtlinien lesen und sprechen zu können. In einem zweiten Schritt sollen die SchülerInnen diese Fachbegriffe aus unterschiedlichen Perspektiven wahrnehmen und somit die Standpunkte einzelner Personengruppen und Staaten nachvollziehen. (politische Sachkompetenz, politische Urteilskompetenz, Kontroversitätsprinzip)*

M3 Die Reform der Entsenderichtlinien aus multiperspektivischer Sicht kennenlernen

Die SchülerInnen erhalten mit dem Arbeitsblatt 2 Presstexte aus dem Europäischen Parlament und Statements von Wirtschaftsfachleuten sowie von PolitikerInnen verschiedener Fraktionen, entnommen dem Originaltextservice der APA. Die SchülerInnen sollen zu zweit die Texte durchlesen und die Fakten herausarbeiten. Dies ist eine Übung auf reproduktiver Ebene, wobei die Schwierigkeit darin liegt, Fakten von Bewertungen zu unterscheiden. Anschließend sollen die SchülerInnen die politischen Ziele und Schwerpunkte zum Thema „Entsenderichtlinien“ einander gegenüberstellen. In einem weiteren Schritt bilden sie Vierergruppen und besprechen die Texte auf reflexiver Ebene. Sie sollen im Zuge dieses Gruppengesprächs feststellen, was sie noch nicht verstanden haben, welche Fragen für sie offen sind und welche Kritikpunkte sie im Zuge dieser Debatte erkennen. Die Fragen sollten im Anschluss im Klassenplenum besprochen und eventuell mithilfe zusätzlicher Recherche beantwortet werden. Es ist allerdings ebenso zulässig, offengebliebene Fragen bewusst im Raum stehen zu lassen.

- ◆ *Ziel dieses Arbeitsschritts ist es, einen multiperspektivischen Zugang zum Thema Entsenderichtlinien zu erhalten und dabei die zuvor gelernten Fachbegriffe in Bezug zu konkreten Texten zu setzen, die sich alle auf den Beschluss der überarbeiteten Entsenderichtlinien vom 28. Mai 2018 beziehen. Die Rolle ausländischer Arbeitskräfte in Zusammenhang mit der Neuregelung der Entsenderichtlinien soll klar werden. (Kontextualisierung, Multiperspektivität, politische Urteilskompetenz, Fallorientierung)*

M4 Ein begründetes Urteil abgeben

Die SchülerInnen sollten nun – nach Auseinandersetzung mit dem Thema Entsenderichtlinien – fähig sein, sich zu einigen durchaus polarisierenden Aussagen eine eigene Meinung zu bilden und diese auch zu begründen. Sie erhalten dazu das Arbeitsblatt 3. In Anschluss daran sollte eine Nachbesprechung, z. B. in Form einer Fishbowl-Diskussion¹, angeleitet werden.

- ◆ *Ziel dieses Arbeitsblatts ist es, dass die SchülerInnen eine eigene, begründete Meinung zu einzelnen Aspekten des Themas Entsenderichtlinien entwickeln. Dabei müssen sie die zuvor erarbeiteten Fachbegriffe und Fakten anwenden können. (politische Urteilskompetenz, Problemorientierung, Kausalität) 2*

² Fünf bis sechs Stühle werden in einem Kreis aufgestellt: Ein Stuhl ist der Moderatorin/dem Moderator vorbehalten, ein Stuhl muss frei bleiben. Die restlichen Stühle werden von SchülerInnen besetzt, die zu dem vereinbarten Thema diskutieren. Der Rest der Klasse beobachtet die Diskussionsrunde von einem äußeren Sesselkreis aus. Wenn jemand etwas in die Diskussion einbringen möchte, setzt sie/er sich auf den leeren Stuhl. Da immer ein Stuhl frei bleiben muss, hat dies zur Folge, dass jemand anderer die Diskussionsrunde verlassen muss. Es entsteht eine dynamische Diskussion einer kleinen Gruppe wechselnder DiskutantInnen.

MI // ARBEITSAUFTRAG // Einzel- und Gruppenarbeit

Was sind Entsenderichtlinien?

1. Ordne die folgenden Begriffe den entsprechenden Definitionen zu, indem du die richtige Überschrift in die Textfelder schreibst.

- | | |
|---|------------------------------------|
| a) Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen | d) Freizügigkeit von Arbeitnehmern |
| b) Entsenderichtlinien | e) Lohndumping |
| c) Entsendung von Arbeitskräften | f) Sozialdumping |

Die soziale Absicherung der ArbeitnehmerInnen wie zum Beispiel Krankenversicherung, Urlaubsgeld, Unfallschutz, Arbeitslosenversicherung oder Arbeitszeitregelung ist in manchen Ländern niedriger als in anderen.

EU-BürgerInnen sind berechtigt, in anderen EU-Ländern zu arbeiten und dort auch zu wohnen, ohne dass sie dafür eine Arbeitslaubnis brauchen. Für sie gelten dann die gleichen Regeln (Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen, Steuervorteile usw.) wie für alle anderen Menschen, die in diesem Land arbeiten.

ArbeitnehmerInnen können von dem Betrieb, in dem sie arbeiten, für eine begrenzte Zeit in ein anderes Land geschickt werden, weil sie dort beispielsweise einen Auftrag zu erfüllen haben. Die ArbeitnehmerInnen unterliegen dann aber den Bestimmungen des Arbeitsmarkts des Landes, aus dem sie kommen, nicht des Landes, in dem sie arbeiten.

Um die Rechte und Pflichten von ArbeitnehmerInnen zu sichern, ist genau geregelt, unter welchen Bedingungen sie arbeiten. Dazu zählen beispielsweise Arbeitsverträge, Mindestgehälter, Beschäftigungsformen, Arbeitszeitregelungen, Gesundheit und Unfallschutz, Weiterbildung.

Indem ArbeitnehmerInnen aus anderen Ländern niedrigere Löhne bezahlt werden, können die UnternehmerInnen in der Produktion oder bei Dienstleistungen sparen und dadurch entweder billiger anbieten oder die Gewinnspanne erhöhen.

Damit ArbeitnehmerInnen, die für einen Betrieb in einem anderen EU-Land arbeiten, geschützt werden, hat die EU Bestimmungen in Bezug auf Mindestlohn, Arbeitszeiten, Sicherheit und Hygiene am Arbeitsplatz sowie die Gleichbehandlung von Männern und Frauen erlassen.

2. Beurteile anschließend, aus welcher Perspektive (ArbeitnehmerInnen – ArbeitgeberInnen – AusländerInnen – InländerInnen, verschiedene Staaten usw.) sich jeweils Vor- und Nachteile ergeben könnten. Diskutiert darüber in Kleingruppen (ca. vier Personen).

M2 // ARBEITSAUFTRAG // Gruppenarbeit

Was berichtet die Presse?

1. Lest die folgenden Presstexte durch und bearbeitet anschließend die folgenden Arbeitsaufgaben in Zweierteams.
 - a) Arbeitet alle Bewertungen in den Statements der Parteien aus den Texten heraus.
 - b) Vergleicht die Texte und stellt die genannten Schwerpunkte einander gegenüber: Welche Errungenschaften werden bei welchen Parteien sowie in der Presseaussendung des Europäischen Parlaments besonders hervorgehoben? Welche Kritikpunkte sind erkennbar? Wie wird dem Thema „ausländische Arbeitskräfte in Österreich“ begegnet?
 - c) Sucht euch ein weiteres Zweierteam und sprecht über die reformierten Entsenderichtlinien. Formuliert anschließend gemeinsam Fragen, die für euch noch offen sind, weil ihr etwas nicht verstehen oder weil ihr etwas kritisieren wollt.

Am 29. Mai 2018 berichtete das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich mit dem Sitz in Wien Folgendes:

Entsenderichtlinie: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort

Arbeitnehmer, die zeitweise in ein anderes EU-Land entsandt werden, müssen für gleiche Arbeit am gleichen Ort den gleichen Lohn erhalten. Das hat das Parlament am Dienstag beschlossen. Die überarbeiteten Vorschriften, die mit 456 Stimmen bei 147 Gegenstimmen und 49 Enthaltungen angenommen wurden, sollen einen besseren Schutz der entsandten Arbeitnehmer und einen fairen Wettbewerb für die Unternehmen gewährleisten.

Bezahlung gerechter machen

Der vereinbarte Kompromiss sieht vor, dass die Regeln eines Gastlandes für die Bezahlung von Arbeitnehmern auch für alle entsandten Arbeitnehmer gelten. Zusätzlich zu den gesetzlichen Bestimmungen können die Mitgliedstaaten umfassende, repräsentative regionale oder Branchentarifverträge anwenden. Dies geschah bisher nur im Bausektor.

Arbeitsbedingungen verbessern

Reise-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten sollten vom Arbeitgeber getragen und nicht vom Gehalt der Arbeitnehmer abgezogen werden. Die Arbeitgeber müssen außerdem sicherstellen, dass die Unterbringungsbedingungen für entsandte Arbeitnehmer angemessen und im Einklang mit den nationalen Vorschriften sind.

Dauer der Entsendung

Die Dauer der Entsendung wurde auf höchstens 12 Monate festgelegt, mit einer möglichen Verlängerung von 6 Monaten. Nach dieser Frist dürfen die Arbeitnehmer weiterhin im Gastland bleiben, allerdings

gelten für sie nun alle arbeitsrechtlichen Vorschriften des Gastlandes.

Schutz vor Betrug

Im Falle einer betrügerischen Entsendung, z. B. durch ein Briefkastenunternehmen, sollten die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass entsandte Arbeitnehmer zumindest durch die Vorschriften der Entsenderichtlinie geschützt sind.

Internationaler Fernverkehr

Die neuen Elemente der überarbeiteten Richtlinie werden auch für den Verkehrssektor gelten, sobald die im Mobilitätspaket enthaltenen sektorspezifischen Rechtsvorschriften in Kraft getreten sind. Bis dahin gilt die Richtlinie in der Fassung von 1996.

Neue Regeln sollen innerhalb von zwei Jahren gelten.

Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, um die Vorschriften in nationales Recht umzusetzen, und müssen sie bis zum Ende dieses Zeitraums in Kraft setzen.

Zitate

Berichterstatterin Elisabeth Morin-Chartier (EPP, FR): „Diese Abstimmung ist eine der Haupterrungenschaften der Legislaturperiode 2014–2019. Sie spiegelt die soziale, wirtschaftliche und politische Realität der Europäischen Union wider. Wir bereiten damit den Weg für ein sozialeres Europa mit einem faireren Wettbewerb zwischen den Unternehmen und besseren Rechten für die Arbeitnehmer und dem notwendigen Schutz gegenüber den Unternehmen.“

Berichterstatterin Agnes Jongerius (S&D, NL): „Europa hat sich entschieden: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Und das ist eine große Leistung. Kollegen können wieder Kollegen sein, nicht Konkurrenten.“

TEXT 11

Dies ist ein wichtiger Schritt zur Schaffung eines sozialen Europas, das die Arbeitnehmer schützt und Unternehmen daran hindert, einen Wettlauf nach unten anzufachen – ein Europa, das keine Abstriche macht und sich um die normal arbeitende Bevölkerung kümmert.“

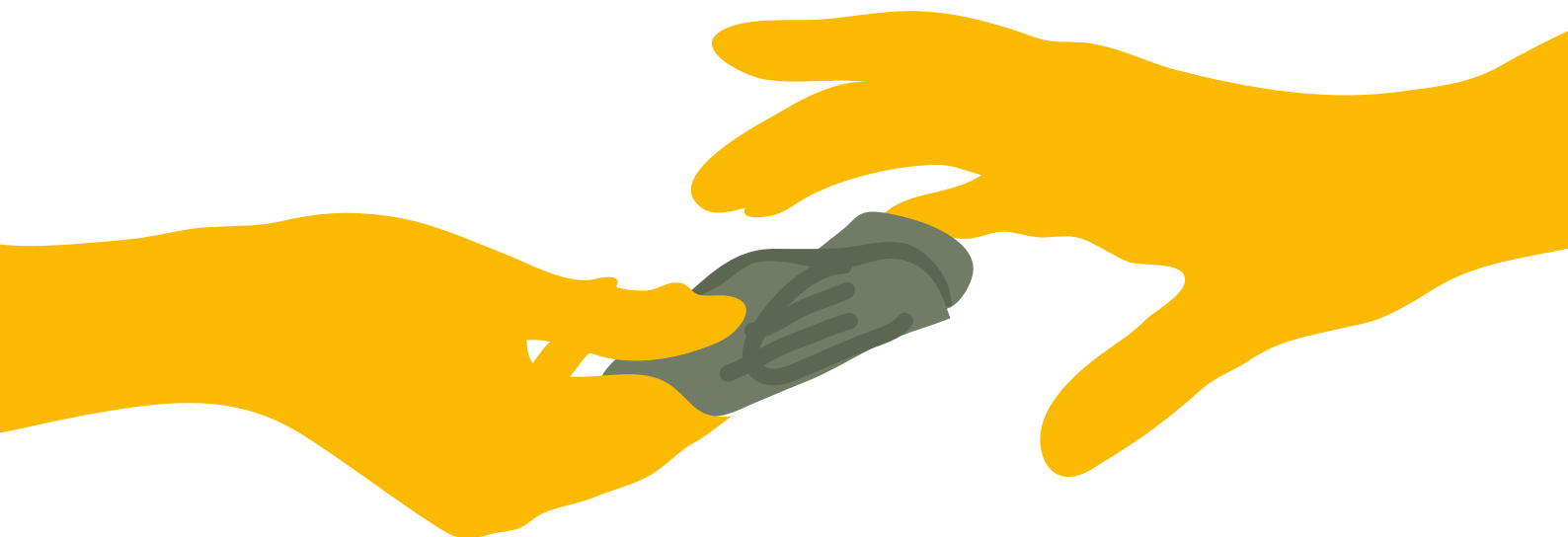
Hintergrundinformationen

Ein entsandter Arbeitnehmer ist ein Angestellter oder eine Angestellte, die in ein anderes EU-Land gesandt wird, um dort für einen begrenzten Zeit-

raum zu arbeiten. 2016 wurden in der EU rund 2,3 Millionen Arbeitnehmer in andere Staaten entsandt. Zwischen 2010 und 2016 stieg ihre Zahl um 69 %.

Europäisches Parlament, Verbindungsbüro in Österreich: Entsenderichtlinie: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, 29.5.2018, <http://www.europarl.europa.eu/austrial/de/aktuell-presse/meldungen/meldungen-2018/mai-2018/pr-2018-mai-8.html?webaction=view.acceptCookies> (8.6.2018).

TEXT 1,2



Reaktionen in Österreich (Sozialdemokratie)

„Die neue EU-Entsenderichtlinie ist ein wichtiger und richtiger Schritt gegen den unlauteren Wettbewerb durch Unternehmen aus den östlichen EU-Staaten, die mittels Lohn- und Sozialdumpings den EU-Binnenmarkt gefährden. Arbeitnehmer und Unternehmer werden durch die im EU-Parlament beschlossene Richtlinie vor den gängigen Sozialdumping-Methoden geschützt“, so der Präsident des SWV-Österreich und WKÖ-Vizepräsident Christoph Matznetter

Die Präsidentin des SWV-Oberösterreich, NR-Abg. Doris Margreiter, dazu: „Mit dieser Richtlinie schützt man ausländische ArbeitnehmerInnen in Österreich vor Ausbeutung, und vor allem auch österreichische UnternehmerInnen vor Billigkonkurrenz und Wettbewerbsverzerrung. Die Beschränkung der Entsendung auf achtzehn Monate sowie die Anwendung des Kollektivvertrages jenes Lan-

des, indem die Arbeit erbracht wird, schieben dem Lohndumping endlich einen Riegel vor.“

„Die Tatsache, dass Unternehmen Dienstleistungen in anderen EU-Ländern anbieten können, ist ein Grundprinzip des EU-Binnenmarktes und soll auch so bleiben“, sagt der Vizepräsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Österreich (SWV) Alexander Safferthal.

„Die Anpassung der Spielregeln innerhalb der EU war längst notwendig. Nun gilt gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, und die Kosten für Anreise und Unterkunft dürfen entsendeten Arbeitnehmern nicht vom Lohn abgezogen werden“, so Safferthal, und weiter: „ein fairer und sozial gerechter Kompromiss.“

SWV-Österreich begrüßt neue Entsenderichtlinie, 0.5.2018, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180530_OTS0106/swv-oesterreich-begruesst-neue-entsenderichtlinie (8.6.2018).

TEXT 2

Reaktionen in Österreich (Freiheitliche)

„Die neue EU-Entsenderichtlinie schützt Arbeitnehmer, Unternehmer und den EU-Binnenmarkt gleichzeitig. Der im EU-Parlament beschlossene Kompromiss verhindert die von vielen befürchtete Ost-West-Spaltung und verhindert künftig Sozialdumping“, so der Bundesobmann der Freiheitlichen Wirtschaft und WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn in einer ersten Reaktion.

Krenn dazu: „Diese Richtlinie ist eine Win-win-Situation für alle. Damit schützt man ausländische Arbeitnehmer in Österreich vor Ausbeutung, aber vor allem auch heimische Firmen vor unfairer Billigkonkurrenz. Das ist gut so, denn damit können wir den EU-Binnenmarkt weiter offenhalten, was weiter Wachstum bringt. Es macht für die Freiheitliche Wirtschaft Sinn, dass die EU die Regeln für den Einsatz von Arbeitskräften in anderen EU-Ländern verschärft. Denn das betrifft nicht nur Mitarbeiter von Firmen aus Niedriglohnländern, die in reichere EU-Staaten entsandt werden,

sondern alle Firmen, die ihre Mitarbeiter in einem anderen EU-Land einsetzen wollen. Die Beschränkung auf achtzehn Monate sowie die Tatsache, dass Mitarbeiter die gleichen Löhne erhalten wie Einheimische, sind in unserem Sinn.“

„Dass Firmen Dienstleistungen in anderen EU-Ländern anbieten können, ist ein Grundprinzip des EU-Binnenmarktes, und dieses Prinzip kann so erhalten bleiben. Dass nun nach beträchtlicher EU-Osterweiterung die Spielregeln endlich angepasst wurden, war mehr als nur überfällig. Nun gilt gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Diese Vorgangsweise wird von der Freiheitlichen Wirtschaft unterstützt, schließlich haben wir jahrelang den unfairen Wettbewerb gerade im Grenzbereich als problematisch angesehen“, so Krenn abschließend.

Freiheitliche Wirtschaft begrüßt neue EU-Entsenderichtlinie!, 29.5.2018, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180529_OTS0137/freiheitliche-wirtschaft-begruesst-neue-eu-entsenderichtlinie (8.6.2018).

Reaktionen in Österreich (Volkspartei)

Kompromiss: „Keine neue Ost-West-Spaltung und gleichzeitig Sozialdumping verhindert“

Straßburg (OTS) – 29. Mai 2018 (ÖVP-PD) „Wir schützen gleich dreifach. Wir schützen ausländische Arbeitnehmer in Österreich vor Ausbeutung, wir schützen österreichische Firmen vor unfairer Billigkonkurrenz, und gleichzeitig halten wir den EU-Binnenmarkt offen“, erklärt der ÖVP-Europaabgeordnete Heinz K. Becker den heutigen, endgültigen Beschluss der sogenannten EU-Entsenderichtlinie im Europäischen Parlament.

Mit dem neuen Gesetz verschärft die EU die Regeln für den Einsatz von Arbeitskräften in anderen EU-Ländern. Das betrifft nicht nur Mitarbeiter von Firmen aus Niedriglohnländern, die in reichere EU-Staaten entsandt werden, sondern alle Firmen, die ihre Mitarbeiter in einem anderen EU-Land einsetzen wollen. Solche Entsendungen werden auf achtzehn Monate beschränkt. Außerdem müssen die Mitarbeiter die gleichen Löhne erhalten wie Einheimische. Nach Ablauf der 18 Monate müssen die Arbeitnehmer entweder einen Arbeitsvertrag nach den Bedingungen des Gastlandes erhalten oder zurückgeholt werden.

„Dass Firmen Dienstleistungen in anderen EU-Ländern anbieten können, ist ein Grundprinzip der EU und des Binnenmarktes, das so bleiben muss. Aber

seit der Osterweiterung der EU sind die Spielregeln dafür nicht mehr aktualisiert worden. Das war dringend überfällig“, erläutert Becker.

Die Neuregelung ist für den ÖVP-Europaabgeordneten ein „hart erarbeiteter Kompromiss“. „Wir wollen keine neue Ost-West-Spaltung, und gleichzeitig müssen wir Sozialdumping verhindern. Es liegt in der Natur eines Kompromisses, dass alle etwas abgeben müssen“, betont Becker.

„Jetzt gilt gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Kosten für Anreise und Unterkunft dürfen entsendeten Arbeitnehmern nicht vom Lohn abgezogen werden“, sagt Becker.

Eine Verschärfung der EU-Entsenderichtlinie war zwischen den west- und den mittel-osteuropäischen EU-Mitgliedsländern umstritten. Während Länder wie Österreich, Deutschland oder Frankreich damit Lohn- und Sozialdumping bekämpfen wollen, hatten sich osteuropäische Staaten dagegen gewandt, weil sie durch eine Verschärfung der Regeln einen Wettbewerbsvorteil verlieren würden, nämlich ihre geringeren Arbeitskosten.

ÖVP-Becker: EU-Entsenderichtlinie schützt Arbeitnehmer, Firmen und den EU-Binnenmarkt, 29.5.2018, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180529_OTS0047/oevp-becker-eu-entsenderichtlinie-schuetzt-arbeitnehmer-firmen-und-den-eu-binnenmarkt (8.6.2018).

M3 // ARBEITSAUFTRAG // Einzel- und Gruppenarbeit

Einverstanden oder nicht?

1. Lies die folgenden Statements durch und entscheide für dich, ob du diesen Aussagen zustimmen kannst oder nicht. Schreibe Stichworte für eine Begründung auf, die deine Einschätzung untermauern.
2. Tausche dich mit mindestens zwei anderen KlassenkollegInnen aus und vergleiche deine Einschätzungen und ihre Argumente.

Entsenderichtlinien sind notwendig, damit ArbeitnehmerInnen geschützt sind und die Arbeitsbedingungen des Landes, in dem sie arbeiten, eingehalten werden.

Ich bin mit diesem Satz einverstanden / nicht einverstanden, weil ...

Die Entsenderichtlinie ist ungerecht, weil die ärmeren Länder in der Europäischen Union ihre niedrigeren Lohnkosten als Vorteil nutzen können sollen.

Ich bin mit diesem Satz einverstanden / nicht einverstanden, weil ...

Entsenderichtlinien müssen so streng sein, dass keine AusländerInnen mehr in Österreich arbeiten wollen und keine ausländischen Firmen mehr Aufträge in Österreich annehmen wollen.

Ich bin mit diesem Satz einverstanden / nicht einverstanden, weil ...

Entsenderichtlinien können dazu beitragen, die östlichen und die westlichen Länder Europas wirtschaftlich zu verbinden.

Ich bin mit diesem Satz einverstanden / nicht einverstanden, weil ...

PRO UND CONTRA ARBEITSMIGRATION IM BINNENMARKT: EINE FRAGE DES NATIONALEN INTERESSES?

Georg Lauss

Hintergrundwissen für LehrerInnen

Spätestens seit Donald Trumps Wahlkampf unter dem Motto „America First“ und seiner Wahl zum 45. Präsidenten der USA im Jahr 2016 gibt es bei vielen Regierungen einen erkennbaren Trend, bei der Gestaltung von Wirtschaftsbeziehungen nationale Interessen in den Vordergrund zu stellen. Dabei wird so getan, als ob das politische Problem im Kern ein Interessentritt zwischen zwei Nationen oder Ländern sei. Interessengegensätze innerhalb eines Landes werden oft wenig oder kaum thematisiert.

Da europäische Politik weitgehend in nationalen Medienräumen diskutiert wird, ist es für politische Strategien, die darauf abzielen, Ressentiments zu schüren, ein Leichtes, ausschließlich die Vorteile „der anderen“ in die mediale Auslage zu stellen. Das führt zu der auf den ersten Blick etwas paradox anmutenden Situation, dass selbst in zwei Nachbarländern – wie zum Beispiel Österreich und Ungarn – signifikante Teile der Bevölkerung der Meinung sind, dass „ihr Land“ weniger von der EU-Mitgliedschaft oder spezifischen Handelsbeziehungen profitiert als das jeweils andere. Besonders die ÖsterreicherInnen zeigen sich in Umfragen deutlich EU-skeptischer als die Bevölkerungen anderer Länder.¹

Einer der wichtigsten Grundpfeiler der EU ist der freie Binnenmarkt. Die EU garantiert all ihren BürgerInnen im gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum vier Freiheiten: die Freiheit des Personenverkehrs, den freien Warenverkehr, den freien Dienstleistungsverkehr und den freien Kapitalverkehr. Das bedeutet, dass BürgerInnen in Europa frei und ohne Grenzkontrollen reisen dürfen, Waren frei über Ländergrenzen hinweg ein- und ausgeführt werden, Dienstleistungen in allen EU-Ländern angeboten und ausgewählt werden und Kapital in allen Ländern angelegt werden kann. Die große Mehrheit der EuropäerInnen in allen 28 Mitgliedsstaaten befürwortet weiterhin die Freizügigkeit der EU-BürgerInnen, die überall leben, arbeiten, studieren und Geschäfte machen können. Die Ablehnung der Freizügigkeit variiert deutlich im Vergleich der einzelnen Ländern

und ist in manchen viel geringer als in anderen. So beträgt sie in Lettland drei, in Luxemburg fünf und in Deutschland sieben Prozent. In Österreich (22 Prozent), Italien (22 Prozent), Großbritannien (21 Prozent) sind es mehr als 20 Prozent. Aber auch in Rumänien, Polen, Ungarn und Tschechien stößt die Freizügigkeit der EU-BürgerInnen nicht auf ungeteilte Zustimmung.²

Es gehört zum erklärten Ziel der EU-Mitgliedsstaaten, benachteiligte Gebiete im wirtschaftlichen Aufholprozess zu unterstützen. Wirtschaftlich schwächere Länder erhalten deshalb tendenziell mehr Rückflüsse aus dem EU-Budget, als sie einzahlen. Sie sind sogenannte Nettoempfänger. Inwiefern ein Land von der EU profitiert und wie groß dieser Vorteil im Vergleich zum Vorteil anderer Länder insgesamt ist, lässt sich aber schwer sagen und schon gar nicht in einer Kennzahl ausdrücken. Durch den Erweiterungsprozess haben Unternehmen aus wohlhabenderen Staaten Zugang zu einer Vielzahl neuer Märkte bekommen. Zugespißt formuliert könnte man sagen, dass die finanzielle Unterstützung aus dem EU-Budget die Voraussetzung dafür ist, dass Länder wie Ungarn österreichischen Unternehmen die Möglichkeit bieten, ihre Produkte in Ungarn zu verkaufen. Die Förderungen erhöhen die Kaufkraft in den „Empfängerländern“. Mit diesem Geld werden in Ungarn zum Teil wieder Waren österreichischer Unternehmen gekauft. Außerdem sind es gerade in Ungarn nicht selten österreichische Unternehmen, die aufgrund von EU-geförderten Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen Aufträge lukrieren können.³ Ohne diese Investitionen wären sowohl der Wohlstand als auch das Beschäftigungsniveau in Österreich deutlich geringer.⁴

Die Trennlinie zwischen denen, die von einer europäischen Maßnahme profitieren, und denen, die vielleicht benachteiligt sind, verläuft selten entlang nationaler Grenzen. Debatte dieser Art verstärken tendenziell nationale Egoismen und schwächen die Kompromissbereitschaft und Kooperationsfähigkeit.

¹ Vgl. European Commission, DG COMM: Standard Eurobarometer 87, Public Opinion in the European Union, Brüssel 2017.

² Vgl. ebd.

³ Vgl. Christian Beer u. a.: Österreich und die Europäische Integration, in: Monetary Policy and the Economy, Nr. 1, Wien 2017, S. 86–125.

⁴ Vgl. Johann Weiß, Andreas Sachs, Heidrun Weinelt: Globalisierungsreport 2018: Wer profitiert von der Globalisierung? Hg. v. d. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2018, S. 8ff.

Ablauf

Die **Sequenz 1** beginnt mit einer kurzen Erklärung zum EU-Binnenmarkt und den vier garantierten Grundfreiheiten (**M1**). Der Textinhalt kann entweder von Lehrpersonen vorgetragen werden oder den SchülerInnen in Kopie als Lesematerial ausgehändigt werden. Es bietet sich an, am Beginn der Einheit das Vorwissen zu den Themenbereichen Europäische Union und wirtschaftliche Globalisierung in einem Brainstorming zu aktualisieren bzw. das Unterrichtsbeispiel in einen dieser Themenblöcke zu integrieren.

Nachdem die SchülerInnen sich mit dem Konzept der Personenfreizügigkeit vertraut gemacht haben, soll in **Sequenz 2** ein Meinungsbild in der Klasse erhoben werden. Mithilfe einer aus zwei Fragen bestehenden Umfrage (**M2**) werden die SchülerInnen dazu angeregt, sich im Hinblick auf grundlegende Prinzipien Europas zu positionieren und ihre Position im Rahmen einer daran anknüpfenden Diskussion zu begründen.

Es wird empfohlen, die Umfrage mittels Kahoot durchzuführen. Die Vorgangsweise hat den Vorteil, dass die Umfrageergebnisse ohne Auszählungsprozess unmittelbar vorliegen.

Die Lehrperson ruft dazu den folgenden Link auf:
<https://play.kahoot.it/#/k/43167e84-baed-4113-853c-98dde6d43237>.

Wird die Option „Classic“ gewählt, erscheint ein PIN-Code. Die SchülerInnen werden aufgefordert, auf ihren Mobiltelefonen kahoot.it aufzurufen und den PIN-Code einzugeben. Wenn alle SchülerInnen in die Umfrage eingeloggt sind, beginnt die Lehrperson. Die Umfrageergebnisse werden auf der Tafel notiert und dann im Klassenplenum diskutiert. Die SchülerInnen sollten dazu angehalten werden, einerseits ihre persönliche Positionierung zu erläutern und andererseits zum Gesamtergebnis Stellung zu nehmen.

In **Sequenz 3** werden in der Klasse Vierer- oder Fünfergruppen gebildet. Statistiken (**M3 und M4**) werden mithilfe von Leitfragen (**M5**) analysiert, um die Methodenkompetenz und die Urteilskompetenz zu schulen. Bei dem Material handelt es sich um Auszüge aus Eurobarometer-Umfragen. Präsentiert wird eine Auswahl von jeweils sieben der 28 EU-Mitgliedsstaaten. Angegeben werden der Rang und das Antwortverhalten in Prozent. Die Gruppen sollen mithilfe von Leitfragen zentrale Aussagen der Statistik zusammenfassen, nach Gründen für das unterschiedliche Antwortverhalten in den ausgewählten Ländern suchen und die Länderergebnisse in Beziehung zum eigenen Antwortverhalten setzen.

Es besteht die Möglichkeit, dass pro Gruppe nur eine der beiden Statistiken analysiert wird. In diesem Fall folgen auf die Analyse Gruppenpräsentationen der erzielten Ergebnisse. In **Sequenz 4** werden vier unterschiedliche politische Manifestationen (**M6, M7, M8, M9**) von Gruppen analysiert, um die Standortgebundenheit von politischen Interessen sichtbar zu machen. In jedem der Texte geht es um die Auswirkungen gemeinsamer Märkte und der Arbeitsmigration. Es werden Personen oder Institutionen beschrieben, die auf unterschiedliche Weise von den Regeln des Binnenmarkts und von Arbeitsmigration betroffen sind. Die zu den Texten gestellten Aufgaben sollen dazu anregen, zu lernen, bei politischen Problemen, Kontroversen und Konflikten die Standpunkte und Perspektiven unterschiedlich Betroffener wahrzunehmen und nachzuvollziehen.

Die Ergebnisse der Gruppen werden in **Sequenz 5** im Klassenplenum präsentiert. Während der Präsentation befüllen die zuhörenden SchülerInnen die ersten beiden Spalten der Tabelle **M10**. So sollen unterschiedliche Betroffenheiten und Interessen identifiziert und in der Folge begründet beurteilt werden. Zunächst werden die genannten AkteurInnen bzw. die von bestimmten Entwicklungen betroffenen Gruppen identifiziert. Darüber hinaus soll angegeben werden, inwiefern diese Personen bzw. diese Institutionen oder auch dieses System (z. B. ein österreichischer Tourismusbetrieb, eine ungarische Baufirma, gering qualifizierte Arbeitssuchende in Österreich, der ungarische Staat und sein Sozialversicherungssystem, der österreichische Arbeitsmarkt ...) betroffen sind und ob es sich dabei um positive, negative oder neutrale Auswirkungen handelt. Abschließend werden die jeweiligen Bewertungen begründet.

Die Übung ist erweiterbar, indem die SchülerInnen dazu aufgefordert werden, die Liste der AkteurInnen und Betroffenen um solche zu erweitern, die im Text nicht vorkommen.

Wenn die Tabelle ausgefüllt ist, sollen die SchülerInnen einen eigenen Standpunkt zur Personenfreizügigkeit und zur Arbeitsmigration in der EU formulieren und kurz erläutern, ob und inwiefern sich ihr zunächst eingenommener Standpunkt verändert hat.

In der Abschlussdiskussion (**Sequenz 6, M11**) wird der Versuch unternommen, ein differenziertes Gesamturteil über die Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit im EU-Binnenmarkt zu fällen. Die SchülerInnen diskutieren, moderiert durch die Lehrperson, ihre Bewertungen der Folgen der Arbeitsmigration und der Personenfreizügigkeit. 🗳️

M1 // ARBEITSWISSEN // Personenfreizügigkeit

Einer der wichtigsten Grundpfeiler der EU ist der freie Binnenmarkt. Die EU garantiert all ihren BürgerInnen im gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum vier Freiheiten: die Freiheit des Personenverkehrs, den freien Warenverkehr, den freien Dienstleistungsverkehr und den freien Kapitalverkehr. Das bedeutet, dass BürgerInnen in Europa frei und ohne Grenzkontrollen reisen dürfen, Waren frei über Ländergrenzen hinweg ein- und ausgeführt werden, Dienstleistungen in allen EU-Ländern angeboten und ausgewählt werden und Kapital in allen Ländern angelegt wird. Die Personenfreizügigkeit garantiert allen EU-BürgerInnen das Recht, überall in der EU leben, arbeiten, studieren und Geschäfte machen zu können.

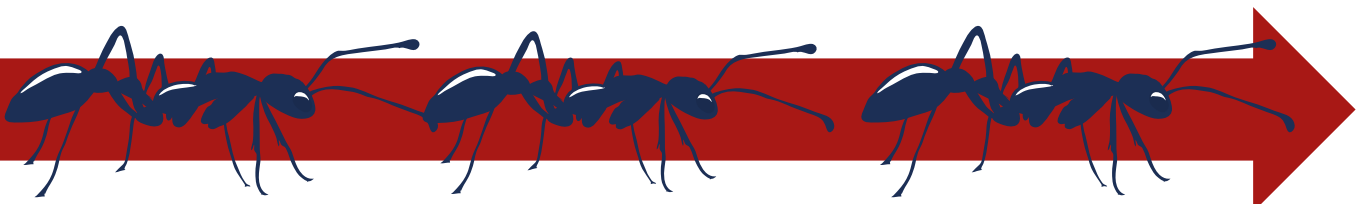
M2 // UMFRAGE

Frage 1: Wie ist deine Meinung zur Freizügigkeit der EU-BürgerInnen, die überall in der EU leben, arbeiten, studieren und Geschäfte machen können?

<i>Sehr dafür</i>	<i>Eher dafür</i>	<i>Eher dagegen</i>	<i>Dagegen</i>	<i>Weiß nicht</i>
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Frage 2: Alles in allem – würdest du sagen, dass Österreich mehr von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat oder eher nicht?

<i>Sehr profitiert</i>	<i>Eher profitiert</i>	<i>Eher nicht profitiert</i>	<i>Nicht profitiert</i>	<i>Weiß nicht</i>
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



M3 // STATISTIK

<i>Wie ist Ihre Meinung zur Freizügigkeit der EU-Bürger, die überall in der EU leben, arbeiten, studieren und Geschäfte machen können?</i>				
<i>Rang</i>		<i>Dafür</i>	<i>Dagegen</i>	<i>Weiß nicht</i>
5	<i>Deutschland</i>	91	5	4
18	<i>Niederlande</i>	83	15	2
19	<i>Tschechien</i>	82	16	2
20	<i>Ungarn</i>	82	15	3
22	<i>Rumänien</i>	81	15	4
26	<i>Österreich</i>	74	22	4
27	<i>Großbritannien</i>	70	21	9

Quelle: Standard EB 87 Frühjahr 2019

M4 // STATISTIK

<i>Alles in allem – würden Sie sagen, dass unser Land insgesamt mehr von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat oder eher nicht?</i>		
<i>Rang</i>		<i>Zustimmung in %</i>
9	<i>Niederlande</i>	75
12	<i>Deutschland</i>	66
15	<i>Rumänien</i>	64
18	<i>Ungarn</i>	62
19	<i>Tschechien</i>	61
21	<i>Großbritannien</i>	56
25	<i>Österreich</i>	48

Quelle: EB 86.1 2016

M5 // ARBEITSAUFTRAG // Einzelarbeit

1. Fasst die 3 wichtigsten Aussagen der Statistiken in eigenen Worten zusammen.
2. Beurteilt, wie groß die Unterschiede in den Meinungen zwischen den angeführten Ländern sind. Warum, meint ihr, sind die Unterschiede zwischen den Ländern jeweils groß oder klein?
3. Erörtert mögliche Erklärungen für die Unterschiede in den Einschätzungen der Menschen in den angeführten Ländern.
4. Vergleicht das Abstimmungsergebnis in eurer Klasse mit dem Ergebnis der Länderumfragen. Versucht, Erklärungen für Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten zu finden.

MG // ARBEITSAUFTRAG // Gruppenarbeit

»Arbeitsmarkt: Ungarn gegen strengere EU-Regeln für Billigarbeiter«

Wien/Budapest. Der Streit über den starken Zuzug von ausländischen Arbeitskräften nach Österreich verschärft sich. So verlangt Arbeiterkammer-Direktor Werner Muhm (SPÖ) seit Längerem eine Notfallklausel, um den österreichischen Arbeitsmarkt vor billigen Arbeitskräften aus Osteuropa zu schützen. Unterstützt wird er von der EU-Kommission. Diese hat im März einen Plan vorgelegt, mit dem das Lohndumping innerhalb der EU eingeschränkt werden soll.

Doch am gestrigen Montag erklärte ein Sprecher der Budapester Regierung, dass Ungarn die EU-Initiative ablehnt. Denn damit hätten ungarische Firmen einen „inakzeptablen Wettbewerbsnachteil“. Auch Polen will von den EU-Plänen nichts wissen.

Vor allem in der Baubranche kommt es vor, dass viele Projekte in Österreich an osteuropäische Firmen vergeben werden. Die Firmen schicken dann osteuropäische Arbeiter nach Österreich. Zuletzt wurden bereits mehr als 130.000 ausländische Arbeitskräfte nach Österreich entsandt, davon stammte der Großteil aus Ost- und Südeuropa. Österreich ist innerhalb der EU eines der Top-Zielländer für ausländische Arbeitskräfte. Nur Deutschland, Frankreich und Belgien nehmen mehr Arbeiter auf. Die EU-Kommission will nun erreichen, dass die Löhne der entsandten Arbeitnehmer künftig stärker an das Gastland angepasst werden.

Die vielen Billigarbeiter aus Osteuropa sind auch ein Grund, warum in Österreich die Arbeitslosigkeit steigt. Denn die Osteuropäer verdrängen andere Migranten, die schon länger in Österreich leben. So ist im Vorjahr die Arbeitslosenquote bei Menschen aus der Türkei auf 19,8 Prozent gestiegen.

Christian Höller: Arbeitsmarkt: Ungarn gegen strengere EU-Regeln für Billigarbeiter, in: Die Presse, 11.4.2016, https://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/4965188/Arbeitsmarkt_Ungarn-gegen-strengere-EURegeln-fuer-Billigarbeiter (27.6.2018).

1. Lest euch den Artikel aus der österreichischen Tageszeitung Die Presse zunächst jeder für sich durch. Diskutiert dann in der Gruppe die folgenden Arbeitsaufträge.
2. Analysiert die im Zeitungsartikel dargelegte politische Auseinandersetzung.
 - a) Beschreibt, wie es dazu kommt, dass immer mehr ArbeiterInnen aus Süd- und Osteuropa in Österreich zu den Konditionen ihres Heimatlandes arbeiten.
 - b) Nennt zwei der im Artikel beschriebenen Auswirkungen, die der Zuzug von Arbeitskräften auf den österreichischen Arbeitsmarkt hat.
 - c) Erklärt, welches Ziel die EU-Kommission verfolgt.
 - d) Ermittelt die Gründe dafür, warum Sprecher der ungarischen und der polnischen Regierung die Initiative der EU-Kommission ablehnen.

M7 // ARBEITSAUFTRAG // Gruppenarbeit

Auszug einer Analyse des Vorstands des Arbeitsmarktservice Österreich Johannes Kopf

[...] Nach der Krise 2009 ist das Arbeitskräftepotential in Österreich stark gestiegen, seit 2010 bis heute um fast 400.000 Personen! Dieser Umstand hat den österreichischen Arbeitsmarkt vor allem in den wachstumsschwachen Jahren 2012–2015 mit einem BIP-Wachstum von unter 1 % pro Jahr damals und auch noch 2016 stark belastet. Damit hat Österreich seine Position als Land mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit der EU verloren und belegt derzeit nur den 10. Rang. Eine der Ursachen dafür war, dass wir auch Verdrängung am Arbeitsmarkt beobachten mussten. So haben zum Beispiel gut qualifizierte Arbeitsuchende aus Ungarn – vor allem in Ostösterreich – merkbar schwächer qualifizierte Bewerber aus dem Inland, oftmals mit Migrationshintergrund, etwa aus Ex-Jugoslawien und der Türkei, verdrängt.

Durch diese Zuwanderung in den Arbeitsmarkt haben aber auch viele österreichische Unternehmen dringend benötigte, qualifizierte Arbeitskräfte gefunden, die im Inland nicht verfügbar waren. Der österreichische Tourismus etwa ist ohne seine ArbeitnehmerInnen aus der EU heute kaum vorstellbar.

War es also gut, oder war es schlecht?

Es war vor allem eines: Realität. Realität für ein Land, das sich zu seinen Werten, zu Europa und zur EU bekennt. Doch dass sich auch über Realitäten diskutieren lässt, politisch korrekt ebenso wie politisch missbräuchlich, das ist ebenfalls Realität. Aus der Sicht auf Österreichs Arbeitsmarkt steht aber fest: Die Ausdehnung des Arbeitskräftepotentials hat Österreichs demografische Situation massiv verbessert, ein Umstand, von dem wir im internationalen Standortwettbewerb langfristig nur profitieren können. [...]

Johannes Kopf: Kroaten bitte warten?, in: Medium, 4.2.2018, <https://medium.com/johannes-kopf/kroaten-bitte-warten-771abb7bf50> (27.6.2018).

1. In diesem Textauszug analysiert Johannes Kopf (Vorstand des österreichischen Arbeitsmarktservice) Auswirkungen der Arbeitsmigration in Österreich. Lest zunächst den Text allein durch. Diskutiert dann in der Gruppe die folgenden Aufträge.
2. Erklärt anhand der Analyse des AMS-Chefs Johannes Kopf, welche Auswirkungen die Arbeitsmigration auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in Österreich hat.
 - a) Nennt zunächst drei bis vier Auswirkungen von Arbeitsmigration.
 - b) Arbeitet heraus, welche AkteurInnen auf unterschiedliche Weisen betroffen sind.
 - c) Bewertet dann, ob die Auswirkungen auf die jeweiligen AkteurInnen positiv, negativ oder neutral sind.

M8 // ARBEITSAUFTRAG // Einzel- und Gruppenarbeit

»Wir zeigen, weshalb die Auswanderung für Ungarn eine solche Tragödie ist«

Die schmerzhafteste Folge der Auswanderung ist, dass jene Altersgruppe Ungarn verlässt, die Steuern entrichtet und Kinder bekommt und dadurch zur Verbesserung der demografischen Situation beitragen könnte. Aufgrund der Zusammensetzung jener Gruppe, die Ungarn verlässt, gefährdet der aktuelle Prozess nicht nur die Gegenwart Ungarns, sondern auch die Zukunft des Landes. Zudem sorgen die Auswanderer dafür, dass gleich in mehreren heimischen Sektoren Arbeitskräftemangel herrscht, etwa im Tourismus und im Handel können Unternehmer kaum noch genügend Arbeitskräfte finden. [...] Rund 600.000 Ungarn leben derzeit im Ausland der Europäischen Union, und wir wissen, dass es vor allem junge Menschen sind, die das Land verlassen. [...] Aus ungarischer Perspektive ist auffallend, [...] dass in Österreich, wo laut offizieller Statistik 70.000 Ungarn leben, [...] 40 Prozent davon zwischen 30 und 44 Jahre alt sind, und weitere 23,5 Prozent zwischen 15 und 29 Jahre alt. [...] In Ungarn fehlen vor allem in den Sektoren Arbeitskräfte, in denen die meisten Ungarn im Ausland arbeiten. [...] In der Gastronomie finden Unternehmen so gut wie keine ausgebildeten Arbeitskräfte. [...] Gleichzeitig kämpfen Bauunternehmer immer stärker darum, Fachkräfte zu finden. Wahrscheinlich ist dieser Kampf deshalb nicht besonders erfolgreich, weil ein Großteil dieser Fachkräfte sich gar nicht mehr im Inland befindet.

https://www.portfolio.hu/users/lelofizetes_info.php?t=cikk&i=216319 (27.6.2018). Übersetzung aus dem Ungarischen von András Szigetvari.

1. Lest zunächst den Text allein durch. Es handelt sich um eine kritische Analyse der Arbeitsemigration. Der Text stammt von der ungarischen Nachrichtenplattform „portfolio.hu“. Diskutiert dann in der Gruppe die folgenden Aufträge.
2. Analysiert anhand des Artikels die negativen Auswirkungen der Arbeitsmigration in Ungarn.
 - a) Arbeitet heraus, welche Gruppe von Personen Ungarn am häufigsten verlässt, um in einem anderen Land zu arbeiten.
 - b) Nennt mindestens drei AkteurInnen, die durch die Arbeitsmigration dieser Bevölkerungsgruppen betroffen sind.
 - c) Erläutert, auf welche Art und Weise die von euch genannten Gruppen betroffen sind.



M9 // ARBEITSAUFTRAG // Einzel- und Gruppenarbeit

Österreich nach Deutschland zweitgrößter Handelspartner von Ungarn

Nachdem das [ungarische] BIP-Wachstum 2017 rund 4,0 % erreicht hat, wird für 2018 ein ähnlicher Wert prognostiziert, was einer soliden Performance auf relativ hohem Niveau im europäischen Kontext gleichkommt. Zurückzuführen ist diese Entwicklung primär auf die Erhöhung der EU-Fördermittel für die Periode 2014 bis 2020 und daraus resultierende öffentliche Aufträge, allen voran im Bausektor.

Der höchste Beschäftigungsstand seit 25 Jahren lässt die Arbeitslosenrate von 5,1 % (zweite Hälfte 2016) weiter auf 4,0 % (2017) sinken. Zurückzuführen ist die hohe Beschäftigungsrate neben der „Gemeinwohlarbeit“ auf die zunehmende Nachfrage aus der Privatwirtschaft. Durch die Abwanderung junger und qualifizierter Ungarn aufgrund durchschnittlich höherer Gehälter im Ausland herrscht in Ungarn ein akuter (Fach-)Arbeitermangel. [...] Es wird geschätzt, dass 360.000 Ungarn im Ausland arbeiten.

Ungarn ist für die österreichische Exportwirtschaft weltweit der siebentwichtigste Markt. Etwas mehr als 3 % der österreichischen Ausfuhren gehen nach Ungarn. Österreich importiert Waren im Wert von 4 Mrd. € aus Ungarn, während Exporte im Wert von 4,8 Mrd. € realisiert wurden. Dies ergibt einen Handelsbilanzüberschuss von 840 Mrd. €. Auch im Dienstleistungssektor erwirtschaftete Österreich im Jahr 2017 einen Handelsbilanzüberschuss von 75 Mio. €.

Österreichische Firmen gehören zu den größten Investoren in Ungarn. Fast 10 % der nach Ungarn fließenden Investitionen kommen aus Österreich. Österreichische Firmen sind in vielen Branchen in Ungarn führend vertreten. Marktführend ist Österreich bei der Ziegel- und Zuckerproduktion, im Autohandel, in der Papier- und Verpackungsindustrie sowie in der Bauindustrie. Stark vertreten ist Österreich auch im Einzelhandel (v. a. Lebensmittel). Das Gesamtvolumen der direkten Investitionen beträgt 7 Mrd. €.

Jürgen Schreder, Andreas Meindl: Aussenwirtschaft Update Ungarn Juni 2018, hg. v. d. Aussenwirtschaft Austria der WKÖ, Wien 2018, S. 4ff., <https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/ungarn-wirtschaftsbericht.pdf> (27.6.2018).

1. Lest zunächst den Text allein durch Es handelt sich um einen Auszug aus einer Broschüre der Wirtschaftskammer Österreich, in dem zentrale Aspekte der ungarischen Wirtschaft und ihrer Verflechtung mit der EU und Österreich zusammengefasst werden. Diskutiert in der Gruppe die folgenden Aufträge.
2. Analysiert anhand des Artikels die wirtschaftlichen Verflechtungen Österreichs und Ungarns im Rahmen des europäischen Binnenmarkts.
 - a) Fasst die Entwicklung der ungarischen Wirtschaft anhand der wichtigsten Kennzahlen zusammen.
 - b) Arbeitet die Gründe für Arbeitsmigration heraus und beschreibt die Folgen für die ungarische Wirtschaft.
 - c) Beschreibt die Verflechtungen der österreichischen und der ungarischen Wirtschaft.

M11 // ARBEITSAUFTRAG // Diskussion

Leitfragen für die Abschlussdiskussion

1. Diskutiert nun in der Klasse eure Bewertungen der Folgen der Personenfreizügigkeit.
2. Erörtert dabei die Folgen einer Begrenzung der Arbeitsmigration auf unterschiedliche AkteurInnen.
3. Benennt Betroffene, die eurer Meinung nach in der gegenwärtigen Situation besondere Unterstützung benötigen, und überlegt, welche politischen Maßnahmen man ergreifen könnte.
4. Erörtert, ob es sinnvoll ist, die nationalen Interessensgegensätze ins Zentrum der politischen Debatten zu stellen.



IMPERIALE LEBENSWEISE WER LEBT HIER AUF WESSEN KOSTEN?

Ulrich Brand & Christopher Beil

Hintergrundwissen für LehrerInnen

Wenn man die Nachrichten verfolgt, entsteht der Eindruck, die Welt sei aus den Fugen geraten: Finanz- und Wirtschaftskrise, Klimawandel und Naturkatastrophen, prekäre Jobs und (drohende) Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und nicht zuletzt auch der Aufstieg reaktionärer und rechter Parteien und Kräfte. Auch die soziale Ungleichheit wächst stetig an. 767 Millionen Menschen leben weltweit in extremer Armut.¹ Und während die eine Hälfte der Weltbevölkerung gemeinsam weniger als ein Prozent des Gesamtvermögens besitzt, gehören 89 Prozent davon den reichsten zehn Prozent.² Über die Menschen im Globalen Süden hören wir hier derzeit aber vor allem dann etwas, wenn sie als Geflüchtete aufgrund von Krieg und Hunger „zu uns“ kommen. Dabei könnte man beinahe den Eindruck gewinnen, dass es der Globale Süden ist, der den Globalen Norden in seiner Entwicklung bremst und auf dessen Kosten lebt.

Weitgehend unbeleuchtet bleibt allerdings weiterhin, inwieweit die Lebensverhältnisse in den Ländern des Globalen Nordens dadurch möglich werden, dass systematisch Mensch und Natur in anderen Weltregionen ausgebeutet werden. Diese Zusammenhänge fassen wir mit dem Begriff der „imperialen Lebensweise“.

„Imperial“ ist sie, weil die Lebensverhältnisse im Globalen Norden nicht nur vor Ort ausbeuterisch sind, sondern weil auch systematisch Mensch und Natur in anderen Weltregionen ausgebeutet werden. Diese Lebensweise trägt damit entscheidend zur steigenden Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung weltweit bei. Der Begriff „Lebensweise“ macht deutlich, dass unser Alltag vollständig davon durchdrungen ist: Produktionsprozesse, Konsummuster, Gesetze, Infrastrukturen, Verhaltensweisen, Denkmuster bis hin zu den

Bedürfnissen vieler Menschen. Die imperiale Lebensweise ist exklusiv, also weltweit und auch innerhalb der Gesellschaften des Globalen Nordens nicht verallgemeinerbar – und sie wird in Zukunft vermehrte geopolitische Konflikte erzeugen. Der menschengemachte Klimawandel ist unter anderem ein Produkt der imperialen Lebens- und Produktionsweise der Länder des Globalen Nordens.

Weiters ist die imperiale Lebensweise mangels Alternativen attraktiv für die meisten Menschen, unabhängig davon, ob sie wirklich materiell daran teilnehmen können. Das betrifft zum einen die kapitalistischen Zentren, aber auch für die Menschen im Globalen Süden: Mit wachsendem Einkommen und mit der Herausbildung von Mittelschichten in den Schwellenländern werden „nördliche“ Produktions- und Konsummuster übernommen.

Im Folgenden sollen diese Zusammenhänge am Beispiel der Textilproduktion und des Kleidungskonsums verdeutlicht werden.

Die Produktion wird angetrieben um des Profits Willens. Dabei greifen die Menschen in den Gesellschaften des Globalen Nordens in ihrem Alltag systematisch auf die billige Arbeitskraft und auf die Ressourcen von „anderswo“ zurück, um dadurch einen gewissen Wohlstand zu erreichen und zu erhalten. Deshalb werden die T-Shirts billig, das heißt mit geringen sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Standards, meist von Frauen, in Bangladesch und in anderen Ländern hergestellt. Der Endpreis der T-Shirts (oft weniger als fünf Euro) wird selten hinterfragt. Die Werbung lockt mit sich ständig ändernden Trends und Slogans, die fast zu einer kulturellen Selbstverständlichkeit werden („Geiz ist geil!“).

¹ Vgl. UNO: Ziele für nachhaltige Entwicklung. Bericht 2017, New York 2017, <http://www.un.org/depts/german/millennium/SDG%20Bericht%202017.pdf> (27.8.2018).

² Vgl. Credit Suisse Research Institute: Global Wealth Report 2016, 22.11.2016, <https://www.credit-suisse.com/corporate/de/research/research-institute/news-and-videos/articles/news-and-expertise/2016/11/de/the-global-wealth-report-2016.html> (27.8.2018).

Der Sozialabbau und die Verarmung von immer mehr Menschen im Globalen Norden sind eine weitere Bedingung: Sie können sich aufgrund von prekären Jobs, schlechter Bezahlung oder Arbeitslosigkeit keine Kleidung zu einem höheren Preis leisten. Gleiches gilt für Nahrungsmittel und andere Güter zum Leben. Schließlich: Die imperialen Voraussetzungen der Lebensweise werden systematisch unsichtbar gemacht.

Die imperiale Lebensweise trägt neben anderen Faktoren dazu bei, dass durch diesen „billigen Wohlstand“ die gravierenden Probleme wie Einkommensungleichheiten, Altersarmut, ungleiche Bildungschancen etc. innerhalb der eigenen Gesellschaft weniger hinterfragt werden. Sie trägt auch dazu bei, dass die ökologischen Folgen eines auf Wachstum und Konsum basierenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems eher als „Kollateralschaden“ denn als Antrieb zum Überdenken der eigenen Konsummuster oder gar zum Umbau der Wirtschaftsweise gesehen werden. Systematisch externalisiert der Globale Norden also viele entstehende Umweltschäden in den Globalen Süden.

Die imperiale Lebensweise hat sich im Alltagshandeln der Menschen im Globalen Norden tief verankert und ist zur Routine geworden. Zerstörerische Praktiken vollziehen sich meist unbewusst, unhinterfragt und teilweise über Zwänge, wie z. B. die permanente Selbstoptimierung und die Statusorientierung durch die ständig neueste Kleidung. So werden die maximal einen Sommer lang getragenen T-Shirts in den Mist geworfen oder, im Glauben etwas Gutes für die Armen

zu tun, in einen Kleidercontainer. Dann landet die Kleidung oft auf Märkten im Globalen Süden und zerstört dort die heimische Textilindustrie aufgrund niedriger Preise.³ Doch die Zwänge, die durchaus mit der imperialen Lebensweise verbunden sind, werden nicht unbedingt als solche empfunden, sondern eher als Wahlfreiheit.

Ziel dieses Unterrichtsbeispiels ist es, erfahrbar zu machen, inwiefern unsere exklusive Lebensweise globale Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung befördert. Diesen Umstand bezeichnet der Begriff der „imperialen Lebensweise“. Damit soll dazu angeregt werden, die globalen Verhältnisse auch aus dem Blickwinkel des Globalen Südens zu betrachten, über die eigene Lebensweise sowie ihre Auswirkungen nachzudenken und gegebenenfalls alternative Handlungsoptionen zu erschließen.

Anhand der Produktionsbedingungen von T-Shirts, der Verteilung von Wohlstand und Armut, der sich verändernden Produktions- und Lebensverhältnisse in Ländern des Globalen Südens, der (Über-)Nutzung natürlicher Ressourcen und des Ausstoßes von Emissionen sollen diese Zusammenhänge mit den SchülerInnen erarbeitet und diskutiert werden. Die Stärken des Lernbeispiels sind die hohe Kontroversität des Themas, die einsichtige Problemorientierung und der starke Lebensweltbezug für die SchülerInnen. Einen guten Eindruck der unterschiedlichen Meinungen zu diesem Thema bieten der Beitrag von Ulrich Brand in der Tageszeitung *Standard* und die Diskussion darüber im Forum.⁴

³ Vgl. ARTE: Tunesien: Geschäfte mit Kleidern, 11.1.2018, <https://info.arte.tv/de/tunesien-geschaeftre-mit-kleidern> (27.8.2018).

⁴ Vgl. Ulrich Brand: Imperiale Lebensweise zerstört unser Klima, in: Der Standard, 15.5.2018, <https://derstandard.at/2000079708388/Globalisierungsforscher-Brand-Imperiale-Lebensweise-zerstoert-unser-Klima> (27.8.2018); vgl. auch die umfassende Diskussion zu einem provokanten konkreten Vorschlag: Ulrich Brand, Heinz Högelsberger: Befreit die Städte von den Autos, in: Der Standard, 3.12.2018, <https://derstandard.at/2000092954806/Befreit-die-Staedte-von-den-Autos> (27.8.2018).

Information zum Ablauf der Unterrichtssequenzen

Die Menschen in den Gesellschaften des Globalen Nordens greifen in ihrem Alltag systematisch auf die billige Arbeitskraft und die Ressourcen von „anderswo“ zurück, um dadurch einen mehr oder weniger großen materiellen Wohlstand zu erreichen und zu erhalten.

In den westlichen Gesellschaften gibt es Kleidung in Modehäusern wie H&M, Pimkie und Primark sehr billig zu kaufen. So kostet ein T-Shirt nicht selten weniger als fünf Euro. Doch wie ist das möglich? Wer profitiert davon, und auf wessen Kosten kommt dieser Preis zustande?

Die SchülerInnen diskutieren im Plenum entlang der Impulsfragen, geleitet durch die Lehrkraft (M1). Sie sollen sich darüber Gedanken machen, was sie konsumieren, warum sie das tun, welche Kosten bei der Produktion eines T-Shirts anfallen und wodurch sich Preisunterschiede ergeben. Die Stellungnahmen bzw. zentrale Ergebnisse werden von der Lehrkraft an der Tafel gesammelt.

Durch ein Video soll den SchülerInnen ein Eindruck der Arbeits- und Lebenssituation von ArbeiterInnen in der Textilindustrie vermittelt werden. Der Inhalt soll dann in Kleingruppen anhand von Leitfragen diskutiert werden (M2). Anschließend bekommen die Kleingruppen ein Info-Bild (M3). Die Begriffe werden zunächst individuell den Prozentzahlen zugeordnet. Danach diskutieren die SchülerInnen in Kleingruppen ihre Einschätzungen und Bewertungen der Kostenverteilung. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der Analyse der Grafik mit den Ergebnissen aus der Filmanalyse verglichen.

Unter Umständen ist einigen SchülerInnen bereits aufgefallen, dass die sozialen und ökologischen Kosten der Kleidungsproduktion in der Grafik nicht erfasst werden. Die fol-

gende Grafik (M4) veranschaulicht die Produktionskette der Kleidungsindustrie und erklärt, welche sozialen und ökologischen Kosten im Preis der Kleidung überhaupt nicht abgebildet werden. Den SchülerInnen soll anhand des Beispiels vermittelt werden, dass die Kosten für ihren Lebensstil teilweise von den ärmsten Menschen des Planeten getragen werden.

Zum Abschluss sollen die SchülerInnen in Einzelarbeit das Arbeitsblatt M5 ausfüllen und die Fragen mit Ja oder Nein beantworten.

Anschließend sollen die SchülerInnen anhand der Fishbowl-Methode über ihre Ergebnisse diskutieren: Dazu werden zwei Sitzkreise gebildet, ein innerer und ein äußerer. Der innere Sitzkreis besteht aus etwa fünf Sesseln, wobei einer immer frei bleiben soll. Zu Beginn nehmen vier SchülerInnen im inneren Kreis Platz. Die übrigen SchülerInnen bilden den äußeren Sitzkreis. Die Lehrkraft soll als Impulsgeberin wirken, aber die Diskussion möglichst nicht beeinflussen. Es sprechen nur die SchülerInnen im inneren Kreis, dabei gibt es keine strenge Abfolge der Beiträge. Wichtig ist, dass die SchülerInnen einander zuhören und ausreden lassen. Auch aus dem ZuhörerInnenkreis können sich SchülerInnen beteiligen. Wenn sie etwas zu der Diskussion im Innenkreis äußern möchten, setzen sie sich auf den leeren Stuhl und bringen ihren Redebeitrag vor. Eine Person, die zuvor im inneren Kreis war, setzt sich dann in den äußeren Kreis, damit immer ein Sessel im inneren frei bleibt. So entsteht ein lebendiger Austausch im Innenkreis. Bei dieser Übung gibt es kein „richtig“ und „falsch“. Es geht vielmehr darum, dass die SchülerInnen ihre Argumente vortragen und vertreten, gleichzeitig aber auch andere Argumente hören und ernst nehmen.

Die Begriffsdefinitionen (M6) können von der Lehrkraft bei Bedarf herangezogen und eingeführt werden. 🌱



M1 // ARBEITSAUFTRAG // Einstieg in das Thema

Welche Kleidung habt ihr gerade an?

1. Eine besondere Marke? Wurde sie bewusst gewählt?
2. Ist eure Kleidung neu oder schon älter?
3. Habt ihr eure Kleidung selbst gekauft und dafür sogar eigenes Geld ausgegeben?
4. (Wie viel Geld gebt ihr für Kleidung aus? Wie oft kauft ihr euch neue Kleidung?)

Wo kommt eure Kleidung her?

1. kleine, lokale Betriebe, unbekannte Marke oder großer Modekonzern (H&M etc.)?
2. aus Österreich oder aus anderen Ländern?

Welche Kosten entstehen bei der Produktion eines T-Shirts?

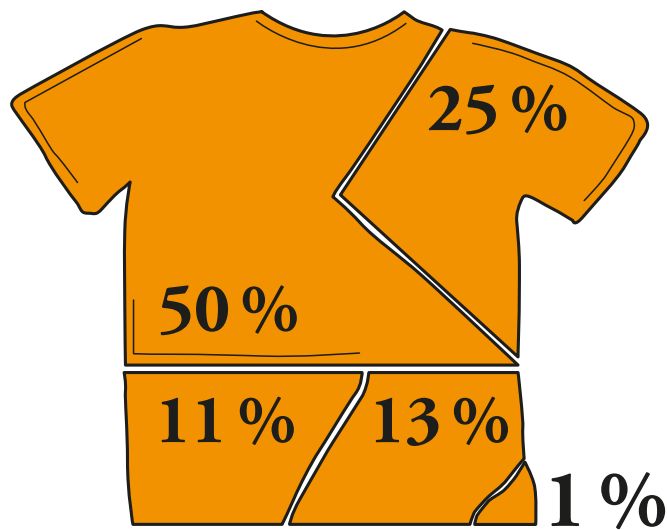
1. Wo werden T-Shirts produziert?
2. Welche Materialien werden verwendet?
3. Wer ist in den Arbeitsprozess involviert?
Wer weiß etwas über die Arbeitsbedingungen der ProduzentInnen?
4. Wie kommt das T-Shirt bei uns in den Handel?

M2 // ARBEITSAUFTRAG // Video mit anschließender Diskussion

Seht euch das Video über die Arbeitsbedingungen in Kleidungsfabriken in Bangladesch an:
https://www.youtube.com/watch?v=lqyWS3syPao&feature=player_embedded

1. Notiert euch während des Zusehens so viele der angesprochenen Probleme und deren Ursachen wie möglich.
Findet euch jetzt in Kleingruppen (3–4 SchülerInnen) zusammen und bearbeitet die folgenden Punkte:
2. Fasst das zentrale Thema des Films in 1–2 Sätzen zusammen.
3. Rekonstruiert den Tagesablauf der ArbeiterInnen in der Fabrik anhand eurer Notizen.
4. Jedes Gruppenmitglied sucht sich eine im Video benannte Person aus und beschreibt ihre Tätigkeit.
5. Versucht, euch in die gewählte Person hineinzusetzen, und erklärt, warum diese Person handelt, wie sie handelt.
6. Beurteilt, welche Personen aus eurer Sicht ihr Handeln am einfachsten verändern könnten.
Diskutiert eure Interpretationen in der Gruppe!
7. Diskutiert mögliche Lösungswege für die im Video genannten Probleme.
Achtet dabei auf die im Video genannten Ursachen
8. Erörtert abschließend mögliche Zusammenhänge des Videos mit der Diskussion zu Beginn. (M1)

M3 // ARBEITSAUFTRAG // Welche Kosten stecken in einem T-Shirt?



1. Ordnet zunächst individuell die Begriffe *Einzelhandel*, *Markenfirma*, *Transport*, *Herstellung*, *Lohn* den Prozentzahlen zu.
2. Vergleicht jetzt eure Zuschreibungen mit den wirklichen Werten. Markiert die Werte, die für euch überraschend waren.
3. Setzt euch wieder in die Kleingruppen von vorher zusammen:
4. Beurteilt, ob ihr die Verteilung für gerecht haltet. Erläutert euren Standpunkt. Diskutiert, ob es Informationen gibt, die euch für ein endgültiges Urteil fehlen, und listet diese auf.
5. Ordnet die von euch in Übung M2 identifizierten Probleme den Bereichen in der Grafik zu.
6. Benennt zum Abschluss noch 1–2 Probleme der Textilproduktion, von denen ihr vielleicht schon einmal gehört habt, die in den vorangegangenen Übungen aber noch nicht zur Sprache gebracht worden sind.

M4 // ARBEITSAUFTRAG

Die sozialen und ökologischen Kosten der Textilindustrie

Setzt euch jetzt mit der folgenden Grafik und den unten stehenden Erklärungen auseinander. Diskutiert danach in Kleingruppen die folgenden Fragen:

Leitfragen für die Diskussion:

1. Welche dieser Kosten tauchen auch in der Übung M3 auf?
2. Wer trägt die Verantwortung für diese Kosten?
3. Wie könnten diese Kosten gesenkt oder vermieden werden?
4. Was sind mögliche soziale Folgen der Umweltzerstörung?
5. Wie sieht es bei anderen Produkten aus (Smartphones, Lebensmittel)? Vertretet euren Standpunkt.

M4 // ARBEITSAUFTRAG

Die sozialen und ökologischen Kosten der Textilindustrie

Fasererzeugung/Baumwollanbau: hoher Wasserverbrauch, hoher Energieverbrauch, Kinderarbeit, Gesundheitsschäden

Garn- und Flächenherstellung: Einsatz großer Mengen an Chemikalien und Energie

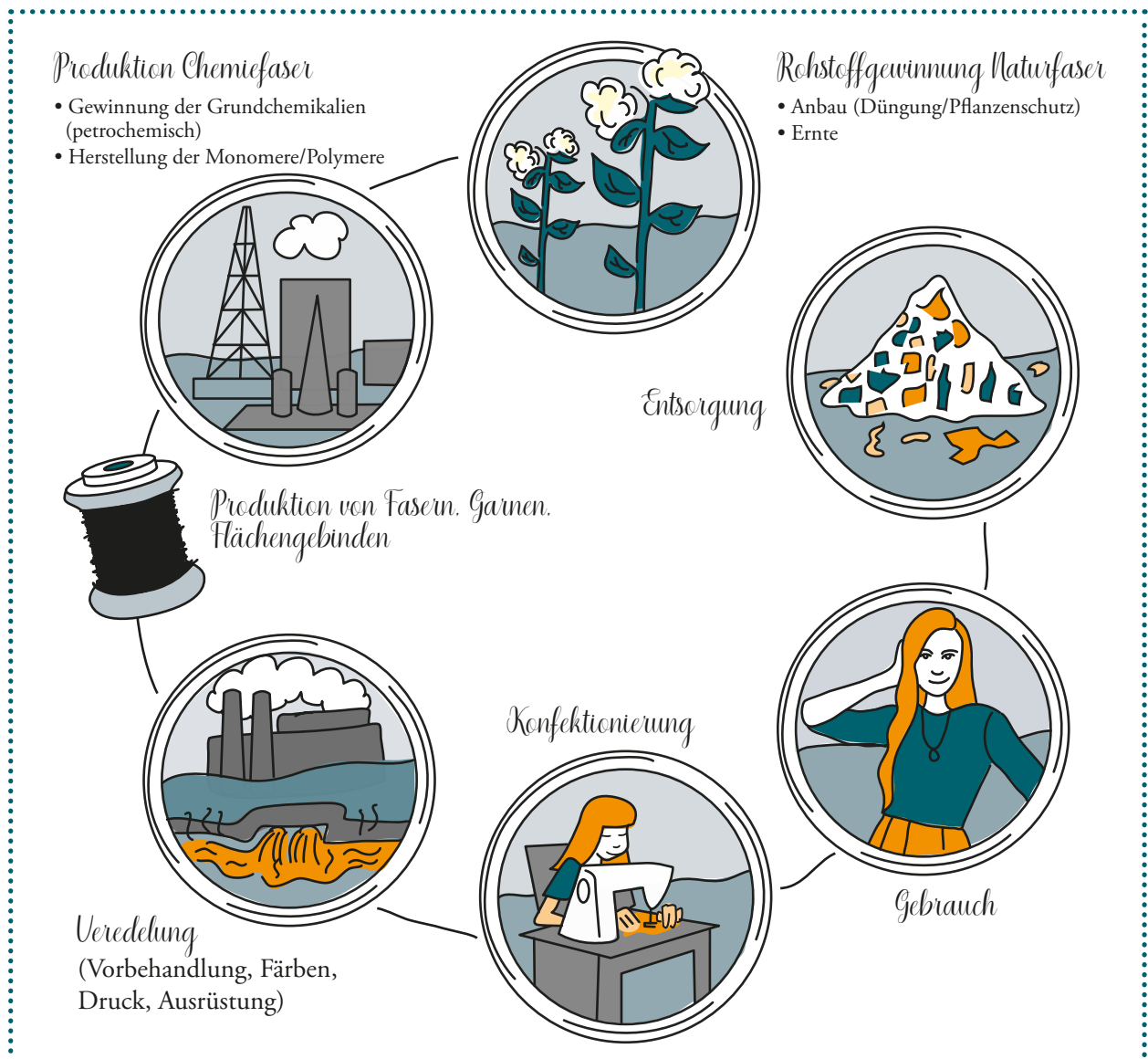
Veredelung: hoher Wasserverbrauch, hoher Energieverbrauch, schlechte Arbeitsverhältnisse

Konfektion und Design: Faserstaub, Kinderarbeit

Gebrauch: Rund 80 Prozent des Energie- und Wasserverbrauchs entlang der Textilkette sind der Wäschepflege zuzuschreiben.

Entsorgung: Wiederverwertung von Textilien eher selten. Es entstehen große Mengen an Abfall.

Eine gute Übersicht über die entstehenden Kosten findet sich auf der Homepage von Artgerechtes.de sowie bei Katharina Paulitsch, Carolin Baedeker, Bernhard Burdick: Am Beispiel Baumwolle: Flächennutzungskonkurrenz durch exportorientierte Landwirtschaft. Welche Globalisierung ist zukunftsfähig?, hg. v. Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH., Wuppertal 2004, <http://opus.kobv.de/zb/volltexte/2007/1142/pdf/WP148.pdf> (27.8.2018).



M5 // ARBEITSAUFTRAG

Ankreuzen, ob Zustimmung oder Ablehnung folgender Fragen

	Ja	Nein
ÖsterreicherInnen wollen für ihre Kleidung nicht mehr bezahlen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ÖsterreicherInnen können nicht mehr für ihre Kleidung bezahlen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wenn niemand diese Kleidung kauft, haben die ArbeiterInnen keinen Job mehr.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Alle Menschen sollten fair bezahlt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich wäre bereit, mehr Geld für Kleidung auszugeben, die unter sozial und ökologisch fairen Bedingungen hergestellt wurde.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Flucht aufgrund von Armut und wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit ist nicht gerechtfertigt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

M6 // BEGRIFFSDEFINITIONEN

Emissionen

bezeichnen den Ausstoß von Treibhausgasen in die Umwelt. Diese Gase entstehen insbesondere durch die Verbrennung verschiedener kohlenstoffhaltiger Materialien wie Kohle, Diesel und Benzin (gewonnen aus Erdöl), Erdgas, Holz oder Flüssiggas bzw. bereits bei der Förderung der fossilen Energieträger. Im Zuge dieser Prozesse kommt es zu einem massiven Ausstoß von CO₂ (Kohlendioxid), das sich in der Erdatmosphäre anreichert und dadurch zur Klimaerwärmung beiträgt. Weitere Treibhausgase sind u. a. Kohlenmonoxid (CO) und Methan (CH₄). Methan entsteht v. a. bei der Rinderzucht und beim Nass-Reisanbau und ist pro Einheit um ein Vielfaches schädlicher als CO₂: 1 kg Methan entspricht ca. 25 kg CO₂.

Globaler Norden und Globaler Süden

Die Begriffe sind nicht geografisch zu verstehen, sondern sollen verschiedene Positionen in der globalisierten und hierarchisierten Welt beschreiben. Als „Globaler Süden“ werden die in sich heterogenen, tendenziell aber benachteiligten gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Positionen und Länder beschrieben. Wobei insbesondere die Wohlstandserfahrung der Mittelschichten in den Schwellenländern zu der Wahrnehmung führt, dass die empfundenen materiellen Vorteile durchaus die Nachteile aufwiegen. „Globaler Norden“ hingegen bezeichnet privilegierte Positionen, v. a. die reichen Industrienationen. Es geht bei der Einteilung aber nicht nur um Länder, sondern auch um einzelne Regionen. Die Begriffe verweisen außerdem auf unterschiedliche Erfahrungen mit Kolonialismus und Ausbeutung.

Nachhaltige Entwicklung

bezeichnet im offiziellen Verständnis eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der jetzigen Generation dient, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, zu gefährden. Geprägt wurde dieser Begriff durch den 1987 veröffentlichten sogenannten Brundtland-Bericht, benannt nach der Vorsitzenden der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland).

// Literaturverzeichnis

Artgerechtes.de: Textile Kette, <http://artgerechtes.de/fairein/wiki/infoportal/klamotten/textile-kette> (27.8.2018).

Christian Bell: Von guten und bösen Flüchtlingen, in: WeltverbesserIn. Magazin für faire Arbeitsbedingungen weltweit, Nr. 2, Wien 2015, S. 8–11, https://www.cleanclothes.at/media/common/uploads/download/ausgabe-22015/weltverbesserIn_2015_web_3.pdf (27.8.2018).

Ulrich Brand, Markus Wissen: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München 2017.

Bundeszentrale für politische Bildung Deutschland: Vor fünf Jahren: Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch eingestürzt, 23.4.2018, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/268127/textilindustrie-bangladesch> (27.8.2018).

Annika Flatley: Upcycling: 9 kreative Ideen, die jeder schafft, 13.5.2015, <https://utopia.de/ratgeber/9-kreative-upcycling-ideen-die-jeder-hinkriegt> (27.8.2018).

Greenpeace Deutschland: Wegwerfware Kleidung. Repräsentative Greenpeace-Umfrage zu Kaufverhalten, Tragedauer und der Entsorgung von Mode, 20.11.2015, https://www.greenpeace.de/files/publications/20151123_greenpeace_modekonsum_flyer.pdf (27.8.2018).

ILA-Kollektiv: Das gute Leben für alle. Wege in die solidarische Lebensweise, München 2019.

ILA-Kollektiv: Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert, München 2017, <https://aufkostenanderer.files.wordpress.com/2018/03/auf-kosten-anderer-onlineversion.pdf> (27.8.2018).

Harald Klimenta u. a.: Die Freihandelsfälle. Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP (AttacBasisTexte, Nr. 45), Hamburg 2014.

Karin Kuranda: Organisiere deine eigene Kleidertauschparty!, in: Zero Waste Austria, <http://www.zerowasteaustria.at/organisiere-deine-eigene-kleidertauschparty.html> (27.8.2018).

Stephan Lessenich: Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin 2016.

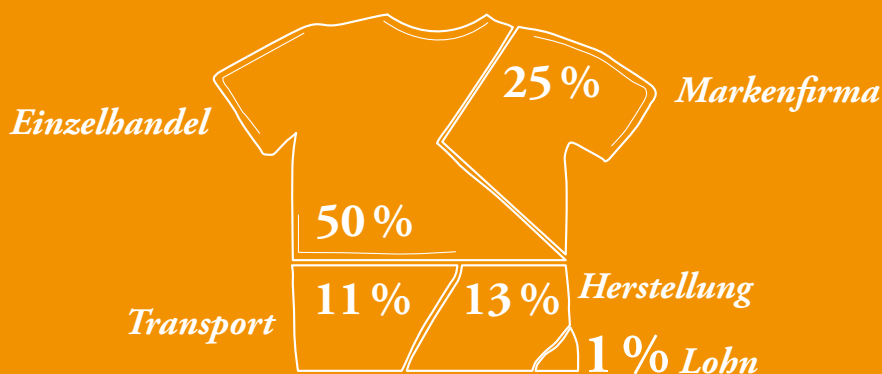
WWF: Bekleidung und Umwelt, Juli 2010, https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/HG__Bekleidung_Umwelt_BB_JE_06_2010.pdf (27.8.2018).

// Weitere Unterrichtsbeispiele

Besser-Lernen.org: Planspiel „Save the Planet – Deine Entscheidung rettet die Welt“, <http://www.besser-lernen.org> (27.8.2018).

Bundeszentrale für Politische Bildung Deutschland: Unterrichtsbeispiel Konsum, <https://www.bpb.de/lernen/themen-im-unterricht/245352/konsum> (27.8.2018).

// ZUM3



STEUERFLUCHT ALS THEMA DER POLITISCHEN BILDUNG

Heinrich Ammerer

Hintergrundwissen für LehrerInnen

„Auf dieser Welt sind nur zwei Dinge sicher, der Tod und die Steuern“,¹ lautet eines der bekannteren Zitate von Benjamin Franklin. In den letzten beiden Dekaden mehrten sich allerdings Zweifel: Wie sicher sind die Steuern denn tatsächlich gerade für jene, die sie in einer globalisierten Welt gut vermeiden können – etwa große multinationale Konzerne? Enthalten sie der öffentlichen Hand Steuermittel vor und erhöhen dadurch die Steuerlast für alle anderen?

Das Phänomen der „Steuerflucht“ wird in Europa zunehmend als dringliches Problem angesehen. Darunter fallen eine Reihe von legalen und illegalen Steuervermeidungspraktiken, die Vermögende und international tätige Unternehmensgruppen deshalb nutzen können, weil die steuerlichen Regeln in allen Staaten unterschiedlich sind und wenig Transparenz bei grenzüberschreitenden Geldströmen herrscht. Eine Schlüsselrolle spielen dabei jene Staaten und Territorien, die als „Steuroasen“ bzw. „Offshore-Finanzplätze“² bezeichnet werden. Sie locken Firmen mit einer geringen Unternehmensbesteuerung, kaum vorhandener Kontrolle und viel Geheimhaltung, was auch die Verschleierung von Geldströmen ermöglicht. Das erleichtert Steuerbetrug: Datenlecks³ zeigen immer wieder, wie Steuroasen Vermögenden beim illegalen Steuerbetrug helfen und dadurch die Ungleichheit befördern. Das Tax Justice Network schätzte im Jahr 2012, dass Superreiche zwischen 16,4 und 25 Billionen Euro an Finanzvermögen in Steuroasen verstecken, dem Wirtschaftswissenschaftler Gabriel Zucman zufolge handelt es sich um den Gegenwert von zehn Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts.⁴

Legale Steuerflucht betrifft vor allem die Bemühungen von Konzernen wie Nike, Starbucks oder McDonalds, ihre Einnahmen und Unternehmensgewinne durch das Nüt-

zen von Steuerschlupflöchern zu minimieren. Die dafür konstruierten komplexen „Cross Border Arrangements“ durch Firmenverflechtungen sind sehr vielfältig, beruhen aber im Kern darauf, dass die in Hochsteuerländern erzielten Unternehmensgewinne in Niedrigsteuerländer übertragen werden. Hierbei hilft der Steuerwettbewerb der Staaten: Unternehmenssteuern sind sogar innerhalb Europas sehr unterschiedlich geregelt. In Österreich werden beispielsweise 25 Prozent Körperschaftsteuer fällig, in Irland nur 12,5 Prozent. Da die Staaten zudem unterschiedliche Steuersätze auf die Verwendung von unternehmerischen Entwicklungen und Marken einheben, nutzen viele Firmen solche „Lizenzen“, um zwischen Tochterfirmen Gewinne zu verschieben. Auch die Gruppenbesteuerung trägt zur Steuervermeidung bei: Zusammenhängende Gesellschaften werden gemeinschaftlich besteuert, sodass Verluste der einen den nominalen Gewinn der anderen verringern.⁵ Da die meisten der (nach Marktkapitalisierung) weltweit größten börsennotierten Unternehmen aus den USA stammen, sind vor allem sie in den Schlagzeilen. Allein durch solche Formen der Steuerflucht entgehen dem österreichischen Fiskus jährlich geschätzte 900 Millionen Euro an Körperschaftsteuern,⁶ Anders als bei den Kosten für die Flüchtlingsmigration⁷ findet keine weitere Wertschöpfung mehr innerhalb Österreichs statt, das ins Ausland transferierte Geld bleibt für die hiesige Ökonomie verloren. Einer politischen Lösung der Steuervermeidungsproblematik stehen unter anderem Interessenkonflikte von AkteurInnen, die zwischen Politik, Verwaltung und großen Unternehmen wechseln, sowie Lobbying im Weg. So lassen sich nationale Regierungen und EU-Institutionen in der Steuerpolitik von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften wie Deloitte, Ernst & Young, KPMG oder PricewaterhouseCoopers beraten, deren Geschäft es ist, ihren Kunden beim Steuersparen zu helfen.⁸

¹ Übersetzt nach: Benjamin Franklin: Brief an Jean-Baptiste Leroy, 13. November 1789. / ² Dem Schattenfinanzindex des Tax Justice Networks zufolge sind 2018 die Schweiz, Staaten der USA und die Cayman Islands die Steuroasen mit dem größten Schadenspotenzial (Österreich liegt auf Platz 35); vgl. Financial Secrecy Index – 2018 Results, <https://www.financialsecrecyindex.com/introduction/fsi-2018-results> (10.03.2018). / ³ U. a. die „Steuersünder-CDs“ (ab 2006), „Offshore Leaks“ (2013), „Panama Papers“ (2016). / ⁴ Vgl. James Henry: Neue Erkenntnisse zum Preis des Offshore-Systems, Juli 2012, http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Deutsch/TJN2012_KostenOffshoreSystem.pdf (10.03.2018); Steuroasen kosten EU-Staaten 60 Milliarden Euro pro Jahr, in: Der Standard, 7.11.2017, <https://derstandard.at/2000067318099/Steuroasen-kosten-EU-Staaten-60-Milliarden-Euro-pro-Jahr> (10.03.2018). / ⁵ Vgl. Martina Madner: Wie Firmen Steuern vermeiden, in: Wiener Zeitung, 16.11.2017. / ⁶ Zahlen für 2015 von Gabriel Zucman, in: András Szigetvari: Konzerngewinne landen zu 40 Prozent in Steuroasen, in: Der Standard, 13.6.2018, <https://derstandard.at/2000081453728/Konzerngewinne-landen-zu-40-Prozent-in-Steuroasen> (10.03.2018). / ⁷ Nach einer auch indirekte Kosten beinhaltenden Schätzung des Fiskalrats werden diese für 2018 etwa 2,7 Milliarden Euro betragen. Vgl. Budgetdienst: Anfragebeantwortung zu den Budgetbelastungen durch die Flüchtlingsmigration, 10.8.2017, S. 28, https://www.parlament.gv.at/ZUSD/BUDGET/2017/BD_-Anfragebeantwortung_zu_den_Budgetbelastungen_durch_die_Fluechtlingsmigration.pdf (10.03.2018). / ⁸ Vgl. Corporate Europe Observatory: Accounting for influence. How the Big Four are embedded in EU policy-making on tax avoidance, Juli 2018, <https://corporateeurope.org/sites/default/files/tax-avoidance-industry-lobby-low-res.pdf> (10.03.2018).

Nur wenige politische Themen der Gegenwart sind für den/die BürgerIn so schwer zu durchdringen wie die legale Steuervermeidung. Zu begründeten (das heißt im Sinne des österreichischen Kompetenzmodells zur Politischen Bildung abgewogenen, unvoreingenommenen und empirisch fundierten) politischen Urteilen und zu umsetzbaren Lösungsvorschlägen in diesen kontroversen Angelegenheiten zu gelangen, ist selbst für Erwachsene nicht einfach. Hat das derzeit wertvollste Unternehmen der Welt, Apple, tatsächlich „den Heiligen Gral der Steuervermeidung gesucht und gefunden“,⁹ wie es der US-Senator Carl Levin formulierte, und sollte es eigentlich viel höhere Steuern zahlen? Oder sticht die Sichtweise des Konzerns, wonach Apple nicht nur strikt gesetzestreu agiert, sondern ohnehin der „größte Steuerzahler der Welt“¹⁰ ist? Ist der Steuerwettbewerb zwischen Ländern eine ruinöse Abwärtsspirale für die Staaten oder ein notwendiges Element des Marktes, das für mehr Arbeitsplätze und eine höhere Produktivität sorgt?

Hinzu kommt, dass für SchülerInnen auch der Sekundarstufe II der Lebensweltbezug nicht sofort ersichtlich ist. Daher wird in der ersten Aufgabe, die auf eine Problematisierung abzielt, ein solcher herzustellen versucht: In der zu entschlüsselnden Karikatur, die in den Konflikt einführen soll, verbergen sich die Namen vieler Unternehmen, deren Konsumangebot das Leben der SchülerInnen beeinflusst und sie mithin ein wenig in die Thematik verstrickt. An die Konfrontation mit dem Thema schließt sich die Vermittlung des nötigen Arbeits- bzw. Begriffswissens an, das hier nur sehr einführend gehalten werden kann und bevorzugt durch ein bis zwei veranschaulichende Fallbeispiele aus den Medien ergänzt werden soll, etwa zu Apple, Amazon oder auch der österreichischen Firma Lutz. Das Arbeitswissen reicht freilich nicht aus, um – über moralische Schnellschüsse aus der Hüfte hinaus – zu einer begründeten, multiperspektivischen Beurteilung der Problematik gelangen zu können, und die SchülerInnen sollten sich dessen in der Anschlussübung auch bewusst werden, indem sie ihre eigene Urteilsfähigkeit selbstreflexiv einschätzen und über Wege zu deren Verbesserung nachdenken. Dabei sollte auch angesprochen werden, dass ein begründetes Urteil zu einem politischen Konflikt voraussetzt, dass man die Argumente beider Seiten kennenlernt.¹¹

Im dritten Schritt wird mittels einer simulativen Podiumsdiskussion versucht, mehrere Perspektiven einzunehmen, um die unterschiedlichen Interessenlagen ergründen zu können. Abhängig von der argumentativen Stärke der TeilnehmerInnen ist mit einer Dauer von zehn bis 15 Minuten zu rechnen. Praktisch folgt die Übung der Methodik einer politischen Podiumsdiskussion bzw. Talkshow.¹² In der Planungsphase werden die SchülerInnen zunächst mit einem konkreten Fallbeispiel vertraut gemacht. Ein/e ModeratorIn wird ausgewählt, er/sie sollte redigewandt und durchsetzungstark sein. Die anderen SchülerInnen verteilen sich auf vier Gruppen, setzen sich mit ihrer Rollenkarte auseinander und listen möglichst viele Argumente auf, die für ihre Rolleninteressen anzuführen sind. Jede Gruppe bestimmt einen Repräsentanten bzw. eine Repräsentantin, der oder die in der nachfolgenden Spielphase in die Rolle des Diskutanten bzw. der Diskutantin schlüpfen wird. Sollten während der Spielphase andere Mitglieder der Gruppe die Rolle des Diskutanten bzw. der Diskutantin einnehmen wollen (etwa wenn der/die RollenspielerIn nicht mehr weiterweiß oder sich unwohl fühlt), kann jederzeit ein Wechsel stattfinden. In der Spielphase folgen auf eine Vorstellungsrunde eine geordnete Diskussion und abschließend das Eingehen auf Fragen aus dem Publikum. In der Auswertungsphase schätzt das Publikum die verwendete Argumentation und die Überzeugungskraft der dargebotenen Positionen ein. Von besonderem Interesse ist nun, ob das Podium nach allgemeiner Einschätzung auch sinnvolle und konsensfähige Lösungsvorschläge zum Konflikt erarbeiten konnte.

Nun wird erneut die eigene Urteilsfähigkeit reflektiert und im Plenum festgestellt, ob sich bei manchen durch die multiperspektivische Betrachtung eine Steigerung des Problembewusstseins ergeben hat. In der abschließenden Übung werden einige mögliche Vorgehensweisen zur Reduktion der Steuerflucht diskutiert, wobei die SchülerInnen einerseits den potenziellen Nutzen der Maßnahme einschätzen, andererseits auch die politischen Widerstände antizipieren sollen. Zudem wird dafür sensibilisiert, dass viele Maßnahmen nur auf einer internationalen Koordinationsebene umgesetzt werden können. 🌐



⁹ Zitiert nach: András Szigetvari: Wie Apple seine Steuerlast auf 0,005 Prozent senkte, in: Der Standard, 31.8.2016, <https://derstandard.at/2000043593222/Wie-Apple-seine-Steuerlast-auf-0-005-Prozent-senkte> (10.03.2018).

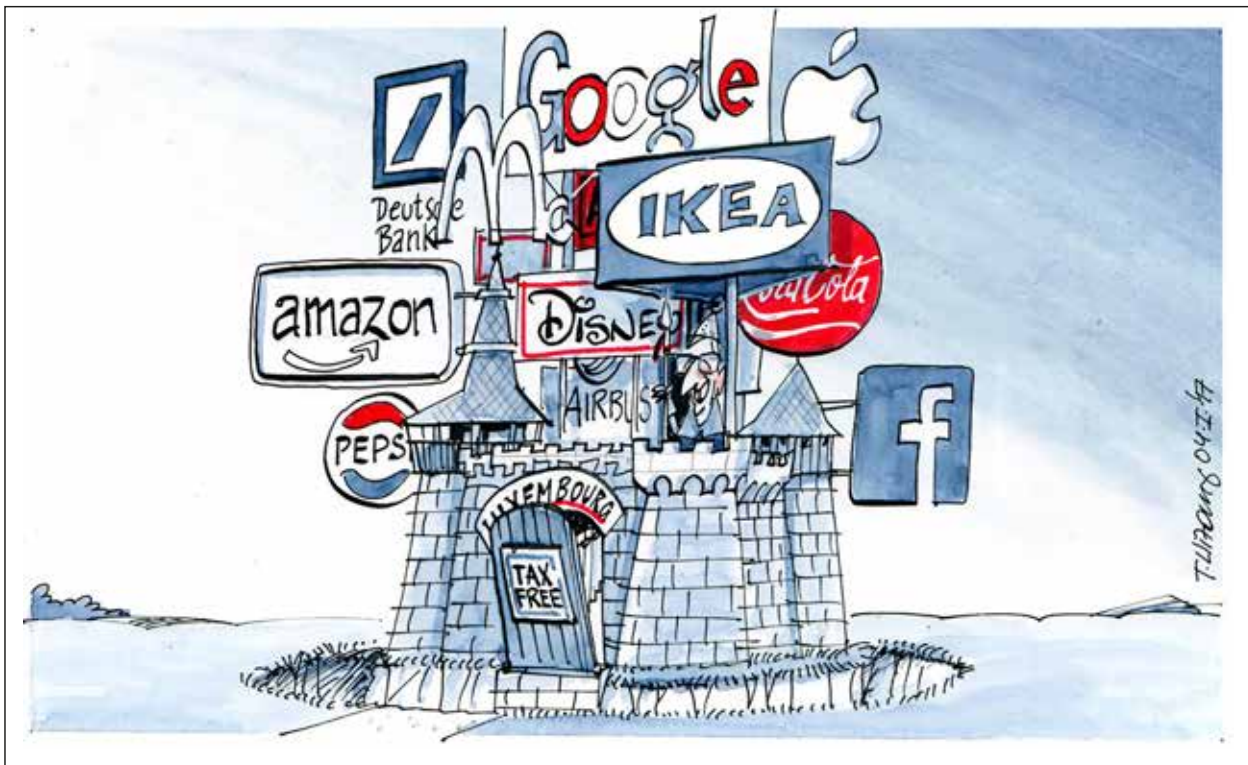
¹⁰ Apple-Statement vom 6.11.2017: Die Fakten zu Apples Steuerzahlungen, <https://www.apple.com/at/newsroom/2017/11/the-facts-about-apple-tax-payments> (10.03.2018).

¹¹ Vgl. Heinrich Ammerer: Warum denke ich, was ich denke? Politische Teilurteile sichtbar machen und bewerten, in: Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 29, Wien 2008, S. 15–19.

¹² Vgl. Klaus-Peter Hufer: Podiumsdiskussion, in: Sibylle Reinhardt, Dagmar Richter (Hg.): Politikmethodik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II, Berlin 2007, S. 132–134; Hans-Werner Kuhn: Die Talkshow, in: ders., Siegfried Frech, Peter Massing (Hg.): Methodentraining für den Politikunterricht, Schwalbach am Taunus 2006, S. 117–144.

M1 // ARBEITSAUFTRAG // Problematisierung

Seit einigen Jahren wird viel Kritik an der aggressiven (Niedrig-)Steuerpolitik Luxemburgs laut, die dazu geführt hat, dass internationale Konzerne wie Disney oder McDonald's ihre Gewinne dorthin verlagern und sie kaum versteuern müssen. Amazon, das zweitwertvollste Unternehmen der USA, kam dadurch in Europa im Jahr 2017 auf eine Steuerlast von nur noch 0,07 Prozent.¹³



„Fluch(t)burg“ Karikatur von Thomas Wizany, in: Salzburger Nachrichten, 3.1.2017

1. Beschreibe die Karikatur unter M1 möglichst genau, indem du alle Bild- und Textelemente auflistest.
2. Deute die einzelnen Bild- und Textelemente: Wofür stehen die Symbole?
(Beispiel: eine Burg als sicherer Ort)
3. Fasse die Aussage der Karikatur M1 in einem Satz zusammen.
Welches politische Urteil fällt der Karikaturist zur Luxemburger Steuerpolitik?
(„Der Karikaturist ist offenbar der Ansicht, dass ...“)

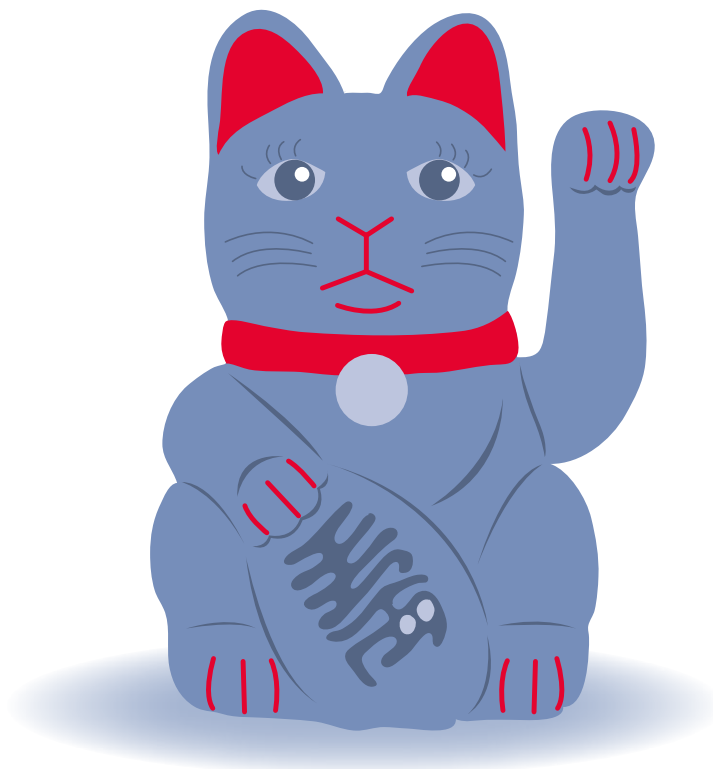
¹³Vgl. Mark Sweney: Amazon paid just £15m in tax on European revenues of £19.5bn, in: The Guardian, 10.8.2017, <https://www.theguardian.com/technology/2017/aug/10/amazon-uk-halves-its-corporation-tax-to-74m-as-sales-soar-to-7bn> (10.03.2018).

M2 // ARBEITS- & BEGRIFFSWISSEN // ARBEITSAUFTRAG // Steuerflucht erwerben

Staaten benötigen für ihre Aufgaben Geld – viel Geld. Infrastruktur und Verwaltung, Krankenhäuser und Pensionen, Bildung und Kultur, Recht und Sicherheit müssen gewährleistet werden. Steuern sind dabei die Haupteinnahmequelle des Staates. Sie können nur von jenen eingenommen werden, die etwas besitzen, die also Einnahmen erzielen, Vermögen halten oder mit ihrem Geld Konsumausgaben tätigen. In Österreich machen die Einkommensteuer (= Steuer auf das Einkommen einzelner Menschen) und die Umsatzsteuer (= Steuer auf Konsum) die Hälfte der Einnahmen aus; Unternehmen zählen zu den „Körperschaften“, sie versteuern ihr Einkommen daher über die Körperschaftsteuer.

SteuerzahlerInnen suchen natürlich nach Wegen, ihre Abgaben gering zu halten. Manche wählen dafür illegale Wege, indem sie den Staat täuschen – etwa durch Abgabenhinterziehung mittels falscher Steuererklärungen oder fehlender Abrechnungen (sodass sie niedrige Einnahmen behaupten können), heimlichen Transfers von Vermögen ins Ausland, durch Schmuggel oder durch Scheinhandlungen (z. B. wenn in der Steuererklärung Kosten behauptet werden, die es gar nicht gab). Den daraus entstehenden Teil der Wirtschaft nennt man „Schattenwirtschaft“ – wenn Menschen zwar (z. B. durch „Schwarzarbeit“) Einnahmen erzielen, diese aber nicht versteuern.

1. Nenne fünf praktische Beispiele dafür, wie Menschen in Österreich Steuern hinterziehen. Beschreibe zudem mögliche Ursachen, die Menschen dazu motivieren, dem Staat Steuern vorzuenthalten, und nenne die Folgen für den Staat, wenn die Schattenwirtschaft überhandnimmt.



M2 // ARBEITS- & BEGRIFFSWISSEN // ARBEITSAUFTRAG // Steuerflucht erwerben

Daneben gibt es aber auch ganz legale Wege der Steuervermeidung. Dazu zählt in zunehmendem Maß das Problem der „Steuerflucht“. Damit ist gemeint, dass Vermögende und internationale Konzerne komplizierte Verflechtungen und Steuersparkonstrukte nutzen, um so wenig Steuern zu zahlen wie möglich. Und das mit Erfolg: Seit 2008 ist die tatsächliche Steuerlast großer, multinationaler Konzerne im Verhältnis zu deren Einnahmen von 34 auf 24 Prozent zurückgegangen, sie zahlen heute also viel weniger Steuern als noch im Jahr 2008. Konzerne greifen dabei auf mehrere Tricks zurück. Sie verschieben z.B. Gewinne aus Verkäufen in ein Niedrigsteuerland („Steuroase“), etwa indem sie zusammenhängende Tochtergesellschaften nutzen, die einander bei jedem Verkauf hohe Gebühren für die Nutzung von Markenrechten verrechnen. Dadurch bleibt offiziell kaum noch versteuerbares Einkommen übrig. Oder sie lotsen ihre Einnahmen in einen fiktiven, nur auf dem Papier existierenden Verwaltungssitz („Briefkastenfirma“) in einer Steuroase. Allein Apple soll so 2016 etwa 246 Milliarden Dollar in Steuroasen wie den Cayman Islands, den Bermuda-Inseln oder in Irland gehortet haben.¹⁴ Das Europäische Parlament schätzte 2013, dass in der EU pro Jahr eine Billion Euro durch Steuerbetrug und Steuerhinterziehung, aber auch durch solche Formen der Steuerumgehung verloren gingen, was einer jährlichen Belastung von annähernd 2.000 Euro pro EU-BürgerIn entspräche.¹⁵

Verschärft wird die Problematik der Steuerflucht durch den Konkurrenzkampf der Staaten untereinander, die den Firmen möglichst günstige Bedingungen bieten wollen, damit sie im Land Arbeitsplätze schaffen. In den letzten Jahren sank daher weltweit die Körperschaftsteuer für Unternehmen, während die Einkommensteuern, die Erwerbstätige entrichten müssen, um sechs Prozent stiegen.¹⁶

2. Beschreibe in eigenen Worten, was man unter „Steuerflucht“ versteht und warum diese ein politisches Problem darstellt.
3. Beziehe in der Frage Stellung, ob die Politik härtere Maßnahmen gegen Steuerflucht ergreifen soll. Begründe dabei deine Ansicht mit mindestens zwei Argumenten.
4. Schätze nun ein, ob du bereits ausreichend informiert bist, um zur Kontroverse über Steuerflucht ein gut begründetes Urteil abgeben zu können. Gib dazu einen Wert von 1 bis 5 an:
 - 1: Ich habe dazu eigentlich noch gar keine Meinung.
 - 2: Ich kenne mich da ehrlich gesagt wenig aus und würde eher aus dem Bauch heraus urteilen.
 - 3: Ich kann durchaus eine erste Einschätzung abgeben, aber bräuchte eigentlich noch viel mehr Informationen.
 - 4: Ich bin in diesem Bereich informierter als die meisten Menschen und kann gut urteilen. Zusätzliche Informationen wären aber nicht schlecht.
 - 5: Ich kann dazu ein sehr gut begründetes, abgewogenes, alle wichtigen Aspekte und beide Seiten berücksichtigendes Urteil abgeben.
5. Was müsstest du unternehmen, um zu einer besseren Einschätzung zu gelangen?

¹⁴ Vgl. Anita Staudacher: Die Großmeister der Steuervermeidung, in: Kurier, 6.11.2017, <https://kurier.at/wirtschaft/die-grossmeister-der-steuervermeidung/296.597.441> (10.03.2018).

¹⁵ Vgl. Europäisches Parlament: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Mai 2013 zur Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerflucht und Steuroasen, 2013/2060(INI), Brüssel, 21.5.2013, zitiert nach: Axel Troost: EU: Steuerflucht als Geschäftsmodell, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Dezember 2013, S. 13–16.

¹⁶ Vgl. Andreas Danzler: Steuerleistung internationaler Konzerne massiv zurückgegangen, in: Der Standard, 13.3.2018, derstandard.at/2000075942392/Steuerleistung-internationaler-Konzerne-massiv-zurueckgegangen (10.03.2018).

M3 // ARBEITSAUFTRAG // Kontroverse Betrachtung ... Teil eins

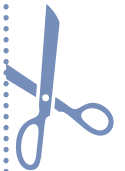
Bei einer Podiumsdiskussion zum Thema Steuerflucht treffen vier InteressenvertreterInnen aufeinander, die unterschiedliche Sichtweisen auf die Problematik haben. Teilt euch in vier Teams (plus ModeratorIn) auf, die sich mit jeweils einer Rolle auseinandersetzen, und erfindet einen Namen für eure Organisation/Firma.

Listet möglichst viele Argumente auf, die für eure Sichtweise sprechen. Bestimmt anschließend jemanden, der die Rolle in der Podiumsdiskussion spielen wird, und führt anschließend unter Anleitung der Lehrkraft die Podiumsdiskussion durch. Die Rolle in der Podiumsdiskussion kann zu jedem Zeitpunkt von einem anderen Mitglied des Teams eingenommen werden – klopf einfach auf den Tisch, wenn sich jemand eintauschen lassen möchte.

Rollenkarten

ModeratorIn

Du erhältst alle Rollenkarten, sodass du die DiskutantInnen gut kennst. Deine Aufgabe besteht darin, die Diskussion neutral so zu leiten, sodass alle zu Wort kommen und sich nicht gegenseitig ins Wort fallen. Stelle am Anfang die DiskutantInnen kurz vor und lasse sie in wenigen Sätzen ihre zentrale Botschaft aussprechen. Halte dann das Gespräch über die unterschiedlichen Positionen am Laufen. Versuche, sowohl das Trennende als auch das Gemeinsame der TeilnehmerInnen hervorzuheben, Ungenaues zu präzisieren und nachzufragen. Achte darauf, dass sich alle ungefähr gleich oft und gleich lang zu Wort melden dürfen. Wenn du das Gefühl hast, dass auf dem Podium alles gesagt ist, kannst du das Publikum einbinden: Lass es Fragen stellen. Am Ende sollte gemeinsam nach Lösungen für den politischen Konflikt gesucht werden und ein Fazit gezogen werden.



M3 // **ARBEITSAUFTRAG** // *Kontroverse Betrachtung ... Teil zwei*

Lisa Wagerl (37).

Pressesprecherin eines sehr großen multinationalen Konzerns

Für dich ist das Ganze eine irgendwie ermüdende Diskussion. Was können die Firmen dafür, wenn die Politik die Regeln so gestaltet, dass es wirtschaftlich am verantwortungsvollsten ist, den steuerlichen Spielraum zwischen den Ländern zu nutzen? Eigentlich wäre es dir ohnehin lieber, wenn das Steuerrecht international vereinfacht würde, weil der ewige Steuerstreit nicht nur ein schlechtes Image zur Folge hat, sondern auch Rechtsunsicherheit für die Steuerzahlenden. Sie befolgen die Gesetze, und wenn sich die Gesetze ändern, halten sie sich eh daran. Dein Arbeitgeber ist jetzt schon einer der größten Steuerzahler der Welt; er zahlt in jedem Land, in dem er etwas verkauft, Steuern. Natürlich zahlt er in vielen Ländern kaum Körperschaftsteuer, aber dafür zahlt er sie in den USA und in Irland, wo die Produkte designt und entwickelt sowie der Verkauf und Vertrieb organisiert werden. Das ist auch fair, weil hier nun einmal der größte Teil der eigentlichen Wertschöpfung stattfindet. Viel mehr als von den Unternehmenssteuern profitieren Staaten ohnehin von den Arbeitsplätzen, die die Unternehmen schaffen. Das hat zum Beispiel Irland erkannt, und darum hat das Land viele Investoren angezogen.



Louis Giordano (48).

Sprecher einer Interessensvertretung der österreichischen Industrie

Für dich ist die Debatte um Steuerflucht ein Sturm im Wasserglas. Aus deiner Sicht sehen die Leute nicht, wie viele Arten von Steuern und Abgaben diese Unternehmen zahlen: Sie beschäftigen weltweit viele MitarbeiterInnen, zahlen für diese hohe Sozialabgaben und natürlich die Löhne, für die wiederum, etwa in Österreich, viel Lohnsteuer anfällt. Sie verkaufen selbst hochwertige Waren, auf die eine Umsatzsteuer anfällt. Dazu kommen noch viele andere Steuern und Abgaben, zum Beispiel für Transport, Geschäftsmieten und Grundstücke. Dass zwischen den Staaten ein gewisser Steuerwettbewerb stattfindet, ist aus deiner Sicht sinnvoll – so werden sie gezwungen, sich stärker um Investoren zu bemühen und ihre hohen Staatsausgaben einzubremsen. Das hilft der Wirtschaft und damit allen. Ohnehin bist du der Ansicht, dass die Unternehmenssteuern in vielen Staaten viel zu hoch sind – Steuerflucht ist da einfach Notwehr. Man sollte sie vielmehr überall gleich niedrig machen.

M3 // ARBEITSAUFTRAG // *Kontroverse Betrachtung ... Teil drei*

Carla Brinkmann (34).

Angestellte in einem kleinen Unternehmen

Dich ärgert besonders, dass zwar grundsätzlich für alle Unternehmen dieselben Regeln gelten, aber die großen Konzerne diese Regeln viel stärker zu ihrem Vorteil nützen können als kleine. Das ist nicht fair. Wenn multinationale Konzerne ihre Steuern besser vermeiden können, haben sie große Wettbewerbsvorteile, weil sie ihre Waren und Dienstleistungen mit dem gesparten Geld billiger anbieten können und die kleinere Konkurrenz nicht mithalten kann. Auch deine Firma leidet unter diesem Ungleichgewicht. Ein warnendes Beispiel ist für dich der erst 1994 gegründete Onlinehändler Amazon, über den KritikerInnen sagen, dass er überhaupt nur so erfolgreich sein konnte, weil er von Anfang an geschickt alle nur möglichen Steuerschlupflöcher ausgenutzt hat. Jetzt ist Amazon eines der größten Unternehmen der Welt, dringt in immer mehr Sparten vor, verdrängt die Mitbewerber und machte seinen Gründer Jeff Bezos zum reichsten Menschen der Welt. Eigentlich, findest du, sollte es umgekehrt sein und die umsatzstärksten Unternehmen sollten weit höhere Steuern zahlen, damit auch kleine Firmen außerhalb der großen Städte eine Chance haben und wieder regional Arbeitsplätze entstehen, gerade in strukturschwachen Regionen.

Ferenc Molnar (44).

Sprecher der gesetzlichen Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen in Österreich

Für dich ist die Sache klar: Der Staat kann nur dann eine gute Infrastruktur bereitstellen und einen notwendigen Ausgleich zwischen Starken und Schwachen, Wohlhabenden und Armen, Jungen und Alten schaffen, wenn alle wirtschaftlichen Akteure einen fairen Beitrag leisten. Dass sich gerade die Stärksten, die hierzulande mit ihren Produkten viel Geld verdienen, vor diesem Beitrag drücken können, ist für dich nicht hinnehmbar. Die dadurch entgangenen Steuern müssen nämlich von den Erwerbstätigen bezahlt werden. So werden einige wenige Firmen immer reicher und mächtiger, während die Arbeitenden immer ärmer werden. Du bist dafür, dass die EU durch neue Gesetze dafür sorgt, dass Unternehmen keine Gewinne mehr in Länder mit niedrigeren Steuersätzen verschieben können und der Steuerwettbewerb unter den Staaten endet. Am besten wäre ein gemeinsames Steuersystem. Die EU ist mächtig, sie kann das durchsetzen, wenn sie nur will.



Buch als PDF downloaden

Kostenloser Download dieser Publikation unter:

<https://zpb.phwien.ac.at/>

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und Verleger

Philipp Mittnik, Georg Lauss, Stefan Schmid-Heher (Hg.)

Zentrum für Politische Bildung, Pädagogische Hochschule Wien, Grenzackerstraße 18, 1100 Wien

In Zusammenarbeit mit

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien als Büro der Bundesarbeitskammer,
Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien

Lektorat:

Julia Friehs

Layout & Illustrationen

Schneewittchen Werbeagentur e.U., Tina M. Schwarzwallner, www.schneewittchen.co.at

© 2019, 1. Auflage: 1.500 Stück

ISBN 978-3-200-06389-1

Namen ohne akademische Titel.



ISBN 978-3-200-06389-1